

KAREN KRÜGER
EINE REISE DURCH DAS
MUSLIMISCHE
BRANDENBURG

RAA
BRANDENBURG

Regionale Arbeitsstellen
für Bildung, Integration
und Demokratie

Karen Krüger
Eine Reise durch das muslimische Brandenburg

Karen Krüger

**Eine Reise durch das
muslimische Brandenburg**

Die Herausgabe dieser Publikation wurde gefördert durch die Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg und durch die Brandenburgische Landeszentrale für politische Bildung.

Herausgeberin:

RAA Brandenburg
Demokratie und Integration Brandenburg e.V.
Zum Jagenstein 1
14478 Potsdam
Tel: 0331 / 747 80 0
Fax: 0331 / 747 80 20
E-Mail: info@raa-brandenburg.de
www.raa-brandenburg.de



Autorin: Karen Krüger, freie Journalistin, Redakteurin FAZ

Lektorat: Claudia Jürgens, Wortbüro Claudia Jürgens,
www.wortbuero.com

Gestaltung und Satz: Ralph Gabriel, Berlin

Druck: Brandenburgische Universitätsdruckerei
und Verlagsgesellschaft Potsdam mbH

Potsdam, Dezember 2018

Inhalt

7 Vorwort

11 Wenn der Muezzin zwischen märkischen Kiefern ruft

Über das erste islamische Gotteshaus auf deutschem Boden und des Kaisers Aufruf zum Dschihad

20 Ohne Gebetsraum geht es nicht

Der Imam von Potsdam gibt Frauen nicht die Hand, der Imam von Frankfurt an der Oder serviert ihnen Tee

34 Der Scheich von Trebbus

Wo früher getanzt und geturnt wurde, ist heute Brandenburgs schönste Moschee

48 Islamfeindlichkeit und muslimisches Engagement in der Lausitz

Warum ein Student aus Marokko in Senftenberg einen Moscheeverein gegründet hat und ägyptische Kommilitonen ihre Wohnung in Cottbus kündigten

62 Tee trinken wie Marcel Proust in Großräschen

Wie ein Syrer in der Niederlausitz orientalische Lebensmittel verkauft und wie die Stasi Assads Geheimdienst half, mächtig zu werden

77 „Wenn meine Kinder hier draußen spielen, bin ich unbesorgt“

Im Integrationscafé von Seelow und warum manche Tschetscheninnen sich stark verschleiern und andere nicht

93 Die Tschetschenen von Groß Schönebeck

Wie ein Willkommensteam in der Schorfheide dafür sorgt, dass die Uckermark für Geflüchtete zum Ort der Zukunft wird

108 Das ist Demokratie, ihr könnt ruhig etwas sagen

In Templin musste man sich erst an Fremde gewöhnen

128 Muslimische Vereine in der Prignitz

In Neuruppin wird dem Imam genau zugehört, in Wittenberge sucht die Gemeinde noch nach dem richtigen Weg

143 Ein Ort zum Beten um jeden Preis

In Brandenburg an der Havel nehmen sächsische Muslimbrüder Einfluss, und in Bernau stehen sich die Gläubigen mit der Gründung von vielen Vereinen im Weg

159 Danksagung

Vorwort

Die Idee zu dieser Publikation entstand auf einer Veranstaltung der Brandenburger Landeszentrale für politische Bildung in Potsdam am 22. März 2017. Die Journalistin und Autorin Karen Krüger stellte dort ihr Buch „Eine Reise durch das islamische Deutschland“ vor und die Leiterin der Landeszentrale, Martina Weyrauch, hatte mich gebeten, über die Situation der Muslime in Brandenburg zu berichten. In Vorbereitung auf die Veranstaltung las ich das Buch von Karen Krüger und war fasziniert und begeistert zugleich. Das Buch war nicht nur wunderbar geschrieben, sondern es bot gleichzeitig eine Fülle von Informationen und Perspektiven auf den Islam in Deutschland und das muslimische Leben in unserem Land.

Im Nachgespräch am selben Abend erklärte sich Karen Krüger bereit, eine ähnliche Reise durch das islamische Brandenburg zu unternehmen und darüber zu schreiben. Bis das Manuskript fertig wurde ging einige Zeit ins Land – das Leben geht manchmal seinen eigenen Gang. Sämtliche Verzögerungen hatten jedoch sehr erfreuliche Gründe. Dass das Projekt dennoch abgeschlossen werden konnte, ist der Hartnäckigkeit und dem Durchhaltevermögen sämtlicher Beteiligter zu verdanken. Neben der Landeszentrale für politische Bildung ist hier vor allem die RAA Brandenburg - Regionale Bildungsstellen für Bildung, Integration und Demokratie zu nennen, die das Projekt dankenswerterweise übernommen hatte.

Das Buch ist nicht darauf ausgelegt, das muslimische Leben in Brandenburg erschöpfend und umfassend darzustellen. Es will vielmehr Einblicke aus verschiedenen Perspektiven geben und episodisch Facetten dieses Lebens aufzeigen. Ein Reisebericht bietet sich dafür geradezu an. Gedacht ist es für Leserinnen und Leser, die sich dem Thema nähern wollen, die eher für einen literarischen denn für einen Sachbuchansatz zu gewinnen sind, die neugierig sind und die nicht belehrt, sondern auf gut lesbare Weise informiert werden möchten.

Bis vor wenigen Jahren gab es nur wenige Muslime in Brandenburg. Erst durch die Zuwanderung 2015 kamen Musliminnen und Muslime in nennenswerter Zahl in den Osten Deutschlands und in unser Bundesland. Relativ gesehen sind es immer noch wenige,

auch wenn genaue Zahlen nicht vorliegen. Sie versuchen seitdem, ihre Religionsausübung unter den Bedingungen des Flächenlands Brandenburg und ihrer vielfältigen Integrationssituationen zu gestalten. Allen gemeinsam sind einige Herausforderungen. Musliminnen und Muslime, die schon länger hier leben und die Ausübung ihres Glaubens den Verhältnissen in Deutschland angepasst haben, treffen auf neu hinzugezogene. Nicht immer teilen sie die gleichen Vorstellungen, wie die Religion zu leben ist. Denn den einen Islam gibt es nicht, sondern viele verschiedene Richtungen und Auslegungen der Religion. Es fehlen Orte, um sich zu treffen und um am Freitag, dem islamischen Sonntag, gemeinsam beten zu können. Gelingt es Gläubigen, Räumlichkeiten für diesen Zweck zu mieten, dann sind diese oftmals so beengt, dass das Einrichten eines abgetrennten Frauenbereichs nicht möglich ist und die Musliminnen deshalb nicht am Freitagsgebet teilnehmen können. Berlin in der Mitte Brandenburgs ist für viele ein Weg, ein Ausweg für die Ausübung der Religion – allerdings ist nicht immer gewährleistet, dass die Gläubigen dort eine Moschee aufsuchen, in der sie auch gut aufgehoben sind. Denn es kommt immer wieder vor, dass die Behörden Gemeinden in Berlin extremistische Tendenzen attestieren. Verschiedene Sprachen kommen zusammen, verschiedene Richtungen und Auslegungen des Islam, verschiedene kulturelle Hintergründe. Imame, die eine fundierte theologische Ausbildung genossen haben, sind sehr schwer zu finden und die Laienprediger sind sehr unterschiedlich aufgestellt. Ohnehin verfügen die meisten der neuen muslimischen Gemeinden kaum über ausreichende finanzielle Mittel, um sich umfassend von einem Imam betreuen lassen zu können.

Die Situation ist eine Herausforderung, die jedoch große Chancen bietet. Die Übermacht von Religionsverbänden, die finanzielle Mittel aus dem Ausland erhalten und mit von dort entsandten Imamen ideologischen Einfluss auf die Musliminnen und Muslime in Deutschland nehmen, kann vermieden werden. Anders als in vielen westlichen Bundesländern, wo sich die Anhänger der verschiedenen Richtungen im Islam in unabhängig voneinander agierenden Gemeinden organisiert haben, wird vielerorts in Brandenburg am Freitag gemeinsam gebetet – vielleicht kann diese Gemeinsamkeit erhalten bleiben? Es könnte ein muslimisches Leben ostdeutscher

Prägung entstehen, vorausgesetzt, die Rahmenbedingungen ermöglichen dies.

Wünschenswert ist deshalb, dass auch möglichst viele Politikerinnen und Politiker dieses Buch zur Hand nehmen. Gerade Verantwortliche in den Kommunen Brandenburgs sind oft noch sehr zögerlich darin, die Musliminnen und Muslime vor Ort zu unterstützen. Wenn wir wollen, dass keine negativen Einflüsse Verbreitung finden, wenn wir die moderaten Kräfte stärken wollen und diejenigen, die sich hier heimisch fühlen möchten, dann sind wir gut beraten, ihnen zur Seite zu stehen. Die Menschen werden sich leichter integrieren, wenn wir ihnen verdeutlichen, dass deutsch und muslimisch sein kein Widerspruch bedeutet und dass die Ausübung ihres Glaubens ohne weiteres auf deutschem Boden möglich ist. Benötigt werden vor allem Gebetsräume, die groß genug sind und zudem Möglichkeiten für das soziale Leben, für Beratung und Betreuung, für Frauen und Kinder bieten. Das ist integrationsfördernd und kann dazu beitragen, dass Menschen in Brandenburg bleiben und nicht weiterziehen. Sicherlich ist es auch der einheimischen Bevölkerung zu vermitteln, dass der Islam nur fünf Buchstaben mit Islamismus gemeinsam hat. Die allermeisten gläubigen Muslime hängen einem Islam an, der von humanistischen Grundsätzen getragen wird. Gerade unter den seit 2015 in Deutschland lebenden Musliminnen und Muslimen sind viele, die vor dem Erstarken des religiösen Extremismus in ihrer Heimat geflohen sind. Diese Menschen sind keine Gefahr für die Gesellschaft sondern können eine echte Bereicherung für die lokale Gemeinschaft sein.

In diesem Sinne wünsche ich dem Buch möglichst viele aufgeschlossene Leserinnen und Leser.

Dr. Doris Lemmermeier
Integrationsbeauftragte des Landes Brandenburg

Wenn der Muezzin zwischen märkischen Kiefern ruft

Über das erste islamische Gotteshaus auf deutschem Boden und des Kaisers Aufruf zum Dschihad

Es gibt in Deutschland etwa 2.500 Moscheen und zwischen 4,4 und 4,7 Millionen Muslime. Das deutsche Straßenregister kennt jedoch nur eine einzige Straße, die den Namen Moscheestraße trägt. Sie liegt in Wünsdorf in Brandenburg, etwa fünfzig Kilometer vom Berliner Stadtzentrum entfernt. Mit dem Auto braucht man etwa eine Stunde bis dorthin. Der Weg führt mich über Mittenwalde und Zossen, durch verwunschene Alleen, auf denen die Bäume respektvoll Abstand zueinander halten, und über Felder, auf denen jetzt, im Juni, das Korn gelb steht. In den Dörfern haben Anwohner Holzkisten mit Ernteschätzen aus ihrem Garten auf dem Bürgersteig aufgebaut. Die Gärtner selbst sind nicht zu sehen. Die Geschäfte gehen trotzdem ihren Gang: Wer Tomaten, Pflaumen oder einen Salatkopf kaufen möchte, hält kurz an, sucht sich Obst und Gemüse aus und wirft das Geld in einen bereitstehenden Schuhkarton. An einer Tankstelle läuft im Radio lautstark der Hit dieses Sommers 2017, „Herzbeben“ von Helene Fischer.

Dann ist Wünsdorf erreicht. Die Straße taucht in einen dichten Mischwald ein, dort steht das Schild „Waldstadt“, Stadt Zossen, Landkreis Teltow-Fläming. Im kleinen Stadtkern gibt es einen Bäcker, einen Supermarkt und einen Friseur, dann fransen die Häuserreihen aus, und der Asphalt geht in altes Kopfsteinpflaster über. Bald ist rechts und links der Straße nur noch Kiefernwald. Erst beim genaueren Hinsehen bemerke ich zwischen den Bäumen die zerfallenen Kasernengebäude und neoklassizistische Villen in abblätterndem Grau. Einige tragen noch die alten Insignien der Roten Armee an der Frontseite. Daneben stehen Bunkeranlagen aus dem Zweiten Weltkrieg. Es ist eine gespenstische Landschaft. Sie erzählt von einer Vergangenheit, die in Wünsdorf vor allem militärisch gewesen ist.

Während der Weimarer Republik stand in Wünsdorf die Reichswehr unter Waffen, und in der Zeit des Nationalsozialismus wurden

dort für die Wehrmacht Bunker sowie Kasernen gebaut. Nach dem Ende des Zweiten Weltkriegs zogen Soldaten der Roten Armee in die Militäranlagen ein. Aus Wünsdorf wurde eine streng bewachte Sperrzone, eine verbotene Stadt, in der bis zu 75.000 sowjetische Militärs und deren Angehörige lebten. Sie hatten eine eigene Schule, einen Kindergarten, ein Kino, ein Theater und eine Militärakademie. Als die Sowjets nach dem Mauerfall und dem Ende des Kalten Kriegs aus Wünsdorf abzogen, eroberte die Natur das riesige Areal zurück. Kann es einen deuscheren, unheimlicheren Ort als diesen geben?

In dem alten Gebäudekomplex in der Hauptallee der Waldstadt, durch die es nun geht, hatte bis 1945 das Oberkommando der deutschen Wehrmacht seinen Sitz. Es war Adolf Hitler direkt unterstellt und legte Strategien, Frontverläufe und Kriegsziele fest. Einige der Generäle, die in Wünsdorf tätig waren, wurden bei den Nürnberger Prozessen verurteilt. Nach dem Krieg beherbergte die Anlage bis zum Jahr 1994 das Oberkommando der Westgruppe der sowjetischen Streitkräfte. Gleich hinter dem Grundstück befindet sich der Abzweig in die Moscheestraße.

Sie ist eher ein kaputter Schotterweg. Nur eine Infotafel weist darauf hin, dass hier einmal das erste islamische Gotteshaus auf deutschem Boden stand. Fünffmal am Tag hörten die Einwohner von Wünsdorf den Ruf des Muezzins.

Die Moschee, von der aus Tausende Muslime ihre Gebete gen Himmel schickten, wurde im Jahr 1915 erbaut, innerhalb von nur fünf Wochen. Man zimmerte sie aus Holz, das in den Wäldern Brandenburgs geschlagen worden war. Sie hatte eine Kuppel, ein 25 Meter hohes Minarett, ein Badehaus und einen Raum für die rituelle Waschung von Toten. Sie war das kultische Zentrum von zwei Kriegsgefangenenlagern. Etwa 30.000 gefangene Soldaten überwiegend muslimischen Glaubens lebten während des Ersten Weltkriegs im „Halbmondlager“ von Wünsdorf: Es waren Männer aus den französischen Kolonien und dem ehemaligen Commonwealth, muslimische Inder, Nord- und Westafrikaner, aber auch Hindus und Sikhs. Das „Weinberglager“ im benachbarten Zossen nahm hingegen Tataren und Georgier auf.

In der Lagerküche wurde nach islamischen Essensvorschriften gekocht, und die Gefangenen durften die beiden wichtigsten Ereignisse

im islamischen Kalender, den Fastenmonat Ramadan und das Opferfest, nach religiösem Ritus begehen. In den Arbeiten von Historikern, die den Alltag im Halbmondlager erforscht haben, heißt es, die Lebensbedingungen der Männer in der Gefangenschaft seien vergleichsweise gut gewesen. Das Kaiserreich präsentierte sich allerdings nicht aus Mitmenschlichkeit oder religiöser Toleranz als Freund des Islams. Indem man den Gefangenen in religiöser Hinsicht entgegenkam, versuchten Politiker und Intellektuelle vielmehr, sie für ihre politischen Ziele einzuspannen: Die muslimischen Soldaten sollten zum Überlaufen zur deutschen Seite bewegt und dazu gebracht werden, in einen Heiligen Krieg gegen ihre Kolonialmächte zu ziehen. Man nutzte ihre Lage und ihre spirituellen Bedürfnisse aus, um sie für außenpolitische Interessen zu instrumentalisieren.

Im Jahr 1914 war das Osmanische Reich als Verbündeter des Kaiserreichs in den Ersten Weltkrieg eingetreten. Sultan Mehmed Khan V. war nicht nur Herrscher über die Osmanen, er war auch Kalif, also „Stellvertreter der Gesandten Gottes“. Nur ein Kalif kann rechtmäßig zu einem Dschihad, einem Heiligen Krieg, aufrufen. Berlin drängte den Sultan dazu, um auf diese Weise Kriegsgegner wie England, Frankreich und Russland zu schwächen. Am 14. November 1914 gab der Sultan nach und verlas in der großen Moschee Mehmed des Eroberers in Konstantinopel eine fünfseitige Dschihad-Fatwa. Das Deutsche Kaiserreich versuchte fortan der ganzen Welt weiszumachen, dass es ein ausgesprochen enges Verhältnis zur muslimischen Welt unterhalte. Die in Berlin ansässige „Nachrichtendienststelle für den Orient“, eine Unterabteilung des Auswärtigen Amtes, war für die entsprechende Propaganda zuständig. Zu ihren Einfällen der originelleren Art gehörte beispielsweise die Verbreitung des Gerüchts, Wilhelm II. sei zum Islam konvertiert, nenne sich nun Hadschi Wilhelm Mohammed und habe mit seiner Entscheidung Massenkonversionen zum Islam im Deutschen Reich bewirkt.

In Wünsdorf reichte man den Gefangenen die Lagerzeitung „El Dschihad“ als Lektüre. Sie sollte die Männer indoktrinieren. Zudem lud man islamische Gelehrte ein, die in der Moschee ideologiegetränkte Vorträge hielten. Auch Politiker kamen in die beiden Gefangenenlager und propagierten den Heiligen Krieg. Wilhelm II. erhoffte sich viel davon, besonders erfolgreich war die Strategie al-

lerdings nicht. Historiker gehen davon aus, dass nicht mehr als 2.200 Gefangene zu den Deutschen überliefen. Ob diese Männer tatsächlich überzeugte Dschihadisten gewesen sind, ist fraglich. Möglicherweise bewegte sie weder die religiös-ideologische Propaganda noch die zur Schau getragene Freundlichkeit der Deutschen dazu, im Namen Allahs zu kämpfen. Sie taten es vielleicht aus bloßem Heimweh. Beide Gefangenenlager waren gut bewacht, Fluchtversuche scheiterten in der Regel. Der Heilige Krieg war für die Soldaten eine Möglichkeit, den Lagerzaun auf legalem Weg und ohne Risiko zu überwinden, und eröffnete ihnen die Aussicht, ihren Familien bald wieder nah sein zu können. Nach dem Überlaufen zum Kaiserreich sollten die Männer den Deutschen den Weg ebnen, indem sie auf dem Gebiet des Feindes Sabotageakte und Anschläge verübten.

Deutschland verlor den Krieg, und der in Wünsdorf propagierte Dschihad verlief im märkischen Sand. Die arabischen und indischen Kriegsgefangenen kehrten im Jahr 1919 in ihre Heimat zurück. Die meisten Tataren traten einige Jahre später die Heimreise an. Zunächst zogen sie jedoch gemeinsam mit den russischen Gefangenen aus dem Weinberglager in das Halbmondlager um, wo sie bis Mitte der Zwanzigerjahre lebten. Die Gläubigen trafen sich weiterhin zum gemeinsamen Gebet in der Moschee, und an hohen islamischen Festtagen sollen dort manchmal auch Berliner Muslime zu Gast gewesen sein. Anhand von archäologischen Ausgrabungen konnte festgestellt werden, dass der Holzbau ab 1925 zerfiel und bald darauf abgerissen werden musste. Danach dauerte es nicht mehr lange, und auch das mittlerweile leer stehende Halbmondlager wurde abgebaut.

Zu Fuß gehe ich die Moscheestraße entlang, an der das Halbmondlager lag. Nichts deutet mehr darauf hin. Rechts steht hinter Büschen und Bäumen ein zerfallenes Kasernengebäude mit kaputten Fensterscheiben. Auf der linken Seite der Moscheestraße wächst ein hoher Zaun, dahinter stehen mehrere Reihen blauer Baracken. Es ist eine Erstaufnahmestelle für Geflüchtete. Auf dem Areal des ehemaligen sogenannten Verwaltungskomplexes B des Oberkommandos der Wehrmacht und fast an derselben Stelle, an der infolge des Ersten Weltkriegs Menschen aus der islamischen Welt über viele Jahre hinweg gefangen gehalten wurden, finden seit 2016 Frauen, Männer und Kinder eine erste Zuflucht, von denen viele ihre Heimat wegen

Krieg und Gewalt verlassen mussten. Etwa 470 Bewohner zählt die Erstaufnahmestelle mittlerweile, 312 davon sind Muslime (Stand August 2018). Sie stammen vorwiegend aus dem Sudan und dem Irak, aus dem Iran und aus der Türkei. Die meisten von ihnen sind vor den katastrophalen Folgen eines religiösen Wahns geflüchtet, wie er letztendlich auch hier, an diesem Ort, vor mehr als hundert Jahren vom Deutschen Kaiserreich entfacht werden sollte. Der politische Irrsinn der Vergangenheit und der Gegenwart kreuzen sich auf märkischem Boden.

Vor manchen der Baracken hängt Wäsche zum Trocknen. Kinder spielen auf den Grasflächen. Zwei junge Afrikaner stehen am Zaun, rauchen und plaudern. Sie nicken mir freundlich zu. Als ich sie nach der Moschee frage, schütteln sie erstaunt die Köpfe. Nein, dass hier einmal eine Moschee stand, wussten sie nicht, geben sie mir zu verstehen. Wir verständigen uns auf Deutsch, auf Englisch, mit Händen und Füßen. Die beiden Männer sind erst seit wenigen Monaten in Deutschland. Sie kommen aus Somalia, wo Hunger und Gewalt sie in die Flucht getrieben haben. Die somalische Regierung befindet sich seit Jahren im Krieg gegen militante Islamisten, die aus Somalia einen islamistischen Gottesstaat machen wollen.

Die Moscheestraße verliert sich nach hundert Metern in einer Brache mit aufgeschütteten Erdhaufen. Dahinter ist wieder nur Wald, in dem sich die Stadt versteckt. Im Garnisonsmuseum von Wünsdorf, wo Ehrenamtliche die Geschichte dieses Ortes aufarbeiten, soll es Fotos von der Moschee und von den Menschen geben, die in ihr beteten.

Das Garnisonsmuseum liegt auf dem Gelände des früheren Truppenlagers Zossen. Die Kasernen, in denen zuletzt sowjetische Soldaten lebten, wurden zu Mehrfamilienhäusern umgebaut, mit Stahlbalkonen dekoriert und in Gelbtönen gestrichen. Es gibt Militaria-Läden mit olivgrünen Stahlhelmen, altem DDR-Trödel und Modellbaufiguren für Menschen, die in Friedenszeiten gern Krieg spielen. Die Figurenbox „Wehrmacht Offensive, Poland 1939“ aus der Serie „Warriors in Combat“ empfiehlt der Hersteller „für Modellbauer und Sammler ab 14 Jahren“. Es gibt die Restaurants „Akropolis“ und

„Peking-Garten“, ansonsten ist in Zossen alles sehr deutsch. Die raketenförmigen Hochbunker aus dem Zweiten Weltkrieg sind noch da, „Winkel-Bunker“ lautet ihre korrekte Bezeichnung. Sie sind eine Erfindung des Duisburger Ingenieurs Leo Winkel. Gerade ist ein Bus mit niederländischen Touristen angekommen, die sich die Bunkeranlagen anschauen wollen.

In einem früheren kaiserlichen Pferdestall ist das Garnisonmuseum untergebracht. Die ehrenamtlichen Mitarbeiter haben dem muslimischen Gefangenenlager eine eigene Abteilung in der Ausstellung gewidmet. Ein Modell der Moschee zeigt, wie der Kuppelbau mit Minarett ausgesehen hat. In Glasvitrinen liegen Überreste des Originals, die Archäologen bei Ausgrabungen fanden: Scherben von Glasfenstern und Fliesen, eiserne Bolzen und Verspannungen der Kuppelkonstruktion. Die archäologischen Grabungen wurden erst möglich, nachdem das Land beschlossen hatte, in Wünsdorf eine Erstaufnahmestelle für Geflüchtete zu errichten. Wissenschaftler des Brandenburgischen Landesamtes für Denkmalpflege, des Archäologischen Landesmuseums und der Freien Universität Berlin ahnten damals, dass auf dem dafür vorgesehenen Gelände noch Überreste des Halbmondlagers zu finden sind. Sie befürchteten, das Aufstellen der Wohncontainer könnte sie zerstören. Die Ausgrabungen waren auf einmal Mal dringlich. Möglich wurde, was lange nicht möglich gewesen war. Ohne die bevorstehende Ankunft von Geflüchteten hätte sich letztendlich niemand den Aufwand geleistet, nach den Spuren der ersten Moschee auf deutschem Boden zu suchen.

Vergilbte Fotos erzählen vom Alltag in den beiden Kriegsgefangenenlagern. Es wurden Sportwettkämpfe veranstaltet, und den Gefangenen stand eine Bibliothek zur Verfügung. In einem Laden konnten sie Dinge des täglichen Bedarfs wie Seife und Zigaretten einkaufen. Bezahlt wurde mit speziellen Gutscheinen, die sich die Gefangenen durch Arbeit verdienen konnten. Beispielsweise fertigten sie Strohkörbe an, die außerhalb des Lagers verkauft wurden. Deutsche Ethnologen entdeckten die Internierten als Forschungsobjekte. Sie nahmen ihre Lieder auf, ihre Gebete und Erzählungen – zahlreiche der Aufnahmen werden heute auf alten Schellackplatten im Lautarchiv der Humboldt-Universität zu Berlin aufbewahrt. Auch als Postkartenmotive mussten die muslimischen Gefangenen herhalten. Auf einer der

Karten, die in den Lagern entstanden, ist eine Gruppe von Männer mit Turbanen und Fes zu sehen. Der Fotograf hat die Soldaten unter Bäumen aufgestellt und so arrangiert, als wären sie eine lustige Reisegruppe. Ein anderes Motiv aus der Serie „exotische Gefangene“ zeigt weiß gekleidete Beduinen, die gerade die Moschee des Halbmondlagers verlassen. Wenn man es nicht besser wüsste, könnte man denken, die Szene wäre irgendwo im Nahen Osten aufgenommen worden. Wer waren diese Menschen, die uns aus den alten Fotografien anblicken? Was dachten sie von den Deutschen? Was für Geschichten hätten sie zu erzählen gehabt?

Viele der Männer, die auf den Fotos zu sehen sind, kehrten nie mehr in ihre Heimat zurück. Sie starben in der Gefangenschaft. Es grassierten Krankheiten in den Lagern, und kaum einer der Gefangenen war die extremen Temperaturen der Brandenburger Winter gewöhnt. Die verstorbenen Muslime wurden auf dem ehemaligen Dorffriedhof von Zehrendorf, nur wenige Kilometer von beiden Kriegsgefangenenlagern entfernt, beigesetzt. Fast 1.000 Muslime sollen dort bestattet worden sein.

Abermals geht es vorbei an alten Militärgebäuden und verlassenen Villen, dann kommt wieder dichter Wald und schließlich ein kleiner grüner Wegweiser: „Kriegsgräberstätte“. Er führt zu einem Friedhof, der in Deutschland seinesgleichen sucht. Denn hier wurden in den Jahren 1914 bis 1918 Christen, Muslime, Hindus und Sikhs nebeneinander bestattet. Er ist der einzige muslimische Friedhof, den es in der Mark Brandenburg gibt.

Der Parkplatz ist leer. Auf dem einfachen eisernen Tor steht in drei Sprachen „Friedhof“ – auf Englisch, auf Russisch, auf Deutsch. Dahinter führt ein schmaler Kiesweg eine Anhöhe hinauf. Ein Eichhörnchen huscht erschrocken davon, Friedhofsbesuchern begegnet es offenbar selten. Es ist still, das Gräberfeld liegt im Schatten alter Bäume, durch deren Zweige das Sonnenlicht zarte Flecken auf die Gräber malt. Die meisten wirken vergessen. Auf vielen wächst Moos. Meistens ist der Stein so verwittert, dass man die Inschrift nicht mehr lesen kann.

Der Friedhof entstand exakt an der Stelle, an der sich der frühere Zehrendorfer Friedhof befunden hatte. Zehrendorf selbst, ein kleines Bauerndorf, ist komplett von der Landkarte verschwunden. Es lag auf einmal mittendrin im Militärbezirk und musste deshalb weichen. Im Jahr 1911 wurden die 140 Einwohner umgesiedelt.

Die Grundmauern der ehemaligen Kapelle mit den alten zerbrochenen Grabsteinen kann man noch sehen. Nur wenige Meter davon entfernt steht eine drei Meter hohe sechseckige Bronzestele. Das Denkmal wurde 2005 eingeweiht. An ihrem oberen Rand verläuft ein Fries, der die Symbole der fünf Weltreligionen zeigt: den Stern Davids, das christliche Kreuz, die islamische Mondsichel mit Stern, das buddhistische Rad der Lehre und das indische Wort Om. Auf den sechs Seiten sind die Namen der Männer eingraviert, die hier in der Fremde ihre letzte Ruhe fanden: Kamdow, Sabir, gestorben am 20.6.1916; Jarder, Ali, gestorben am 19.8.1916; Zingeroff, Medauis, gestorben am 28.6.1915 ... Es sind knapp 900 Namen.

Die Gräber der französischen Kriegsgefangenen, die sich ebenfalls hier befanden, existieren nicht mehr. Die französische Regierung sorgte schon in den Zwanzigerjahren dafür, dass ihre Gebeine nach Frankreich überführt und in den großen Kriegsgräberstätten bei Verdun und Langemarck beigesetzt wurden. Um die Gräber der Hindus und Sikhs kümmerte sich die Commonwealth War Graves Commission. Sie ließ sie innerhalb des Friedhofs auf ein eigenes Plateau verlegen und sorgt bis heute für die Pflege der Grabstellen. Die einheitlich weißen Steine sind von Moos und Algen befreit. „This Indian soldier is honoured here“ – „Diesem indischen Soldaten wird hier gedacht“, steht auf jedem der Grabsteine, dann folgen der Name, das Regiment, das Todesdatum.

Ich gehe weiter und stehe nach wenigen Schritten vor dem mächtigen Gedenkstein für die verstorbenen Tataren. Er wurde nach einem Entwurf des stellvertretenden Kommandanten des Halbmondlagers, des Architekten Otto Siehl, angefertigt und im Jahr 1916 eingeweiht. Die vier steinernen Turbane an jeder Ecke sind Repliken, da die Originale Vandalismus zum Opfer gefallen sind. Das Deutsche Kaiserreich wollte der islamischen Welt unbedingt beweisen, dass es Muslime achtete und sogar unabhängig davon ehrte, ob sie für den Gegner gekämpft hatten. Deshalb ließ es 1916 auch für muslimische

Nordafrikaner, die für den Kriegsgegner Frankreich in den Krieg gezogen waren, ein Ehrenmahl aufstellen. Der sogenannte Araberstein steht schräg zum Hauptweg und ist in Richtung Mekka ausgerichtet, der Gebetsrichtung der Muslime. In dem roten Sandsteinquader ist in arabischen Schriftzeichen die 55. Koransure eingraviert, darüber steht die deutsche Übersetzung der Schahada, des islamischen Glaubensbekenntnisses: „Es gibt keinen Gott außer Gott, und Mohammed ist Gottes Prophet. Wir schritten die Wege, die uns die Allmacht gab. Von der Bahn seines Schicksals weicht keiner auf Erden ab. In welchem Lande einem Menschen bestimmt, dort und sonst nirgends findet er Tod und Grab.“

Den Friedhof Zehrendorf ereilte ein ähnliches Schicksal wie die Wünsdorfer Moschee. Er geriet in Vergessenheit und verwilderte. Während des Zweiten Weltkriegs wurde er nochmals kurz genutzt, um die Opfer der Luftangriffe auf Wünsdorf beizusetzen. Unter den russischen Besatzern verschwand er dann vollends. Sie ließen ihn, obwohl auch russische Soldaten auf dem muslimischen Friedhof bestattet worden waren, verfallen. Erst nach der Wiedervereinigung spürten Historiker ihn wieder auf. Im Jahr 1995 wurde dieser einzigartige interkonfessionelle Friedhof unter Denkmalschutz gestellt und mit Geld des Bundes und des englischen Königshauses saniert. Ein muslimischer Friedhof mitten in Brandenburg, auf dem auch Christen, Hindus und Sikhs bestattet worden sind – dass so etwas möglich ist und sogar schon vor langer Zeit möglich war, klingt fast utopisch. Und es stimmt hoffnungsvoll.

Ohne Gebetsraum geht es nicht

Der Imam von Potsdam gibt Frauen nicht die Hand, der Imam von Frankfurt an der Oder serviert ihnen Tee

Die meisten islamischen Gebetsräume und Moscheen, die in der Bundesrepublik existieren, sind in Fabriken, Wohnhäusern und Ladenlokalen untergebracht und werden von einem der großen islamischen Moscheeverbände oder von einem Moscheeverein betrieben. In Nordrhein-Westfalen, wo über ein Drittel der in Deutschland lebenden Muslime wohnt, gibt es in fast jeder Ortschaft eine islamische Einrichtung. In Brandenburg, wo Schätzungen zufolge etwa 30.000 Menschen muslimischen Glaubens leben sollen, sind Gebetsräume oder Moscheen hingegen selten. Genaue Zahlen existieren nicht. Fest steht: Seit dem Zuzug von Geflüchteten ist der Bedarf eklatant gestiegen. Zahlreiche muslimische Initiativen bemühen sich derzeit darum, einen Gebetsraum in ihren Wohnorten in Brandenburg einzurichten. Einige sind schon entstanden.

Der erste Schritt, um sich als islamische Glaubensgemeinschaft zu organisieren, ist die Gründung eines eingetragenen Vereins. Als Verein ist es einfacher, Räumlichkeiten für das gemeinsame Gebet anzumieten und das religiöse Leben in der Gemeinschaft zu organisieren. Moscheevereine bereiten das gemeinschaftliche Fastenbrechen (Iftar) während des Ramadans vor und gestalten für die Gläubigen das Begehen islamischer Feiertage. Einige Moscheevereine bieten außerdem Koranunterricht für Kinder, Arabischkurse und Deutschunterricht für Flüchtlinge an. In den westlichen Bundesländern, wo es schon in den Siebzigerjahren Vereinsgründungen von muslimischen Gastarbeitern aus Tunesien, Marokko und der Türkei gab, haben sich Moscheevereine als wichtige Anlaufstelle für Geflüchtete erwiesen. Die Neuankömmlinge profitieren von den Erfahrungen und dem Wissen der Vereinsmitglieder, die selbst als Migranten nach Deutschland gekommen sind. In ostdeutschen Bundesländern setzt diese Entwicklung gerade ein.

Sie wird nicht überall begrüßt. In Brandenburg, wo achtzig Prozent der Bewohner überhaupt keiner Religion angehören, fällt es

vielen Menschen schwer, das Bedürfnis der Migranten nach Spiritualität oder die Bedeutung eines Gebetsraums nachzuvollziehen. Ist es wirklich notwendig, die Religion auch in der Fremde zu praktizieren? Steht ein gelebter Islam nicht einer gelungenen Integration im Wege? Würde es nicht genügen, wenn Muslime im Privaten, also bei sich zu Hause, beten?, wird vielerorts in Brandenburg gefragt.

Tatsächlich bedarf es keines besonderen geweihten Raums, um die im Islam vorgeschriebenen täglichen fünf Gebete (Salaat) auszuführen. Allein dafür bräuchte es keine Moschee. Sie ist für Muslime jedoch weitaus mehr als nur ein Ort zum Beten. Die erste Moschee überhaupt war nach islamischer Tradition das Wohnhaus des Propheten Mohammed in Medina. Er lud dorthin zum Beten, aber auch zu religiöser Unterweisung und zu Treffen und Gesprächen ein. Auf diese Weise verwandelte er sein Wohnhaus in einen Ort mit wichtiger gemeinschaftsbildender Funktion. Später übernahmen Moscheen diese Aufgabe. Sie sind bis heute der soziale Kern muslimischer Gemeinden.

Moscheen und Gebetsräume verfügen immer über eine Waschgelegenheit, da Muslime vor jedem Gebet eine rituelle Waschung vornehmen. Beim Gebet werfen sie sich nieder und sitzen zeitweilig auf dem Boden. Die meisten Moscheen sind deshalb mit Teppichen ausgelegt, die erst betreten werden, nachdem die Gläubigen ihre Schuhe vor dem Gebetsraum abgestreift haben. Das Gebet selbst besteht aus einer festgelegten Abfolge bestimmter Körperhaltungen. Der Betende wendet sich in Richtung Mekka, wo sich mit der Kaaba das zentrale Heiligtum der islamischen Religion befindet. Damit niemand versehentlich in die falsche Richtung betet, zeigen eine Gebetsnische (Mihrab) oder Linien auf dem Boden die richtige Gebetsrichtung (Qibla) an.

Das Mittagsgebet am Freitag ist für Muslime am bedeutendsten. Für männliche Muslime ist die Teilnahme daran verpflichtend, Frauen ist sie freigestellt. Das Freitagsgebet besteht aus einem Gemeinschaftsgebet, das auf Arabisch gesprochen wird, und einer Predigt (Hutba) in der Sprache der Gemeinde. Manche Moscheen bieten eine deutsche Übersetzung der Predigt an. Sie erfolgt simultan über Kopfhörer oder direkt durch den Prediger. In einigen Moscheen in kleineren westdeutschen Städten wird die Predigt gleich auf Deutsch gehalten, um Gläubige mit unterschiedlichen Muttersprachen zu erreichen. In den Gebetsstätten Brandenburgs ist die Sprache der Freitagspredigt vor allem Arabisch.

Zur Predigt gehören arabische Koranrezitationen und deren anschließende Erläuterung in der Sprache der Gemeinde. Außerdem greift der Prediger gesellschaftliche Themen oder Fragen zu Gesundheit, Bildung oder anderem auf, die in der Gemeinde gerade diskutiert werden. Genauso können Aspekte von Ethik und Moral, der Hintergrund von religiösen Festen oder Ähnliches erläutert werden. Das Gemeinschaftsgebet leitet der Vorbeter, der sogenannte Imam, an. Die Predigt hält er selbst oder ein geladener Gast.

In unabhängigen Moscheegemeinden, die nicht an einen Islamverband gebunden sind, ist der Imam meistens ehrenamtlich tätig. Seine Arbeit wird nur unregelmäßig honoriert, sodass er seinen Lebensunterhalt anderweitig verdienen muss. In der Regel kann er sich deshalb nur freitags und nach Feierabend der Gemeinde widmen. In islamischen Ländern ist der Beruf des Imams dagegen eine Vollzeitbeschäftigung. Der Imam leitet das tägliche fünfmalige Gebet und das Freitagsgebet an und ist für Trauungen, Bestattungszeremonien und Beschneidungsfeiern zuständig. Er unterrichtet als Koranlehrer Kinder und Jugendliche und berät als Seelsorger die Gemeindemitglieder in privaten Notlagen. In muslimischen Ländern bringen die Menschen einem Imam oftmals mehr Vertrauen entgegen als staatlichen Institutionen. In Deutschland ist das vielerorts kaum anders. Auch hier ist er eine Autoritätsperson. Imame sind die wichtigsten Multiplikatoren in der muslimischen Community.

Bedauerlicherweise ist der Beruf des Imams in Deutschland nicht geschützt. Theoretisch kann ihn jeder, der eine schöne Stimme hat und gut vorbeten kann, ergreifen. Es ist nicht selten, dass sich ein Imam sein religiöses Wissen nicht an einer Universität, sondern durch den Besuch einer Koranschule, durch Selbststudium und Fernsehen angeeignet hat. Seit einigen Jahren bieten zwar mehrere deutsche Hochschulen Studiengänge an, die zur Tätigkeit des Imams befähigen. Die Absolventenzahlen sind aber noch gering. Muslimische Gemeinden sind in finanzieller Hinsicht eher schlecht aufgestellt. Sicherlich werden nur wenige es sich leisten können, einen Imam mit deutschem Studienabschluss anzustellen.

Zu wichtigen Feierlichkeiten wie beispielsweise dem Beginn des Opferfestes versammeln sich in der Regel mehr Gläubige in den Moscheen als sonst. Muslimische Gebetsräume, die in einfachen Woh-

nungen oder Ladenlokalen untergebracht sind, bieten an solchen Tagen kaum ausreichend Platz. Zudem verfügen sie selten über einen abgetrennten Bereich für Frauen. In Moscheen ist das normalerweise anders. Obwohl die meisten Musliminnen lieber zu Hause beten, legen viele Vorstände von Moscheevereinen Wert darauf, durch die Einrichtung eines separaten Bereichs auch Frauen den Moscheebesuch grundsätzlich zu ermöglichen.

In den deutschen Moscheevereinen kümmert sich ein gewählter Vorstand um die Vereinsbelange. Viele untersagen per Satzung, dass auch der Imam in den Vorstand gewählt werden kann. Auf diese Weise soll kontrollierbar bleiben, dass er den Islam nur so auslegt, wie es der religiösen Richtung des Vereins entspricht. Vertritt er zu moderne oder zu konservative Ansichten, riskiert er, seine Rolle als Vorbeter und Gemeindevorsteher zu verlieren. Die Vorstände der Moscheegemeinden machen nicht selten von diesem Recht Gebrauch. Letztendlich bestimmen sie, welcher Islam in Deutschland gepredigt wird.

Viele Bürger meinen, Moscheevereine stünden generell unter ideologischem Einfluss aus dem Ausland. Dass diese Befürchtung nicht unberechtigt ist, hat sich besonders in den Moscheen des türkisch geprägten Islamverbandes „Türkisch-Islamische Union der Anstalt für Religion“ (DITIB) gezeigt. Es predigen dort ausschließlich Imame, die aus der Türkei entsandt und auch von dort bezahlt werden. Vor den türkischen Parlamentswahlen riefen einige von ihnen in Deutschland dazu auf, die Partei von Staatspräsident Erdogan, die AKP, zu wählen. Nach dem versuchten Militärputsch im Sommer 2016 forderten sie von den Gläubigen, ihnen Informationen über in Deutschland lebende Anhänger des islamistischen Predigers Fethullah Gülen zukommen lassen. Denn die türkische Regierung ist überzeugt davon, dass er hinter dem versuchten Staatsstreich steckt. In Brandenburg ist bisher weder die DITIB noch die ebenfalls türkisch geprägte „Islamische Gemeinschaft Millî Görüş“ mit Moscheevereinen oder Gebetsstätten aktiv. Letztere soll ebenfalls auf struktureller und personeller Ebene mit der türkischen Regierung verhandelt sein.

Einer der wenigen Moscheevereine in Brandenburg, die schon vor Ankunft der Geflüchteten existierten, ist der im Jahr 1998 gegründete „Verein der Muslime in Potsdam“ e. V. Er betreibt in der Landeshauptstadt die Al-Farouk-Moschee. Der Vorsitzende des Vereins, Kamal Mohammed Abdallah, fungiert seit 2004 auch als dessen Imam. Anders als bei Vereinen, die eine solche Personalunion ablehnen, verfügt die Gemeinde somit über keine funktionierende Kontrollinstanz.

Abdallah wurde 1969 als Palästinenser in Libanon geboren und lebt seit 1990 in Potsdam, wo der gelernte Eisenschmied im Schloss Cecilienhof für die Servicegesellschaft der Stiftung Preußischer Schlösser und Gärten arbeitet. Er ist Vater von fünf Kindern und übt die Tätigkeit als Imam nach Feierabend aus.

Die Al-Farouk-Moschee war bis 2016 in einem Plattenbau nahe des Brandenburgischen Landtags untergebracht. Die Vereinsmitglieder hatten ein Ladenlokal, nicht größer als eine Vierzimmerwohnung, zu einem Gebetsraum umgebaut. Nicht nur Potsdamer Muslime, auch Gläubige aus Bad Belzig oder Teltow besuchten dort das Freitagsgebet. Aus Mangel an Alternativen reisten an wichtigen islamischen Feiertagen Muslime aus ganz Brandenburg an. Sie nahmen sogar in Kauf, dass aus Platzmangel oftmals nur gruppenweise gebetet und gefeiert werden konnte. Mit der Ankunft der Geflüchteten in Potsdam ab Sommer 2015 waren die Kapazitäten bald endgültig erschöpft. Ähnlich wie in anderen Orten Brandenburgs, in denen es schon vorher einen Gebetsraum gegeben hatte, war die Al-Farouk-Moschee nun jeden Freitag komplett überfüllt. Bis zu 200 Gläubige mussten deshalb jede Woche draußen auf dem Bürgersteig beten.

Die Situation wurde für alle Seiten untragbar. Sie setzte eine Dynamik in Gang, die mittlerweile vielerorts zu beobachten ist, wenn es Streit um die Sichtbarkeit des Islams in Deutschland gibt: Anwohner sagten, sie fühlten sich wegen der vielen fremd aussehenden Männer, die freitags die Moschee aufsuchten, nicht mehr sicher. Die Gläubigen selbst klagten über feindselige Blicke und beschwerten sich zu Recht, dass das Beten auf dem Trottoir ihrer Religion unwürdig sei. Die Potsdamer AfD nutzte die Gelegenheit, um Stimmung gegen den Islam zu machen. Das rief das parteiübergreifende Aktionsbündnis „Potsdam bekennt Farbe“ auf den Plan, das nun gegen die AfD mobilisierte. Die Feindseligkeit gegenüber den Muslimen ging so weit,

dass Unbekannte die Moschee schändeten. Im Oktober 2016 legten sie nachts den abgetrennten Kopf eines Ferkels vor deren Eingangstür. Im Islam gilt das Schwein als unreines Tier.

Der Potsdamer Oberbürgermeister versprach, den Gläubigen bei der Suche nach neuen, kostengünstigen Räumlichkeiten zu helfen. Es zeichnete sich bald ab, dass die Suche schwierig werden würde. Die Anzahl der Gebäude in Potsdam, die mehreren Hundert Menschen Platz bieten könnten, erwies sich als gering. Zudem wurden prinzipielle Bedenken laut. Verstöße die Stadt nicht gegen das Neutralitätsgebot im Grundgesetz, wenn sie eine bestimmte religiöse Gruppe unterstütze? Als die muslimische Gemeinde nach Monaten immer noch keine neuen Räumlichkeiten in Aussicht hatte, bot das Ordnungsamt ihr die Orangerie der Biosphäre Potsdam zur vorläufigen Nutzung an. Die Orangerie ist eine sogenannte Eventhalle, man kann sie für Veranstaltungen mieten. Die Stadt würde die Kosten, 1.500 Euro pro Freitagsgebet für Miete und Reinigung, übernehmen. Der Verein stimmte dem Vorschlag zu. Was nur eine Zwischenlösung sein sollte, wurde für die Potsdamer Muslime zur Normalität: Anderthalb Jahre lang machten sie sich jeden Freitag auf den Weg in den Norden der Stadt und beteten inmitten der tropischen Bepflanzung der Orangerie.

In einer Woche im Juni 2017, kurz vor Ende des Ramadans, hatte ich Gelegenheit, dem Freitagsgebet in der Orangerie beizuwohnen. Gut 300 Männer kamen an diesem Tag in die Biosphäre, unter ihnen viele junge Syrer und Nordafrikaner in Jeans und T-Shirt. Eine Gruppe von Arabern hob sich mit ihren weißen Kufiyas, dem arabischen Männerkopftuch, und ihren aus kostbarem weißem Stoff gewebten Thawbs, dem langen Männergewand der Arabischen Halbinsel, deutlich von den übrigen Gläubigen ab. Imam Abdallah, ein Mann mit graugrünen Augen und grau meliertem Vollbart, begrüßte die auffällig gekleideten Araber mit Handschlag. Als er auf mich zutrat, vermied er es hingegen, mich zu berühren. Denn Kamal Mohammed Abdallah gibt fremden Frauen grundsätzlich nicht die Hand.

Ich hatte darüber in einem Interview gelesen, das der Imam den „Potsdamer Neuesten Nachrichten“ im Januar 2016 gegeben hatte. Er erklärte damals: „Das ist eine religiöse Vorschrift. Ein Muslim darf einer fremden Frau nicht die Hand geben. Das ist im Judentum

übrigens genauso. Auch Rabbiner geben fremden Frauen nicht die Hand.“ Ganz richtig ist diese Erklärung allerdings nicht, worauf die Zeitung dankenswerterweise auch hinwies, als sie das Interview abdruckte. Sie versah es mit der korrigierenden Bemerkung, dass lediglich manche orthodoxe Rabbiner Frauen den Handschlag verweigerten, konservative und liberale Rabbis hätten hingegen kein Problem damit, eine fremde Frau zu berühren.

In der islamischen Welt schütteln vor allem Männer, die dem Volksislam anhängen, einer Frau nicht die Hand. Die Verweigerung des Handschlags charakterisiert aber auch ultraorthodoxe, nicht an Integration interessierte Salafisten, die Frauen nicht als gleichwertig ansehen. Salafisten tragen gern einen Vollbart, knöchellange Hosen und ein Häkelkäppi. Dieses Erscheinungsbild gibt sich auch Imam Abdallah.

In anderem Belangen machte er ebenfalls nicht den Eindruck, progressiv sein. Trotz ausreichenden Platzes in der Orangerie hatte er nicht dafür gesorgt, einen Bereich für Frauen abtrennen zu lassen. Er bat mich, ein Kopftuch umzubinden. Ich hatte ohnehin eines zu diesem Zweck mitgebracht, schließlich ist es in der islamischen Welt üblich, dass Frauen ihr Haar beim Betreten einer Moschee verhüllen. Damit mich keiner der Männer sähe, bot der Imam mir einen Stuhl hinter einem mobilen Biertresen an, der von einer Veranstaltung am Abend zuvor stehen geblieben war. Er hoffe, ich fühlte mich dadurch nicht beleidigt.

Die Predigt hielt Abdallah auf Arabisch. Am Ende gab es eine kurze Zusammenfassung auf Deutsch. Ihr zufolge hatte der Imam darüber geklagt, dass viele Muslime nicht fasteten, obwohl ihnen der Islam das vorschreibe. In diesen letzten Tagen des Ramadans sollten sich die Gläubigen besonders bemühen, ein gottgefälliges Leben zu führen.

In etwas holprigem Deutsch erklärte mir der Imam nach dem Ende des Freitagsgebets, er habe mir eigentlich einen Schriftsatz zum Unterschreiben vorlegen wollen. Per Unterschrift wollte er mich garantieren lassen, nur das aufzuschreiben, was ich tatsächlich gesehen und gehört hätte in der Orangerie. Bedauerlicherweise habe er es leider nicht mehr geschafft, ein solches Dokument vorzubereiten. Auf diese Idee war der Imam gekommen, weil wenige Monate vor meinem

Besuch ein Buch über den Islam in Deutschland erschienen war, das ihn massiv kritisiert hatte.

Das Buch heißt „Inside Islam. Was in Deutschlands Moscheen gepredigt wird“ (Econ-Verlag). Der Autor ist der Fernsehjournalist Constantin Schreiber. Das Cover des Buches zeigt Schreiber in Hemd und feinem Wollmantel, hinter ihm ragen Minarette vor bewölkten Himmel in die Höhe. Die Botschaft des Fotos ist eindeutig: Über Deutschland braut sich eine islamistische Gefahr zusammen, aber Constantin Schreiber hat alles im Blick. Genauso tendenziös wie das Cover ist leider auch der Rest des Buches. Der Erkenntniswert der Lektüre ist deshalb gering.

Da Schreiber als Reporter in Beirut und Dubai gearbeitet und in Damaskus Arabisch gelernt hat, müsste er eigentlich mit den Gepflogenheiten des muslimischen Lebens vertraut sein. Trotzdem insinuiert er, die Kontaktaufnahme zu Muslimen sei ein Wagnis, und setzt voraus, dass ein Muslim in Deutschland keinesfalls auch deutscher Staatsangehöriger sein kann. So heißt es gleich zu Beginn über den Besuch von Moscheen auf deutschem Boden: „Es ist eine Schwelle, die nur wenige Deutsche überschreiten. Sie sind für die meisten von uns eine fremde Welt.“

Zu recherchieren, was hierzulande „Inside Islam“, also „im Islam“, vor sich geht, bedeutete für Schreiber, 13 „zufällig“ ausgewählte Moscheen aufzusuchen. In jeder dieser Moscheen hörte er sich eine Freitagspredigt an, ließ sie übersetzen und sprach mit Islamexperten über den Inhalt. Das ist ein interessanter Ansatz. Unseriös ist jedoch, dass sich Schreiber anhand einer einzigen Predigt eine grundlegende Einschätzung der jeweiligen Gemeinde erlaubt. Der Journalist versuchte, die Imame mit Zitaten aus ihren Predigten zu konfrontieren, die er als integrationshemmend oder demokratiefeindlich empfand. Aufgrund der zumeist geringen Deutschkenntnisse der Imame kam er nicht weit damit. Schreiber ist darüber äußerst erzürnt: „Offenbar ist es möglich, viele Jahre in Deutschland zu leben, mit Frau und Kindern, ohne auch nur in der Lage zu sein, auf Deutsch ein Brötchen zu kaufen“, heißt es am Ende seines Reports. War er mit den Imamen Brötchen kaufen? Nein, war er nicht, er wollte ein Interview auf Deutsch über den theologischen Inhalt ihrer Predigten mit ihnen führen. Das ist ein gewaltiger Unterschied.

Die Freitagspredigt der Al-Farouk-Moschee besuchte der Journalist am 16. Dezember 2016, als sich die Gemeinde schon seit einigen Wochen in der Orangerie der Biosphäre Potsdam traf. Die Beschreibung des Mannes, der an diesem Tag die Predigt hielt – im Buch steht, der Imam habe einen weiten, hellen Hosenanzug getragen –, passt tatsächlich zu Imam Abdallah. Ein solches Erscheinungsbild sei kennzeichnend für jemanden, der im arabischen Kontext sehr konservativ sei – „viele Araber würden Salafisten mit dieser Kleidung in Verbindung bringen“. Nicht zu Abdallah passt hingegen, wie der Journalist das Arabisch des Predigers interpretiert. Aufgrund der Aussprache lasse er sich „klar“ als Syrer einordnen. Die Predigt entpuppt sich als streng konservativ und rückwärtsgewandt. Sie habe integrationshemmende Elemente enthalten und einen „klaren Aufruf zur Missionierung“ vermittelt. Besonders Letzteres sei sehr bedenklich, da unter den Gläubigen sehr viele Geflüchtete gewesen seien. Sie könnten ihre neue Umgebung noch nicht einschätzen. Schreiber fragt sich: „Glauben sie wirklich, sie sollen in Potsdam Menschen ansprechen und sie zum Übertritt zum Islam überreden?“

Schreiber erfuhr noch in der Biosphäre, dass Zuhörer das Gesagte als konservativ und fragwürdig empfanden. Den Lesern seines Buches enthält er diese Information vor. Nur in einem Interview gab er später an, in der Biosphäre mit syrischen Flüchtlingen gesprochen zu haben, die „total überrascht“ gewesen seien, „was hier für aggressive, rückwärtsgewandte Predigten gehalten werden, das kannten sie aus Syrien nicht“. Warum nahm der Journalist diese wichtige Einschätzung nicht in sein Buch auf? Es wäre interessant gewesen, von noch mehr Gläubigen zu erfahren, wie die Worte des Imams bei ihnen angekommen sind.

Nach dem Erscheinen von „Inside Islam“ im März 2017 reagierte die Stadt Potsdam alarmiert. Imam Abdallah wies sämtliche im Buch erhobene Vorwürfe von sich. Er könne nicht mehr sagen, ob er selbst oder ein geladener Gast an jenem Freitag die Predigt gehalten habe. Die AfD Potsdam, die ohnehin schon Stimmung gegen die muslimische Gemeinde gemacht hatte, behauptete, die Landesregierung schaue bei Brandenburgs Muslimen zu sehr weg. Die Stadt organisierte ein nichtöffentliches Treffen zwischen Schreiber und dem Imam. Bei dieser Gelegenheit verabredeten die beiden, sich im Rah-

men einer Podiumsdiskussion gemeinsam den Fragen der Potsdamer zu stellen. Mehr als 200 Besucher fanden sich an besagtem Termin im Hans-Otto-Theater ein. Wer jedoch nicht kam, war Constantin Schreiber. Übers Internet hatte er Drohungen erhalten und seine Teilnahme an der Podiumsdiskussion deshalb kurzfristig abgesagt.

Der Brandenburger Verfassungsschutz hält es nicht für notwendig, die Al-Farouk-Moschee zu beobachten. Es sei nicht erkennbar, dass die Predigten explizit gegen die deutsche Grundordnung gerichtet seien. Nach Angaben des „Tagesspiegel“ hatte der Verfassungsschutz allerdings 2014 vermerkt, Imam Abdallah habe regelmäßig gegen den Westen, gegen Juden und Christen gepredigt. Zudem seien Spenden für „Kriege gegen die Ungläubigen zur Verbreitung des Islam“ gesammelt worden. Abdallah bestritt sowohl die Echtheit der Zitate als auch den Vorwurf, seine Gemeinde habe Spenden für den bewaffneten Kampf gesammelt.

Seit April 2018 ist die Al-Farouk-Moschee nun in einem ehemaligen Heizhaus des Energieversorgers EWP untergebracht. Die muslimische Gemeinde soll das zentral gelegene Gebäude für rund 1.000 Euro Monatsmiete dauerhaft nutzen können. Es wurde mit einer Bezuschussung der Stadt renoviert, das Geld sollen die Gläubigen nach und nach zurückzahlen. Die neuen Räumlichkeiten bieten Platz für etwa 200 Personen. Frauen ist der Besuch des Freitagsgebets nicht gestattet, da der Verein keine Möglichkeiten sieht, einen separaten Gebetsbereich für sie einzurichten. Nach der „Inside Islam“-Debatte hatte der „Verein der Muslime in Potsdam“ mehr Transparenz versprochen und angekündigt, die Predigten künftig auf Deutsch auf seine Homepage zu stellen. Bisher ist dieser Ankündigung nur unregelmäßig nachgekommen worden.

Auch in Frankfurt an der Oder hatte sich schon vor der Ankunft der Geflüchteten eine muslimische Gemeinde gebildet. Die Mitglieder der ersten Stunde waren Migranten, die nach der Wende aus den alten Bundesländern nach Frankfurt gezogen waren, deutsche Konvertiten und Gläubige aus nordafrikanischen und arabischen Ländern, die in Frankfurt studiert hatten und sich danach aus

beruflichen oder persönlichen Gründen dafür entschieden, in der Stadt zu bleiben.

Über viele Jahre hinweg traf sich die etwa dreißig Personen zählende Gruppe zum Freitagsgebet in der Wohnung eines Gemeindeglieds. Als der Mann im Sommer 2014 starb, mietete die Gemeinde einen Raum, der jedoch wegen stetigen Mitgliederzuwachses bald zu klein wurde. Um sich mehr institutionelles Gewicht zu verleihen und die Chancen bei der Suche nach neuen Räumlichkeiten zu erhöhen, gründete die Gruppe im Januar 2016 den Verein „Muslime an der Oder e. V.“ Zahlreiche der seit 2015 in Frankfurt lebenden Geflüchteten aus Syrien, dem Iran, Tschetschenien und Afghanistan haben sich dem Verein mittlerweile angeschlossen.

Er leistet Beachtliches, um seine Arbeit auf solide Füße zu stellen. In einem mehrtägigen Kurs auf Deutsch mit arabischer Übersetzung, den der Vereinsvorstand organisiert hatte, wurde den Mitgliedern erklärt, wie „Ehrenamtliche Vereinsarbeit in Deutschland“ funktioniert. Zudem gab es Informationsveranstaltungen über Öffentlichkeitsarbeit, interreligiösen Dialog und islamische Verbände in Deutschland. Das Raumproblem konnte bisher noch nicht gelöst werden, die Gemeinde zieht von Provisorium zu Provisorium. Eine Zeit lang durfte sie in einem Frankfurter Begegnungscafé beten, derzeit trifft sie sich freitags in einer Turnhalle. Jede Woche finden sich dort etwa 300 Gläubige zum gemeinsamen Gebet ein (Stand Juni 2018).

Mohammad Zakaria, ein junger Mann von Anfang zwanzig, ist seit Ende 2016 ehrenamtlich als Imam für die Gemeinde tätig. „Eine Moschee ist nicht nur ein Ort des Gebets, der einen abgetrennten Bereich für Frauen haben sollte“, sagt der junge Syrer. „Eine Moschee ist auch ein sozialer Treffpunkt. Wir wünschen uns Räumlichkeiten, die eine solche Nutzung zulassen. Besonders für die Frauen wäre es wichtig, einen Ort der Begegnung zu haben, den sie auch mit ihren Kindern und außerhalb der Gebetszeiten aufsuchen können, um sich über Probleme und Alltagserfahrungen auszutauschen. In den Ländern, aus denen sie stammen, treffen sich nur Männer zum Plaudern im Café. Sicherlich werden auch die Frauen irgendwann anfangen, in Cafés zu gehen. Aber jetzt kann man das noch nicht von ihnen erwarten.“

Zakaria, dunkle Haare, glatt rasiertes Gesicht, weißes Hemd und weicher Händedruck, steht in seinem Wohnzimmer in einem

Frankfurter Plattenbau und bittet mich darum, auf dem Sofa Platz zu nehmen. Auf den Couchtisch hat er Schalen mit Obst, Gebäck und Bonbons für den Besuch bereitgestellt. „Kaffee oder Tee?“, fragt er freundlich und entschuldigt sich, dass im Badezimmer noch die Waschmaschine läuft. In der winzigen Zweizimmerwohnung, in der Zakira seit wenigen Monaten lebt, ist ihr Gerumpel überall gut zu hören.

Zakira war 18 Jahre alt, als der Krieg in Syrien ihm das Fortführen seines Literaturstudiums unmöglich machte. Da er nicht in Assads Armee kämpfen wollte, blieb ihm nur die Flucht. Er reiste in die Türkei, überquerte in einem Schleuserboot das Mittelmeer und lief auf der Balkanroute nach Deutschland. Am 5. September 2015 traf er hier ein. Die ersten Monate verbrachte Zakaria in einer Erstaufnahmestelle in Potsdam. Danach wurde er in einer Gemeinschaftsunterkunft in Seelow untergebracht. Nach Frankfurt zog er, weil es dort eine Wohnung für ihn gab.

„Ich war sehr gern in Potsdam. Mein Eindruck ist, die Frankfurter sind weniger offen als die Menschen in Potsdam“, sagt Zakaria, als er Tee und Cappuccino serviert. „In Potsdam hat man uns Geflüchteten das Gefühl gegeben, stark zu sein und alles schaffen zu können. In Frankfurt ist das anders. Meine Nachbarn zeigen mir deutlich, dass es ihnen nicht recht ist, dass ich hier eingezogen bin. Das macht mich traurig. In meiner Kultur haben Nachbarn einen besonderen Wert; sie bedeuten mehr als entfernt wohnende Familienangehörige. Denn wenn etwas passiert, teilen wir das gleiche Schicksal.“ Warum, glaubt er, wird er von manchen Menschen abgelehnt? „Das Bild, das viele vom Islam haben, ist sehr schlecht. Sie glauben, alle Muslime seien Terroristen. Als Imam versuche ich deshalb, überzeugender zu sein als die Medien, die mit ihrer Berichterstattung ein einseitiges Bild vom Islam verbreiten. Am vergangenen Freitag habe ich beispielsweise über Liebe und Barmherzigkeit gepredigt.“

Man kann sich gut vorstellen, dass Zakaria eine muslimische Gemeinde für sich einnehmen kann. Zudem macht er den Eindruck, als wäre er sich der großen Verantwortung, die er als Imam trägt, bewusst. Er sagt: „Die Menschen, die mich um Rat fragen, sind verunsichert oder wissen, dass sie einen Fehler gemacht haben. Das verleiht mir automatisch eine Autorität, die ich nicht ausnutzen möchte.“ Am meis-

ten Schwierigkeiten bereite den Gemeindemitgliedern die deutsche Sprache. Andere seien unsicher, wie sie ihren Glauben in Deutschland leben sollen. Sie fragten sich, ob es gut sei, den Sohn in der Fremde beschneiden zu lassen oder der Tochter nahezu legen, ihr Haar zu verhüllen. Wie ist seine Meinung zum Kopftuch? „In der Moschee sollte eine Frau ihr Haar auf jeden Fall bedecken. Ich bin außerdem der Ansicht, der Koran möchte, dass eine Frau ein Kopftuch trägt, sobald sie in die Pubertät kommt. Ob sie das macht, sollte allerdings ihre persönliche Entscheidung bleiben. Sie selbst muss überzeugt davon sein“, sagt Zakaria. Was bedeutet ihm persönlich seine Religion? „Es muss einen Künstler gegeben haben, der diese Welt erschaffen hat. Mein Glaube hilft mir, mich nicht über mein Leben zu grämen. Gott wird wissen, warum die Dinge so sind, wie sie sind“, antwortet der Imam.

Zakaria eignete sich sein Wissen über religiöse Praktiken und den Koran als Schüler an. Islamische Theologie studiert hat er nicht, aber in dem Gymnasium, das er in Syrien besuchte, gehörte Islamunterricht zum Curriculum. Zakaria besuchte ihn drei Jahre lang. Danach konnte er sich so gut im Koran aus, dass er in seiner syrischen Heimatgemeinde manchmal die Rolle des Vorbeters übernahm, wenn dieser aus Krankheitsgründen ausfiel.

Als er in der Erstaufnahmestelle Potsdam ankam, habe er sich sehr gefreut, feststellen zu können, dass dort das Freitagsgebet abgehalten wurde, erzählt er. Die Rolle des Vorbeters hatte ein Geflüchteter übernommen. Zakaria merkte jedoch schnell, dass es dem Mann an theologischem Wissen fehlte. Als sich auch andere Gläubige zunehmend unzufrieden mit dessen Auftritt zeigten, bot sich Zakaria als Imam an. Und so kam es, dass bald er selbst regelmäßig die Freitagspredigt hielt.

Manchmal seien Potsdamer Salafisten in die Erstaufnahmestelle gekommen und hätten versucht, mit ihm, dem Imam, und anderen jungen Männern zu sprechen. Zakaria ließ sich nicht darauf ein. „Ich brauche niemanden, der mir erklärt, was der Islam ist“, sagt er. „In meinem Freundeskreis in Syrien hieß es über Salafisten: Je länger der Bart und je kürzer die Hose, desto größer sind die Schwierigkeiten, in die man womöglich wegen dieser Menschen gerät.“

Als Zakaria nach Frankfurt zog, eilte ihm der Ruf, ein guter Imam zu sein, voraus. Wenn er predigt, sind alle willkommen. Ihm ist es

nicht wichtig, ob die Gläubigen Sunniten oder Schiiten sind, welcher religiösen Strömung sie angehören und welcher Rechtsschule sie folgen. Ein paarmal war er in Berlin, um sich dort in der muslimischen Community umzusehen. Er war bestürzt, wie zersplittert sie ist. „In Berlin hat jede islamische Richtung und fast jede Nation eine eigene Moschee. Ich bin überzeugt, man macht den Islam auf diese Weise kaputt. Wir haben das in Syrien erlebt. Dort entwickelten sich vor dem Bürgerkrieg ebenfalls sehr viele religiöse Gruppierungen. Und dann gerieten sie irgendwann miteinander in Konflikt.“

Abgesehen von den Aufgaben, die er als Imam übernimmt, hat Mohammed Zakaria gerade keine Kapazitäten, um sich für die „Muslime an der Oder e.V.“ zu engagieren. Er braucht freie Zeit, um noch besser Deutsch zu lernen. Es soll so gut werden, dass er in Zukunft auf Deutsch predigen kann. Seine Suche nach einer Arbeit war bisher erfolglos, deshalb baut Zakaria gerade mit einem Freund einen Gebrauchtmöbelladen auf, mit dem er seinen Lebensunterhalt bestreiten will. „Ich bin zu jung, um ständig ins Jobcenter zu gehen“, sagt der Imam.

Der Scheich von Trebbus

Wo früher getanzt und geturnt wurde, ist heute Brandenburgs schönste Moschee

Scheich Halis Dornbrach sitzt an einem Tisch im Speisesaal seines Sufi-Konvents in Trebbus und bittet darum zuzugreifen. Auf den Platten liegen Kuchenstücke und mit Salami und Käse belegte Brötchen. Dann erklärt er, warum die Keramikbecher vor uns auf dem Tisch verkehrt herum stehen: „Im Sufismus ist das ein Symbol dafür, dass man über die Fehler anderer hinwegsehen soll.“ Er dreht die Becher um und schenkt dampfenden Kaffee ein. Köstlicher Duft durchströmt den Raum, der Kaffee ist mit grünem Kardamom gewürzt. Vor einigen Jahren, als man noch unbeschwert durch einige Länder des Nahen Ostens reisen konnte, brachte Dornbrach ein Säckchen des kostbaren Gewürzes aus Syrien mit. Er ist oft dort gewesen, er hat eine sehr persönliche Beziehung zu dem Land. Die alte Karte aus dem 18. Jahrhundert, die an der Wand hinter Dornbrach hängt, zeigt die geografischen Grenzen Syriens zur Zeit des Osmanischen Reichs. In gewisser Weise passt sie sehr gut zu Halis Dornbrach. Denn der 73-Jährige wirkt selbst wie eine Gestalt aus einer alten orientalischen Fotografie. Er spricht Türkisch, Arabisch und Osmanisch. Auf dem Kopf trägt er ein Gebetskäppi und um den Mund einen weißen Bart. Dazu hat er weite, helle Hosen an und ein helles, kragenloses Hemd. Halis Dornbrach ist ein Sufi, ein Anhänger des Sufismus, dem mystischen Zweig im Islam. Dieser hatte seine Blütezeit zwischen dem 13. und dem 16. Jahrhundert. Mit dem Niedergang des Osmanischen Reichs setzte auch der Abstieg des Sufismus ein. Für die islamische Kultur war er gleichbedeutend mit einer gewaltigen geistigen Implosion.

Der Sufismus gilt als toleranter und ambivalenter als der orthodoxe Islam. Denn Sufis legen den Koran nicht wortwörtlich aus und erkennen auch in anderen Glaubensformen Wahrheiten. Vom Christentum beispielsweise hat der Sufismus ausdrücklich das Gebot der Feindesliebe angenommen. An Gott hebt er vor allem die Barmherzigkeit

hervor. Bis ins 20. Jahrhundert bildete die religiöse Strömung des Sufismus fast in der gesamten islamischen Welt die Grundlage der Volksfrömmigkeit. Auch in der islamischen Dichtung, der bildenden Kunst und der Architektur war über Jahrhunderte hinweg der Geist der Mystik zu spüren.

Mit dem Erstarken des Islamismus wurde der Sufismus immer weiter zurückgedrängt. In vielen Regionen des Nahen Ostens wird er mittlerweile bekämpft. Der sogenannte Islamische Staat und Al Qaida haben schon zahlreiche Anschläge auf Sufi-Stätten verübt. Im Sufismus ist die Heiligenverehrung verbreitet, und die Extremisten werten sie als Vielgötterei.

In Trebbus, einem 300-Seelen-Dorf der Gemeinde Doberlug-Kirchhain, das mit seinem über 1.000-jährigen Bestehen als einer der ältesten urkundlich genannten Orte im Altkreis Finsterwalde gilt, hat Halis Dornbrach 1992 einen Sufi-Orden gegründet. Er befindet sich in einem alten Gehöft, nur ein unauffälliger arabischer Schriftzug über der alten, schweren Eingangstür weist darauf hin. Wer an dem Haus vorbeifährt, ohne zu wissen, was sich in seinen Mauern befindet, hält es einfach für ein gut saniertes altes Gebäude.

Fast überall in Deutschland gibt es mittlerweile Anhänger des Sufismus, doch kaum einer unter ihnen genießt ein so hohes Ansehen wie Halis Dornbrach. Er wird auch von traditionellen muslimischen Kreisen geschätzt, wegen seines Wissens, seines Werdegangs und weil die von ihm gegründete Einrichtung einzigartig in Deutschland ist. Dornbrach ist derzeit der einzige Sufi im Konvent. Warum das so ist, will er jetzt, da wir am Tisch sitzen und uns gerade Kuchen und Brötchen auf die Teller geladen haben, jedoch nicht erklären: „Jetzt ist erst mal Zeit zum Essen, und beim Essen sprechen Sufis nicht. Wir können uns unterhalten, wenn wir damit fertig sind.“

Dornbrach sagt „wir“, wenn andere Menschen „ich“ sagen. Das Wort „ich“ existiert nicht in seinem Konvent.

Abdullah Halis Dornbrach wurde im Jahr 1945 in Berlin geboren und wuchs auch dort auf. Seine Mutter war Hausfrau, sein Vater war Gebrauchsgrafiker und ein bekannter Orchideenmaler. Als Jugendlicher war Dornbrach in der evangelischen Kirche aktiv, zeigte aber schon damals Interesse für andere Religionen. Nach der Schule begann er eine Lehre als Stuckateur, die er wegen gesundheitlicher

Probleme abrechnen musste. Er wurde Strickmaschineneinrichter. Dornbrach lernte Arabisch und konvertierte 1965, im Alter von 19 Jahren, bei einem türkischen Studenten der Technischen Universität Berlin zum Islam. Wenig später kehrte Dornbrach Deutschland den Rücken und reiste in die Türkei. Dort kam er in Kontakt mit dem Sufismus des Mevlevi-Ordens, der Nicht-Muslimen vor allem wegen der tanzenden Derwische bekannt ist. Muslimen gilt er als einer der bedeutendsten Sufi-Bruderschaften weltweit.

Der Mevlevi-Orden entstand auf dem geografischen Gebiet der heutigen Türkei und geht auf den persischen Mystiker Dschalal ad-Din ar-Rumi zurück. Rumi lebte im 13. Jahrhundert, zur Blütezeit der islamischen Mystik, im zentralanatolischen Konya. Dort begegnete er einem persischen Wandermönch mit Namen Schams von Täbris. Die beiden freundeten sich an, und Schams unterwies Rumi im Sufismus. Nach wenigen Jahren verschwand Schams plötzlich, der Mönch wurde wahrscheinlich Opfer eines Gewaltverbrechens. Rumi war untröstlich über den Verlust des geliebten Freundes. Er verarbeitete den Schmerz, indem er zahllose Verse schrieb. Rumi schuf eine Philosophie der Liebe, die auch die Liebe des Menschen zu seinem Schöpfer umfasst.

Der Kern des Glaubens ist bei Rumi die Liebe, die keiner Gesetze bedarf. Über sie findet er zurück zu Gott. Im Sufismus ist es deshalb kein Sakrileg, sich den schönen Seiten des diesseitigen Lebens zu widmen, um die Einheit mit Gott anzustreben. Und so wurden Musik und Tanz zu zentralen Elementen des Mevlevi-Ordens, der in der Tradition Rumis entstand. Der Name Mevlevi geht auf das Wort „Mevlana“ zurück. So lautete der Beiname, den Rumi von seinen Anhängern erhielt. Er bedeutet „unser Herr/Meister“.

Nach der Gründung der türkischen Republik im Jahr 1923 wurden die Sufi-Orden von Mustafa Kemal Atatürk verboten. Von dem Verbot betroffen waren auch die auf Rumi zurückgehenden tanzenden Derwische. Sie passten einfach nicht in den vom Staatsgründer propagierten offiziellen türkischen Islam. Denn Atatürk befürchtete, die Sufis könnten sich dem absoluten Anspruch des gerade gegründeten säkularen Staates widersetzen. Das Mutterhaus des Mevlevi-Ordens in Konya wurde geschlossen und in ein Museum verwandelt.

Der Mevlevi-Orden eröffnete im syrischen Aleppo einen neuen Hauptsitz. In der Türkei durften Derwische keinen Drehtanz mehr abhalten (erst seit 1954 darf der „Sema“ an Rumis Todestag wieder vollzogen werden). Dennoch gelang es dem türkischen Staat nicht, den Mythos und die Strahlkraft des Mevlevi-Ordens zu brechen. Ab den Sechzigerjahren reisten viele Amerikaner und Europäer nach Konya, die sich für die Mevlevi-Tradition interessierten. Unter ihnen war auch Halis Dornbrach. Was er dort sah, hörte und spürte, sollte seinem Leben eine komplett neue Wendung geben. Er tauchte zu einem Zeitpunkt in die Traditionen des osmanischen Sufismus ein, als türkische staatliche Stellen deren Untergang schon beschlossen hatten.

Um ein Derwisch zu werden, muss man ein strenges Noviziat ableisten. Dornbrach reiste von der Türkei nach Syrien und leistete es im Haupthaus des Ordens in Aleppo ab. Außerdem studierte er dort an einer islamischen Hochschule islamisches Recht. Im Jahr 1975 wurde ihm seine erste Lehrerlaubnis für den Mevlevi-Orden verliehen. Es braucht große Ausdauer und ausgesprochen viel Entschlossenheit, um sie sich zu erarbeiten. Außerdem erhielt Dornbrach den Ehrentitel Scheich. Im Sufismus wird mit ihm der spirituelle Meister angesprochen, der den Menschen auf den mystischen Pfad, die „Tariqa“, führen kann. Ausgestattet mit zwei weiteren Lehrerlaubnissen und nach weiteren Stationen auf seinem religiösen Weg, der unter anderem einen längeren Aufenthalt in Deutschland beinhaltete, kehrte Scheich Halis Dornbrach im Jahr 1990 endgültig nach Deutschland zurück.

Als alle am Tisch aufgegessen haben, spricht Halis Dornbrach ein langes Gebet auf Arabisch. Dann darf man ihm Fragen stellen. Warum ist er nicht im Nahen Osten geblieben, sondern hat sich für Deutschland entschieden?

„Gefühlmäßig fühlen wir uns immer noch als Orientale. Wenn es nach uns gegangen wäre, wäre ich in der Türkei oder in Syrien geblieben. Aber unser damaliger Lehrer hat uns das nicht erlaubt. Er ahnte, dass die politische Situation in Syrien sich sehr verändern würde. Er wollte, dass wir in Deutschland einen Sufi-Orden aufbauen“, sagt Dornbrach.

Er versuchte zunächst in Berlin, Interessierten die traditionellen Sufiwege zugänglich und verständlich zu machen. Seine Bemühungen zeitigten jedoch nur mäßigen Erfolg. „Irgendwann sagte ich mir:

Wer Eier möchte, braucht zunächst Hühner. Und wer eine Tariqa aufbauen will, braucht Derwische.“ Eine Immobilienanzeige in der „Berliner Morgenpost“ machte ihn auf das alte brandenburgische Gehöft in Trebbus aufmerksam. Erbaut im Jahr 1869, hatte es schon vieles erlebt: Eine Zeit lang diente es als Poststation auf der Strecke Berlin–Dresden, dann waren Landwirtschaften darin untergebracht, ein Wirtshaus und zuletzt ein „Konsum“-Supermarkt. Als Dornbrach das 3.700 Quadratmeter große Grundstück besichtigte und den Saal mit dem kaputten Parkett und der wunderschönen Deckenkonstruktion sah, der erst der Tanzsaal der Trebbusser und später deren Turnhalle gewesen war, wusste er sofort, dass er den Ort für seinen Konvent gefunden hatte. Er kaufte die Ruine und verwandelte sie in ein wunderschönes Anwesen. Es dauerte nicht lange, und Halis Dornbrach war in der Region bekannt wie ein bunter Hund.

War es schwierig, in Trebbus Fuß zu fassen? „In den Gesellschaften des Nahen Ostens gehört der Sufismus seit Jahrhunderten zum Leben dazu. Die Menschen gehen deshalb anders mit Personen wie uns um. In Deutschland müssen wir uns ständig erklären“, lautet die Antwort des Sufis. Einige im Dorf halten Dornbrach für einen Spinner, andere kommen gern für ein philosophisches Schwätzchen im Konvent vorbei. Eine Zeit lang war der Scheich in der Gemeindevertretung von Trebbus aktiv. Er wollte, dass die Menschen im Ort ihn kennenlernten. Mit seiner Entschlossenheit und seinen für ein Dörfchen wie Trebbus ungewöhnlichen Ideen eckte er jedoch schnell bei den Alteingesessenen an. Journalisten und überregionale Fernsehteams reisten an und berichteten über den Scheich, der keine zwei Autostunden von Berlin entfernt Interessierte aus ganz Deutschland um sich scharte und einmal im Monat den sogenannten Zikr mit ihnen abhielt. „Zikr“ bedeutet übersetzt so viel wie „Sich erinnern, gedenken, erwähnen“. Es bezeichnet im Islam eine meditative Übung, mit der die Menschen sich Gott vergegenwärtigen. Im Sufismus wird das Ritual besonders intensiv ausgeführt. Seine Ausgestaltung unterscheidet sich von Orden zu Orden. In der Zikr-Zeremonie in der Mevlevihane von Trebbus werden die vielen Namen, die der Koran für die Anrufung Gottes bereithält, unzählige Male wiederholt. Mal lauter, mal leiser, in einem bestimmten Rhythmus, der von Scheich Dornbrach vorgegeben wird. Zum Ri-

tual gehört auch, dass der Scheich den „Sema“, den Drehtanz der Derwische, tanzt: Sich drehend erkennt der Derwisch Gott. Derzeit kann Halis Dornbrach leider nicht tanzen, er hat eine Verletzung am Knie.

Manche von Dornbrachs Gästen blieben und wurden zu seinen Schülern. „Die meisten fanden erst den Islam und dann uns“, sagt er. Manchmal war die Reihenfolge auch umgekehrt. Dornbrach hat es aber nie als seine Aufgabe gesehen, zu missionieren. Trotzdem haben in den vergangenen fünfzig Jahren etwa achtzig Personen die „Schahada“, das islamische Glaubensbekenntnis, vor ihm abgelegt. Wie viele es genau waren, hat Dornbrach nicht gezählt.

Er sagt: „Wir sind Muslime und folgen der Sunna, also den Empfehlungen und Normen, die in den Hadithen des Propheten überliefert worden sind. Für uns ist Gott ein Wesen, dessen Person oder Persönlichkeit für uns nicht nachvollziehbar ist. Dennoch wollen wir Dinge nicht einfach tun, weil sie getan werden sollen, sondern uns interessiert das Warum.“ Im Islam heißt es, der Mensch werde geboren mit etwas, das man „Fitra“ nennt. Der Begriff bezeichnet den Urzustand, in dem Gott den Menschen erschafft. Sufis streben danach, zu diesem Urzustand zurückzukehren, um auf diese Weise die ursprüngliche Harmonie der Schöpfung wiederherzustellen. Fitra ist für sie eine Art Allgemeinwissen, das im Unterbewusstsein lagert. Durch Meditation und das Abhalten von Zikr wollen sie wieder Zugriff darauf bekommen. „Hat man diese Tür geöffnet, erklärt sich alles wie von selbst, der Koran, die Welt. Aber diese Tür ist wie eine Panzertür. Man muss fleißig arbeiten, um sie zu überwinden“, sagt Dornbrach. Alle Halteseile, mit denen man sich durchs Leben schwingt, gingen dabei verloren: „Wenn man sich wirklich auf diesen Weg einlässt, verändert man sich mit jedem Schritt. Das ist riskant. Niemand weiß, was am Ende dabei herauskommt.“

Es geht also nicht darum, Gott zu finden, sondern darum, sich selbst zu finden? „Wer sein Selbst kennt, kennt seinen Herrn“, antwortet Dornbrach. „Ich sage immer: Wenn einem ein Brötchen schmeckt, dann erkundigt man sich auch, welcher Bäcker es gebacken hat. So ähnlich läuft das auch mit Gott. Das Rezept fürs Brötchen ist in uns drin.“ Er sagt, er befinde sich noch immer auf dem Weg der Erkenntnis. Er habe erst lernen müssen, dass vieles sich mit

der Zeit selbst erklärt und man beim Erfahren der Welt geduldig bleiben muss. Sonst erwerbe man nicht Wissen, sondern erhalte nur eine Information, und die Tür zur Erkenntnis schließe sich wieder. „Einer meiner Lehrer hat einmal gesagt: Alle Erklärungen, die ich dir gebe, sind nur ein Staudamm im Fluss deiner eigenen Erkenntnis“, sagt Dornbrach.

Einige von seinen Schülern wollten sich zum Derwisch ausbilden lassen. Die Ausbildung dauert 1.001 Tag. Der Novize muss umfassende Kenntnisse der islamischen Wissenschaften sowie Sprachkenntnisse des Arabischen, Persischen und Osmanischen erwerben. Das Studium von Rumis Werken gehört ebenso zur Ausbildung wie das Erlernen von Meditationen und anderen rituellen Übungen. Keiner von Dornbrachs Schülern hielt das bis zum Ende durch.

Vielleicht überkam Dornbrach deshalb das Gefühl, dass sich das Leben im Konvent in eine falsche Richtung entwickelt. Bei einigen Gästen hatte er den Eindruck, sie verstünden die Gemeinschaft nicht als Glaubensgemeinschaft, sondern als Esoterik-Club. „Sufismus ist keine Feierabend-Geschichte“, sagt Dornbrach. „Manche waren hier im Konvent Derwische, und wenn sie wieder zu Hause waren, haben sie die Sau rausgelassen.“ Im Jahr 2015 schloss der Scheich den Konvent deshalb erst einmal. Regelmäßige Veranstaltungen haben seitdem nicht mehr stattgefunden. Dornbrach will eine Art inneren Neuanfang. Wann es so weit sein wird, kann er nicht sagen. „Bei uns ist nur der große Chef verantwortlich, wir versuchen, das zu tun, was er will“, sagt er. Das Leben in Trebbus geht auch ohne Schüler seinen Gang. Gerade ist Dornbrach dabei, ein Werk aus dem 16. Jahrhundert aus dem Osmanischen ins Deutsche zu übertragen. Außerdem müssen Haus und Garten instand gehalten werden. Der Gebäudekomplex des Konvents ist groß. Er umfasst acht Hektar Acker- und Weideland, auf dem Gänse, Hühner und Schafe leben. Ein früherer Schüler des Scheichs hat sich in Trebbus niedergelassen. Er mäht im Garten den Rasen und kümmert sich um die Tiere. Wenn geschlachtet wird, bringt Dornbrach die Tierfelle zu zwei Brüdern, die in der alten Gerberstadt Doberlug-Kirchhain noch wissen, wie man gerbt. Manchmal kommen auch Glaubensgeschwister aus Berlin, um dem Scheich und seiner Frau, Nuriye Krieg-Dornbrach, zu helfen.

Da Halis Dornbrach gerade wegen seines Knies Schwierigkeiten beim Gehen hat, bietet seine Frau mir an, mich durch das Anwesen zu führen. Nuriye Krieg-Dornbrach hat warme braune Augen und trägt ihr Kopftuch locker gebunden, sodass der Ansatz ihrer dunklen Haare zu sehen ist. Sie stammt aus Brandenburg, ist Sozialarbeiterin und hat Religionswissenschaft und Arabistik studiert. Als sie vor vielen Jahren den Konvent in Trebbus kennenlernte, hatte sie schon zum Islam gefunden. Auch sie hat eine Lehrerlaubnis für Mevleviyye. Während wir erst den Flur und danach das im orientalischen Stil gehaltene Besucherzimmer durchqueren, erklärt sie, wie der Konvent sich finanziert.

Das meiste Geld stammt aus einer Stiftung, in die Mittel von Dornbrach selbst sowie von einer mittlerweile verstorbenen, rheinländischen Gönnerin geflossen sind. Außerdem gibt es im Konvent zwei Mietwohnungen und ein Gästehaus, die Einnahmen generieren. Die beiden Wohnungen sind gerade an zwei Ingenieure vermietet, die an der neuen Eisenbahntrasse von Berlin nach Dresden mitarbeiten. Die Zimmer im Gästehaus werden gern von Muslimen aus Berlin genutzt, die ein Wochenende auf dem Land verbringen wollen. Meistens sind es junge Familien mit türkischen Wurzeln. Auch arabische und syrische Paare mögen die Trebbusser Landluft. Manche der Gäste, die sich in der Mevlevihane ein Zimmer mieten, nehmen sich eine Auszeit vom Alltag. Sie wollen in spiritueller Umgebung innehalten. Schülergruppen, die etwas über den Islam erfahren möchten, besuchen den Konvent ebenso wie Stipendiaten des Avicenna-Studienwerks, des staatlich anerkannten und staatlich geförderten Begabtenförderungswerks für muslimische Studierende und Promovierende.

Die Einrichtung in den sieben Zimmern des Gästehauses ist schlicht. Jedes verfügt über einen Waschtisch, an den Wänden hängen gerahmte Kalligrafien. Wenn die Gäste möchten, können sie in der Moschee, die zum Konvent gehört, beten. Es gibt eine Gemeinschaftsküche, einen Gemeinschaftsraum mit Gesellschaftsspielen und im Garten eine Grillstelle. Der Verzehr von Schweinefleisch und Alkohol und der Genuss von Nikotin sind auf dem Gelände der Mevlevihane verboten.

Einkünfte hat der Konvent außerdem dadurch, dass Scheicha Krieg-Dornbrach für die Kinder des Trebbusser Kindergartens das

Mittagessen zubereitet. Die Eltern mussten sich erst daran gewöhnen, dass sie den Kindern nie Gerichte mit Schweinefleisch serviert. Die Scheicha lehnt das aus religiösen Gründen ab. Versöhnlich stimmte die Väter und Mütter allerdings, dass sie nur mit Produkten von regionalen Anbietern kocht. Das Gemüse erntet sie im eigenen Garten.

Auf unserem Rundgang gelangen wir jetzt in eine Art Flur, in dem in Glasvitrinen ein Teil der islamkundlichen Sammlung von Halis Dornbrach ausgestellt ist: orientalische Musikinstrumente, Kultgegenstände, traditionelle Kleidungsstücke. In eine Wand sind Waschbecken eingelassen. An ihnen nehmen die Gläubigen ihre rituelle Waschung vor dem Gebet vor. Dann öffnet die Scheicha eine Tür, hinter der sich die schönste Moschee Brandenburgs verbirgt: Der Raum ist gut acht Meter hoch, 180 Quadratmeter groß und lichtdurchflutet. Der Boden ist mit Schaffellen und Teppichen bedeckt, viele davon habe ihr Mann von Reisen mitgebracht, erzählt Nuriye Krieg-Dornbrach. Es gibt eine Minbar, so nennt man die Kanzel in einem islamischen Gotteshaus, und eine Mihrab, eine Gebetsnische. An einer Tafel an der Wand sind die Gebetszeiten notiert. Am Freitag, dem islamischen Sonntag, bleiben die Dornbrachs jedoch meistens allein. Es finden nur sehr wenige Muslime nach Trebbus.

Wir gehen zurück in den Flur. Nuriye Krieg-Dornbrach öffnet eine weitere Tür, die in den Innenhof führt. Vor uns liegt ein wunderschöner, verwunschen wirkender Garten, in dem es viele Ecken und Plätzchen zum Innehalten und In-sich-Gehen gibt. Ziergewächse und -büsche wachsen neben Pflanzen, deren Samen der Wind hergetragen hat. Vögel zwitschern, der Klang eines Windspiels weht durch die Luft. Auch hier gibt es steinerne Waschbecken, sodass die Gläubigen bei gutem Wetter ihre rituelle Waschung auch unter freiem Himmel vornehmen können. Nuriye Krieg-Dornbrach zeigt ihren Kräutergarten: Rosmarin und Salbei, Thymian, breitblättrige Petersilie, Zitronenmelisse, Pfefferminz und Stevia. Es gibt einen kleinen Teich und eine Zisterne, in der Wasser aus einem eigenen Brunnen und Regenwasser gesammelt werden. Der Konvent nutzt es für die Toilettenspülung und zum Bewässern des Gartens. Umweltschutz ist den Dornbrachs wichtig. Denn Achtsamkeit ist ein zentrales Element des Mevlevi-Weges. Gemeint ist dabei nicht nur Achtsamkeit sich

selbst und den Mitmenschen gegenüber, sondern auch der achtsame Umgang mit der Natur, der Schöpfung Gottes. Sufis sind überzeugt, Gott möchte, dass der Mensch sie bewahrt. Und deshalb bemühen sich die Dornbrachs darum, sparsam mit den Ressourcen der Umwelt umzugehen.

Auch ein gemauerter Turm steht im Garten. In früheren Zeiten befand sich in seinem Obergeschoss ein Taubenhaus, unten waren Hühnerstall und Toilette untergebracht. An Feiertagen nutzen die Dornbrachs ihn manchmal als Minarett und rufen von ihm aus zum Gebet. Sie dürfen das, im Dorf habe niemand etwas dagegen, sagt Nuriye Krieg-Dornbrach.

Nicht weit vom Turm entfernt steht im Garten eine Art Tisch aus Stein. Es ist ein sogenannter Musalla Taşı. Bei islamischen Beerdigungen ist es Tradition, dass der Sarg mit dem Verstorbenen auf einem solchen aufgebahrt wird, während der Imam das Totengebet für ihn spricht. Benutzt worden ist der Musalla Taşı der Dornbrachs noch nie. Scheich Halis Dornbrach könnte jedoch islamische Bestattungen vornehmen, er hat das im Orient gelernt. Auf dem Dorffriedhof von Trebbus gibt es mittlerweile sogar eine Ecke, die ihm die Gemeinde für islamische Beerdigungen zugestanden hat. Muslime könnten dort entsprechend dem islamischen Ritus zur letzten Ruhe gebettet werden.

Wir gehen zurück in den Speisesaal, wo der Scheich auf uns wartet. Er wirkt nachdenklich. „Seit dem 11. September 2001 ist der Ruf des Islams in der deutschen Öffentlichkeit immer schlechter geworden“, sagt er. „Islam bedeutet eigentlich der Weg der Hingabe. Es ist den Menschen nicht immer leicht zu vermitteln, dass der echte Islam Terrorismus deshalb nicht billigen kann.“ Dornbrach bekommt immer wieder Besuch von der Presse. In den Fragen der Journalisten sei viel stärker als früher Voreingenommenheit zu spüren. Der Scheich berichtet von einer Reporterin, die für ein Interview in den Konvent gekommen war. Er habe den Eindruck gehabt, sie wolle ihn durch Fangfragen in eine extremistische Ecke stellen. „Ich sagte daraufhin: Meine Auffassung vom Islam entspricht offensichtlich nicht jener, die Sie von mir hören wollen. Deshalb möchte ich Sie bitten, unser Haus zu verlassen.“ Die Journalistin wurde wütend und behauptete, er behindere ihre Arbeit. Auch bei anderen Gelegenheiten haben er

und seine Frau Ablehnung zu spüren bekommen. Es passiert beispielsweise oft, dass sie als Islamisten angesprochen werden. Gewisse Leute wollen das Paar damit provozieren, andere sagen es aus Unwissenheit. Sie kennen die Bedeutung von „Islamist“ und „Islamismus“ nicht: Islamismus ist der Oberbegriff für verschiedene Ideologien und Bewegungen des fundamentalistischen, politischen Islams. Islamisten wollen im Namen Allahs eine allein religiös legitimierte Gesellschafts- und Staatsordnung errichten. Von derartigen Bestrebungen sind die Dornbrachs jedoch weiter entfernt als der Mond von der Sonne. Und auch mit dem islamischen Extremismus haben sie nichts zu tun. Dornbrach sagt: „Die Anhänger des sogenannten Islamischen Staates sind für mich keine Muslime. Die haben keine Ahnung von der Religion. Sie sagen immer, sie führten einen Heiligen Krieg. Aber ein Krieg kann niemals heilig sein.“

Dornbrach würde niemals einen Menschen geringschätzen, weil er nicht der islamischen Religion angehört. Die Religionszugehörigkeit sei für ihn nicht von Belang, sagt er. Es gehe ihm um den Menschen. Dornbrach hat damit eine Sichtweise, die typisch für die Vertreter der islamischen Mystik ist. „Wichtig ist, dass man an das Wesentliche glaubt, nämlich an Gott und seine Eigenschaften“, sagt er. Er zitiert aus dem Koran, Sure 2, Vers 62: „Siehe, diejenigen, die glauben, die sich zum Judentum bekennen, die Christen und die Sabier – wer an Gott glaubt und an den Jüngsten Tag und rechtschaffen handelt, die haben ihren Lohn bei ihrem Herrn, sie brauchen keine Furcht zu haben und sollen auch nicht traurig sein!“ Dornbrach sagt: „Wie können Muslime sich angesichts solcher Worte über Juden oder Christen erheben? Das kann nicht im Sinne Gottes sein.“

Wie sieht er Muslime, die sich zwar an die äußeren Regeln des Islams halten, die also fünfmal am Tag beten, fasten und kein Schweinefleisch essen, aber gar nicht wissen, warum sie das tun? Als er noch jung war, sagt Halis Dornbrach, wollte er solchen Menschen unbedingt den richtigen Weg zeigen. „Es war so eine Art Helfersyndrom. Mittlerweile freue ich mich einfach, dass sie überhaupt einen Glauben haben.“ Gott wolle allerdings, dass der Mensch seinen Verstand gebrauchte. „Jeder Muslim ist als eigenverantwortliches Individuum von Gott erschaffen worden und muss als solches für sein Leben und Handeln einstehen.“

Ewa zwölf Kilometer von Trebbus entfernt, in Doberlug-Kirchhain, gibt es eine Flüchtlingsunterkunft. Kommt es vor, dass muslimische Geflüchtete am Freitag oder an islamischen Feiertagen den Konvent aufsuchen, um in der Moschee zu beten? „Wir würden das sehr begrüßen, aber ohne eigenes Auto ist das eher schwierig zu bewerkstelligen. Die Busverbindung ist nicht besonders gut und der nächste Bahnhof zehn Kilometer entfernt“, sagt Nuriye Krieg-Dornbrach. Sie erzählt von zwei ehrenamtlichen Helfern aus Herzberg. An islamischen Feiertagen besuchen sie oft den Konvent und bringen muslimische Geflüchtete mit, die in der Moschee beten wollen. Es ist oftmals die einzige Möglichkeit für sie, den muslimischen Feiertag angemessen zu begehen.

Könnte sich die Leitung der Flüchtlingsunterkunft nicht etwas einfallen lassen, um den Gläubigen den Weg zur Moschee in Trebbus zu erleichtern? „Wir sind deshalb schon auf die Behörden zugegangen. Wir hatten das Gefühl, den Geflüchteten helfen zu können. Durch unser spirituelles Angebot und weil wir Arabisch sprechen. Man hat uns jedoch deutlich gemacht, dass unsere Hilfe nicht gewollt ist. Man sagte uns, unser Angebot sei integrationshemmend“, sagt Nuriye Krieg-Dornbrach. Aber würde man den Geflüchteten das Ankommen nicht erleichtern, wenn man ihre spezifischen religiös-spirituellen Belange anerkennt, würdigt und wertschätzt? „Ich denke schon“, sagt der Scheich.

In Deutschland zielt die Unterstützung von Geflüchteten zunächst auf deren Grundversorgung ab. Die Unterbringung der Menschen wird sichergestellt sowie ihre medizinische Versorgung. Es gibt Angebote für den Spracherwerb, manchmal auch zur Bewältigung von Traumatisierungen und das Einleben in die neue Kultur. Zentrale psychosoziale Bedürfnisse und religiös-spirituelle Belange bleiben dagegen meistens unberücksichtigt. Sozialwissenschaftliche Studien haben jedoch gezeigt, dass deren Erfüllung für das Wohlbefinden und die Lebensqualität der Geflüchteten von zentraler Bedeutung ist. Auf lange Sicht gesehen vergrößern sich die Chancen für soziale Teilhabe und Integration, wenn die Menschen ihren Glauben leben können.

Umgekehrt kann eine Vernachlässigung dieser Bedürfnisstrukturen negative Folgen haben. Wie soll man sich in einem Land, in dem einem das Ausleben der eigenen Spiritualität schwermacht wird, willkommen fühlen? Religiosität gehörte für viele Geflüchtete ganz selbstverständlich zum Alltag in ihren Herkunftsländern und zu ihrem Selbstverständnis dazu. Die Sozial- und Gesundheitsforschung hat festgestellt, dass Spiritualität eine wichtige und grundlegende Ressource für die Bewältigung von Krankheiten und von Verlust- und Fluchterfahrungen sein kann.

Führende deutsche Migrationsforscher sehen keine belastbaren Belege dafür, dass die Religion oder die Religiosität eines Migranten dessen Teilhabe an Bildung oder am Arbeitsmarkt grundsätzlich erschwert. Unterschiede, die es bei der Integration verschiedener religiöser Gruppen gibt, lassen sich auch nicht in erster Linie auf die jeweilige Religion zurückführen. Zentraler Erklärungsfaktor für Erfolg und Misserfolg ist vor allem der soziale Hintergrund, heißt es in dem Jahresgutachten des Sachverständigenrats deutscher Stiftungen für Integration und Migration von 2016 („Viele Götter, ein Staat: Religiöse Vielfalt und Teilhabe im Einwanderungsland. Jahresgutachten mit Integrationsbarometer“). Die Forscher geben zwar zu, dass die wissenschaftlichen Befunde noch dünn, oft zweideutig und bisweilen widersprüchlich sind. Für „eindeutig“ allerdings halten sie die Erkenntnis, dass „religiöser Pluralismus nicht generell den sozialen Zusammenhalt in der Gesellschaft gefährdet“.

Das Jahresgutachten hat der Frage, ob religiöse Pluralisierung und intensiv gelebte Religiosität den gesellschaftlichen Zusammenhalt fördern oder gefährden, ein eigenes Kapitel gewidmet. Es wurden sowohl positive als auch negative Auswirkungen festgestellt.

Grundsätzlich gilt: Individuelle Religiosität in Form einer aktiven religiösen Teilhabe kann das Vertrauen in Mitmenschen und somit den gesellschaftlichen Zusammenhalt positiv beeinflussen. Religionsgemeinschaften können auch einen entscheidenden Beitrag zu einer funktionierenden Zivilgesellschaft leisten, wenn soziales Engagement und Toleranz anderen Gruppen gegenüber zu ihren wesentlichen Elementen gehören. Eine negative Wirkung auf den gesellschaftlichen Zusammenhalt entfalten sie hingegen, wenn sie sich nach außen ab-

schotten und sich religiös oder weltanschaulich voneinander abgrenzende „Parallelgesellschaften“ bilden.

Anhand der empirischen Erkenntnisse zum Zusammenhang von Religion und gesellschaftlicher Teilhabe hält das Jahresgutachten abschließend fest, dass die Bedeutung von Religion diesbezüglich überschätzt wird. Es seien vielmehr Faktoren wie Deutschkenntnisse, das Wohnumfeld oder die Mitgliedschaft in Vereinen sowie die Überzeugungen zur Gleichheit der Geschlechter, die über Teilhabechancen bestimmen. Allerdings können Religionen eine bestimmte moralische Ordnung vorgeben, die sich positiv auf die Lebensführung und somit auf die gesellschaftliche Teilhabe auswirken kann. Negativ wirken sich moralische Ordnungen aus, wenn sie beispielsweise die Frau als nicht gleichberechtigt gegenüber dem Mann ansehen. Das Jahresgutachten hält außerdem fest, dass auch die Annahmen der Mehrheitsgesellschaft über eine bestimmte Religion die gesellschaftliche Teilhabe erschweren können – unabhängig davon, wie religiös der Einzelne tatsächlich ist. Die Mehrheitsgesellschaft in Europa bringe Muslimen seit dem 11. September 2001 das geringste Vertrauen entgegen.

Islamfeindlichkeit und muslimisches Engagement in der Lausitz

Warum ein Student aus Marokko in Senftenberg einen Moscheeverein gegründet hat und ägyptische Kommilitonen ihre Wohnung in Cottbus kündigten

In Cottbus fließt die Spree so behäbig gen Norden, als wollte sie die Welt davon überzeugen, möglichst lange in der Stadt zu bleiben. Gründe dafür gibt es einige: Die Altstadt von Cottbus ist hübsch, trotz der starken Zerstörung während des Zweiten Weltkriegs. Es gibt verwunschene Parkanlagen, und die Brandenburgisch Technische Universität Cottbus-Senftenberg, kurz BTU genannt, genießt einen hervorragenden Ruf. Nichtsdestotrotz gehört Cottbus zu jenen Städten Brandenburgs, die jahrelang um ihre Bewohner kämpfen mussten. In der Region wurde zu DDR-Zeiten intensiv Braunkohle abgebaut. Mit dem Strukturwandel verloren viele Menschen ihre Arbeit und wanderten auf der Suche nach neuen Perspektiven in die alten Bundesländer ab. Cottbus verlor nach 1990 fast 50.000 Einwohner. Trotz Eingemeindungen und der Studierenden, die hier ihren Erstwohnsitz anmeldeten, zählte Cottbus im Mai 2011 beim deutschlandweiten Zensus nur noch 99.984 Einwohner. Die Stadt verlor damit ihren Status als Großstadt. Erst mit dem Zuzug von Geflüchteten ab dem Spätsommer 2015 zeichnete sich wieder eine deutliche Bevölkerungszunahme ab. Sie war einer der Gründe, warum viele Cottbusser die Aufnahme von Asylsuchenden und Flüchtlingen begrüßten und die Stadtverwaltung dafür warb.

Etwa 3.400 Migrant*innen, unter ihnen vor allem Syrer*innen, haben mittlerweile in Cottbus eine neue Heimat gefunden (Stand Januar 2018). Als im Sommer 2015 ihr Zuzug begann, verfügte Cottbus aufgrund des Bevölkerungsschwundes über viel leerstehenden und günstigen Wohnraum. Allein dieser Umstand machte die Stadt für Migrant*innen, die bereits einen Aufenthaltstitel hatten und sich frei im Land bewegen konnten, attraktiv. Nachziehende Familienangehörige und Freunde, die sich ebenfalls dafür entschieden, in Cottbus leben zu

wollen, waren ein wichtiger Grund, warum die Gesamtzahl der in der Stadt wohnenden Migranten relativ schnell stieg: Innerhalb von zwei Jahren wuchs der Ausländeranteil in Cottbus von 4,5 auf 8,5 Prozent. Die Stadt reagierte zu spät. Schon bald kam sie nicht mehr hinterher damit, Schulen, Kitas und Sozialeinrichtungen der neuen Situation anzupassen. Zwar bemühten sich zahlreiche Cottbuser voller Elan und mit Erfolg dafür, eine lebendige Willkommenskultur in der Stadt aufzubauen. Ein Großteil der Bevölkerung hadert jedoch bis heute damit, wie bunt Cottbus innerhalb von kurzer Zeit wurde: In keiner anderen Stadt in Brandenburg ist so massiv gegen die Aufnahme und den Zuzug von Geflüchteten und Asylsuchenden demonstriert worden, nirgendwo sonst wurde in der Bevölkerung so erfolgreich gegen sie mobilisiert. Verbunden mit einer Reihe gewaltsamer Auseinandersetzungen, die es zwischen Deutschen und Geflüchteten in der Stadt gab, führte dies dazu, dass sich das subjektive Sicherheitsempfinden vieler Cottbuser radikal verschlechterte. Obwohl die Stadt für den Zuzug geworben hatte, klangen ihre Vertreter nun oftmals so, als hätten die Migranten Cottbus überrannt und das Land tatenlos dabei zugehört. Die Landesregierung reagierte, indem sie die Präsenz von Polizei und Ordnungsamt erhöhte und Geld bewilligte, damit die Stadtverwaltung zusätzliche Migrationssozialarbeiter anstellen kann. Im Januar 2018 verkündete der brandenburgische Innenminister Karl-Heinz Schröter außerdem, dass es zunächst keine weiteren „Zuweisungen von Flüchtlingen aus der zentralen Erstaufnahmestelle Eisenhüttenstadt“ nach Cottbus mehr geben wird. Kritiker sahen darin eine politische Kapitulation vor rechter Stimmungsmache. Sie befürchteten zu Recht, der formulierte Zuzugsstopp erwecke den Eindruck, die Landespolitik sei erpressbar und werde deshalb Rechtsextreme in anderen Städten zu vergleichbaren Protesten motivieren. Andere bezeichneten die Erklärung des Innenministers als vernünftige Entscheidung. In Wirklichkeit war sie jedoch nur politische Augenwischerei, die den Kern des Problems, nämlich die Unfähigkeit der Stadt, angemessen auf den Zuzug zu reagieren, verschleierte. Da die Quoten der Stadt schon erfüllt waren, kamen zum damaligen Zeitpunkt ohnehin keine Geflüchteten mehr aus Eisenhüttenstadt nach Cottbus. Wie bereits erwähnt handelte es sich bei den Zuziehenden vielmehr um

Geflüchtete aus anderen Orten in Brandenburg sowie um Familiennachzüge.

Oussama Kabbaj hat die atmosphärischen Veränderungen in der Stadt, die mit dem Zuzug der Geflüchteten einherging, von Anfang an mitverfolgt. Der 25 Jahre alte Marokkaner muslimischen Glaubens kam 2014 nach Deutschland. Nicht als Asylsuchender, sondern um an der BTU Betriebswirtschaftslehre zu studieren. Er zog nach Senftenberg und kommt während des Semesters jeden Morgen mit dem Regionalexpress in die Stadt. Gerade sitzt er in Polohemd, Jeans und Turnschuhen im Büro des Studentenrats der Universität, dem er bis Mai 2017 ein Jahr lang angehörte. Kabbaj war Referent für Diversität, Integration und Soziales. In dieser Eigenschaft bemühte er sich darum, das Verhältnis zwischen in- und ausländischen Studierenden zu verbessern. Er sagt: „Das deutsche Volk ist, wenn ich das mal so sagen darf, sehr vorsichtig. Es dauert meistens lange, bis ein Deutscher auf einen Fremden zugeht. Viele der ausländischen Studierenden geben deshalb sehr schnell auf, nachdem sie in Deutschland angekommen sind. Sie sagen sich: Okay, wenn die Deutschen keinen Kontakt zu uns wollen, bleiben wir eben unter uns. Aber ich finde das falsch. Die ausländischen Studierenden sollten die Kultur der Deutschen kennenlernen. Wir sind schließlich nicht nur hier, um einen Studienabschluss zu machen, sondern wollen auch außerhalb der Vorlesungen, im Austausch mit den Menschen, etwas lernen.“

Der Teppich im Büro des Studentenrats ist fleckig, am Fenster leidet still eine halb vertrocknete Stechpalme vor sich hin. Es riecht nach abgestandenem Bier. Das Semester ist gerade zu Ende gegangen, vielleicht haben die Studenten das in der vergangenen Nacht gefeiert. Oussama Kabbaj wirkt allerdings nicht, als hätte er gerade Party gemacht. Er sieht so frisch aus, als hätte er an diesem Morgen erst mal eine Laufrunde um den Senftenberger See gedreht und danach eiskalt geduscht. Er fühle sich wohl in Brandenburg, sagt er. Sicherlich, gewisse Stadtteile von Cottbus und Senftenberg meide er lieber nach Einbruch der Dunkelheit, „aber solche Viertel gibt es ja in fast allen Städten dieser Welt. Ich finde, vor allem der Ruf von Cottbus ist viel schlechter, als die Stadt es verdient hat. Im Fernsehen und in den Zeitungen wurde alles sehr vereinfacht dargestellt. Das gilt nicht nur für die Berichterstattung über aggressive Ausländer und frem-

denfeindliche Deutsche in Cottbus, sondern auch ganz generell für die Berichterstattung über den Islam.“ Manchmal habe er den Eindruck, dass viele der Journalisten, die über Cottbus berichtet haben, nie wirklich dort gewesen sind. Auch Beiträge über den Islam oder den islamistischen Terror wirkten für ihn oft so, als hätten die Autoren keine Ahnung von der Religion. „Ein Spezialist für Augenheilkunde würde doch auch niemals einen Patienten am Herzen operieren, dafür ist ein Chirurg zuständig. Und ein Chirurg würde sich nicht erlauben, bei einem Patienten den Zustand des Sehnervs zu diagnostizieren. Ich verstehe nicht, warum einige Medien offenbar anders arbeiten“, sagt Oussama Kabbaj.

Für ihn begannen die Schwierigkeiten in Cottbus im Jahr 2015, mit der Entscheidung, eine Erstaufnahmestelle im Stadtteil Sachsendorf-Madlow einzurichten: „Viele Cottbusser waren nicht glücklich darüber. Die Leute sagten, es sei zynisch, Menschen, die auf der Suche nach einem neuen Leben sind, ausgerechnet an einem Ort unterzubringen, der in der Lausitz als ein Synonym für Wendeverlierer gilt.“

Sachsendorf-Madlow liegt im Süden von Cottbus. Zu DDR-Zeiten wurde das Quartier als größte Plattenbausiedlung der Region gefeiert, nach der Wende geriet es wegen seiner sozialen Probleme bald als No-go-Area in Verruf. Die Hälfte der Betonklötze ist mittlerweile abgerissen, die andere saniert und bunt bemalt worden. Mehrere Bürgerinitiativen und die Stadtverwaltung kämpfen seit Jahren verbissen darum, aus dem Viertel einen Ort mit Zukunft zu machen. Den sozialen Verfall aufzuhalten und ins Gegenteil zu kehren ist allerdings keine leichte Aufgabe: Ein Fünftel der Bewohner ist aus Sachsendorf-Madlow weggezogen. Von jenen, die geblieben sind, ist etwa jeder Siebente im erwerbsfähigen Alter arbeitslos. Viele Familien leben unter prekären Verhältnissen. Das schafft ein Klima, das es rechten Strömungen einfach macht, die Unzufriedenheit in Wut auf Fremdes zu kanalisieren.

Auf der einen Seite ist Cottbus eine moderne, weltoffene Stadt. Auf der anderen Seite gab es unter den Einwohnern schon vor dem Zuzug der Geflüchteten Vorbehalte gegenüber Fremden sowie einen harten Kern von Rechtsextremisten. Der brandenburgische Verfassungsschutz und das Innenministerium warnten ausdrücklich vor der rechtsextremen Szene in der Region, die „hochgradig gewaltorien-

tiert“ sei. Bei der Bundestagswahl im Jahr 2013 kam die NPD im Wahlkreis Cottbus und Spree-Neiße auf 3,15 Prozent der Stimmen, die AfD auf 7 Prozent. Im Jahr 2017 stimmten nur noch 1,1 Prozent mit ihrer Zweitstimme für die NPD, aber 24,3 Prozent für die AfD. Die meisten der Geflüchteten sind Muslime. Im Wahlprogramm der AfD steht, der Islam habe nichts in Deutschland verloren. Im Stadtteil Sachsen-Madlow zeigte sich schon früh, dass zahlreiche Cottbusser äußerst anfällig für fremdenfeindliche und rechtsextreme Propaganda sind.

Etwa 400 Menschen – unter ihnen stadtbekannte Neonazis – versammelten sich an einem Nachmittag im Oktober 2015 in Sachsen-Madlow und marschierten in blinder Wut auf die Flüchtlingsunterkunft in der Poznaner Straße zu, wo Cottbusser gerade ein friedliches Willkommensfest für Geflüchtete ausrichteten. Die Demonstration war über einen Aufruf im Internet mit dem Slogan „Gewaltfrei, aber bestimmt zu zeigen, dass es Grenzen gibt“ organisiert worden. Sie war nicht angemeldet. Die Polizei konnte den Protestzug nicht stoppen. „Wir sind das Volk“ und „Weg mit den Asylanten“, riefen die Demonstranten, wenn sie nicht gerade Polizeibeamte beschimpften, bespuckten oder mit Bier begossen. Erst vor der Turnhalle einer längst abgerissenen Schule, in der Frauen, Männer und Kinder aus Syrien, Afghanistan und Albanien versorgt wurden, kam der Demonstrationsszug zum Stehen. Es dauerte zwanzig Minuten, bis die gewaltbereite Versammlung aufgelöst werden konnte. „Wir kommen wieder“, riefen die Rechten. Und genau das taten sie.

In den folgenden Wochen kam es in Cottbus zu mehreren Angriffen auf Ausländer und zu fremdenfeindlichen Pöbeleien. Von einer „Hetzjagd“ auf Studierende der BTU war zwischenzeitlich die Rede. Demonstrationen endeten immer öfter in Zusammenstößen zwischen Asylgegnern auf der einen Seite und Asylbefürwortern und Geflüchteten auf der anderen. Im Dezember 2016 ermordete ein minderjähriger Syrer eine deutsche Rentnerin. Daraufhin zogen etwa hundert verummte Rechtsradikale nachts durch die Fußgängerzone von Cottbus. Sie riefen zum „Widerstand“ auf und skandierten „Cottbus nafrifrei“. Durch die Verwendung der Abkürzung „Nafri“ insinuierten die Rechtsradikalen, dass die Verhältnisse in Cottbus ähnlich wären wie jene in der Silvesternacht 2015/2016 in Köln. Am

Kölner Hauptbahnhof war es zum Jahreswechsel vor zwei Jahren massenhaft zu sexuellen Übergriffen gekommen, die vorwiegend durch junge männliche Migranten ausgeübt worden waren. „Nafri“ steht für „Nordafrikaner“, die Abkürzung war damals in einem Tweet der Kölner Polizei über ihren Einsatz aufgetaucht. Bis dahin hatte sie ihn nur intern, etwa für den polizeilichen Funkverkehr, genutzt. Die Silvesternacht zog eine Debatte über männliche Migranten und über Fehler bei der polizeilichen Einsatzplanung und -ausführung nach sich. In diesem Zusammenhang wurde kritisiert, „Nafri“ sei eine herabwürdigende Gruppenbezeichnung und völlig inakzeptabel für den externen Gebrauch.

Besonders vor dem Cottbuser Einkaufszentrum Blechen Carré und der Stadthalle, wo Trinker, Rechte, Dealer und eben auch Gruppen junger männlicher Geflüchteter aufeinandertrafen, kam es im Laufe des Jahres 2017 mehrfach zu Messerstechereien und anderen Formen der gewalthaften Eskalation. Die Polizei und das Ordnungsamt richteten schließlich für das Blechen Carré eine Streife ein, und für die Stadthalle stellte die Polizei etliche Platzverweise aus, erließ ein Alkoholverbot und installierte Überwachungskameras. Zuvor hatte sich dort auch der Tod von Shadan M. ereignet.

Die 22 Jahre alte Gaststudentin aus Kairo hatte sich gerade erst an der BTU eingeschrieben, um ihren Bachelor in Architektur zu machen. Am Abend des 15. April 2017 trat sie kurz nach Mitternacht vor der Stadthalle auf die Straße und wurde von einem Auto erfasst. Am Steuer saß ein zwanzig Jahre alter Mann aus Dresden. Nach Angaben der Polizei war er nicht betrunken, aber er fuhr zu schnell. Die Wucht des Aufpralls war so stark, dass Shadan M. drei Tage später im Krankenhaus starb. Ein ägyptisches Onlinemagazin berichtete über ihren Tod, die ägyptische Botschaft schaltete sich ein, und der Generalstaatsanwalt von Ägypten nahm Ermittlungen auf. In Ägypten fühlte man sich sofort an den Mord der ägyptischen Apothekerin Marwa El-Sherbini erinnert, die 2009 in Dresden von einem Rechtsradikalen erstochen worden war. Im Falle des gewaltsamen Todes von Shadan M. konnten jedoch keine eindeutigen Beweise für ein rassistisches Motiv gefunden werden. Die deutsche Staatsanwaltschaft kam zu dem Schluss, der Unfall sei so, wie er sich ereignet hatte, unvermeidbar gewesen. Die ägyptische Heimatuniversität von Shadan M. riet ihren

Studierenden dennoch, von Cottbus nach Berlin zu ziehen. Die Ausländerfeindlichkeit sei zu hoch in der brandenburgischen Stadt.

Oussama Kabbaj hat Shadan M. nicht kennengelernt. „Vielleicht war ihr Tod ein Unfall, vielleicht auch nicht“, sagt er. Dass die ägyptischen Studierenden danach nach Berlin umziehen sollten, fand er allerdings übertrieben. „Ausländerfeindlichkeit gibt es auch in Berlin. Um sich einzuleben, wäre es für die Studierenden besser, sie lebten hier, vor Ort.“

Rechte Bündnisse wie beispielsweise der Verein „Zukunft Heimat“ machten die Stadt als neuen Schwerpunkt für Aktionen aus. „Zukunft Heimat“ ist eine Anti-Asyl-Initiative, die in Golßen im Landkreis Dahme-Spreewald gegründet wurde. Der Verein fühlt sich der AfD nah und orientiert sich mit seinen Aktivitäten offenbar an dem Vorbild der „Pegida“-Demonstrationen in Dresden. Er versucht, möglichst viele asylkritische und politikverdrossene Bürger zu mobilisieren, um zu suggerieren, dass es sich um eine dynamische Massenbewegung handele. Der Verein und seine Unterstützer rufen zu einem „Widerstand“ und zu einem Wandel auf, der, hört man den „Zukunft Heimat“-Rednern genau zu, in fundamentalem Gegensatz zur parlamentarischen Verfassungs- und Gesellschaftsordnung der Bundesrepublik steht. Nach Angaben des brandenburgischen Verfassungsschutzes hat der Verein Verbindungen zu Rechtsextremisten. Es gebe vor allem mit der rechtsextremistischen „Identitären Bewegung“ „organisatorische und personelle Überschneidungen“. Seit Mai 2017 lädt „Zukunft Heimat“ in Cottbus regelmäßig zu Versammlungen ein und organisiert Demonstrationen, zu denen mitunter mehr als 3.000 Teilnehmer zusammenkommen.

Auch mit Beginn des Jahres 2018 fand die Serie von Gewalttaten, an denen auch Geflüchtete beteiligt sind, kein Ende. Genauso wenig reißen die Manifestationen von Fremdenfeindlichkeit ab. Es scheint, als fände Cottbus nicht mehr zur Ruhe. Gleich nach dem Jahreswechsel kam es zu zwei Vorfällen, bei denen syrische Jugendliche Deutsche mit dem Messer attackierten. Im Mai feierten Fußballfans des FC Energie Cottbus den Aufstieg ihrer Mannschaft in die dritte Liga, indem sie sich mit den Kapuzen und Symbolen des Ku-Klux-Klans auf dem Cottbusser Altmarkt zeigten. Mehrere Polizisten beobachteten die rechtsextreme Aktion, unternahmen aber nichts dagegen.

Ein ganzes Polizeiaufgebot war dagegen im Einsatz, als es im Juni zeitgleich und an mehreren Orten der Stadt zu schweren Schlägereien zwischen Tschetschenen und Afghanen kam. Der Polizeieinsatz konnte erst nach vielen Stunden beendet werden. Am 3. Oktober 2018, dem Tag der Deutschen Einheit, veranstaltete „Zukunft Heimat“ unter dem Motto „Gegen multikulturellen Globalismus“ eine Demonstration mit etwa 800 Teilnehmern. Vor der Stadthalle stellten die Organisatoren ein grau gestrichenes, fünf Meter hohes trojanisches Pferd aus Styropor auf, das auch schon in Dresden bei einer Protestaktion gegen die Flüchtlingspolitik zum Einsatz gekommen war. Das Pferd sollte ein „Mahnung“ sein, „sich des eigenen Verstandes zu bedienen und sich kritisch mit einer ‚politischen Korrektheit‘ auseinanderzusetzen“, die „das Staatsvolk entmündigen will“. Das Bündnis „Cottbus Nazifrei“, das sich für Weltoffenheit und Toleranz einsetzt, organisierte eine Gegenkundgebung, zu der sich etwa 250 Menschen einfanden. Das wichtige, äußerst symbolträchtige Datum des 3. Oktobers wäre eine gute Gelegenheit für die Stadtverwaltung gewesen, Flagge zu zeigen, dass sie die Aktivitäten des rechten Lagers verurteilt. Doch im Rathaus hielt man es nicht für notwendig, bei der Gegenkundgebung das Wort zu ergreifen oder selbst eine zu organisieren. Die Stadt schickte nicht einmal einen Vertreter zu der Veranstaltung von „Cottbus Nazifrei“. Eine solche Pflichtvergessenheit ist angesichts der Entwicklungen in Cottbus nicht zu entschuldigen. Versäumnisse dieser Art sind mittlerweile symptomatisch für die Stadt. Man lässt die Dinge dort lieber laufen, anstatt Verantwortung zu übernehmen und rechtzeitig korrigierend einzugreifen.

Fremdenfeindlichkeit, die gegen ihn persönlich gerichtet ist, hat Oussama Kabbaj bisher nur beim Fußballspielen kennengelernt. Der Marokkaner gehört zum Team des Fußballclubs SC Senftenberg 08. An den Wochenenden fährt seine Mannschaft oft zu einem Turnier in eines der Dörfer der Region. Bei diesen Gelegenheiten hat Kabbaj schon oft erlebt, dass Zuschauer ihn vom Spielfeldrand aus rassistisch beschimpften. „Was sie sagen, bringt nicht nur mich, sondern auch meine Teamkollegen, die fast alles Deutsche sind, zum Kochen“, sagt er. Grundsätzlich habe er aber durchaus Verständnis dafür, wenn Menschen mit Argwohn auf Fremde reagieren. Zu Hause in seiner Heimatstadt Marrakesch habe er als Jugendlicher oftmals Touristen

angestarrt. „Ich hatte damals noch nichts von der Welt gesehen und war fasziniert davon, dass Menschen auch ganz anders sein können als jene, mit denen ich meinen Alltag teilte. So gesehen ist es vielleicht ganz gut, einmal am eigenen Leib zu erfahren, wie es sich anfühlt, angegafft zu werden.“ Was ihn allerdings wundert, ist die Ausdauer, die manche Cottbusser dabei an den Tag legen. Es sei schon vorgekommen, dass sie in der Fußgängerzone stehen blieben, um Oussama Kabbaj anzustarren. Auch wenn er neue Leute kennenlernt und sie zum ersten Mal seinen Vornamen Oussama hören, sieht er oft Verunsicherung in den Gesichtern. Er sagt dann: „Ja, der Vornamen von Bin Laden. Du kannst mich aber auch Ausländer rufen.“ Und dann lacht er immer, denn Lachen entspannt die Situation, das hat er in Brandenburg gelernt. Auch wenn er, der Ausländer, die Grußformel „Glück auf“ verwendet, erntet er eigentlich immer Sympathie. Er benutzt sie gern, er mag die Verblüffung in den Gesichtern, die sich in ein Lächeln auflöst. „Glück auf“ ist Kabbajs deutscher Lieblingsgruß.

Junge Marokkaner, die es fürs Studium ins Ausland zieht, bewerben sich in der Regel in Frankreich oder Kanada um einen Studienplatz. Sie müssen dort keine neue Sprache lernen. Marokko war lange eine französische Kolonie, deshalb ist dort Französisch nach Arabisch die zweite Amtssprache. Oussama Kabbaj aber wollte unbedingt nach Deutschland. Einer seiner älteren Brüder hat in den Neunzigerjahren im Ruhrgebiet Germanistik studiert. Kabbaj war immer fasziniert davon, was er der Familie bei Besuchen während der Semesterferien von Deutschland erzählte: Die Ordnung. Die Pünktlichkeit. Der Fleiß der Menschen. Das alles bekam Oussama Kabbaj nicht mehr aus dem Kopf. Er wollte nach Deutschland, das alles selbst erleben, es mit eigenen Augen sehen.

Mithilfe seines älteren Bruders, der nach seinem Studium nach Ägypten zurückkehrte, begann er nach seinem Schulabschluss Deutsch zu lernen. Ein Jahr später bewarb er sich in Deutschland um einen Studienplatz, packte in Marrakesch die Koffer und zog nach Brandenburg. Als der Bruder hörte, dass Oussama in Cottbus studieren werde, war er entsetzt. Er selbst war nie im Osten Deutschlands gewesen. Er hatte aber noch die Warnungen seiner Kommilitonen vor den ostdeutschen Rechtsradikalen im Ohr. „Mein Bruder sagte, er würde mich niemals hier besuchen kommen. Drei Monate später

stand er dann doch vor meiner Wohnungstür in Senftenberg.“ Schon nach wenigen Tagen sah er ein, dass seine Angst übertrieben gewesen war. Brandenburg eine No-go-Area? Keinesfalls. Sicherlich, es gebe Unterschiede in der west- und ostdeutschen Mentalität, und vielleicht seien auch die Vorbehalte gegenüber Muslimen unter den Ostdeutschen verbreiteter.

Was diese Vorbehalte für Folgen haben können, erlebt Oussama Kabbaj gerade in seinem Privatleben. Seine Freundin ist eine junge Frau aus Brandenburg, die ebenfalls in Cottbus studiert. Ihre Eltern sehen die Verbindung ihrer Tochter mit dem jungen Marokkaner nicht gern. Für sie sind alle Muslime Terroristen und Frauenunterdrücker, erzählt Kabbaj. „Ich bin mir sicher, wenn sich ihre Tochter in einen Deutschen verliebt hätte, würden die Eltern nicht fragen, woher er stammt, wo er politisch steht oder welcher Religion er angehört“, sagt er bitter. Er hat die Erfahrung gemacht, dass viele Deutsche sich nicht die Mühe machen, zwischen Muslimen und Islamisten zu unterscheiden. Das Verhalten von Terroristen werde oftmals als Bewertungsmaßstab für den Islam genommen. „Die meisten Deutschen wissen nicht, dass der Islam es verbietet, anderen Menschen ein Leid zuzufügen. Terroristen sind für mich keine Muslime. Sie missbrauchen den Islam.“

Kabbaj erzählt, er sei nach den Anschlägen von Paris 2015 tagelang nicht in der Lage gewesen, vor die Tür zu treten. Die Attentate, der Tod von so vielen Menschen und die islamfeindlichen Reaktionen auf die terroristischen Anschläge hatten eine tiefe Traurigkeit in ihm ausgelöst. „Ich fragte mich: Warum gibt es dieses Gegeneinander? Warum gibt es so viel Hass? Ich weiß nicht, was aus mir geworden wäre, wenn ich den Islam nicht hätte. Für mich ist er schon oft ein Anker im Leben gewesen. Wenn er wirklich so menschenverachtend und gewaltsam wäre, wie es viele nach den Anschlägen behauptet haben, würde ich meiner Religion sofort den Rücken kehren. Das schwöre ich hier und jetzt vor Allah.“

Oussama Kabbaj ist gläubiger Muslim. Er fastet, isst kein Schweinefleisch und trinkt keinen Alkohol. Wenn er kann, betet er fünfmal am Tag. Das Einhalten von Speisevorschriften und das fünfmalige Gebet sind für ihn wichtige, aber nur äußere Komponenten seiner Religion. Der Islam ist weitaus mehr als das. Sein Kern ist ein Bündel

ethischer Grundsätze, die der Gläubige im Idealfall verinnerlicht hat und auch lebt. Nicht als Automatismus, sondern in ständiger Reflexion und Selbstbeobachtung. Bei Oussama Kabbaj ist das der Fall, er strebt danach, den ethischen Grundsätzen seines Glaubens gerecht zu werden. Dass bedeutet, dass er versucht, charakterliche Schwächen zu korrigieren, bestimmte Dinge zu tun oder nicht zu tun – Lügen und schlechte Nachrede beispielsweise. Der Islam wertet beides als etwas, das Gott missfällt, das Christentum hat darauf keinesfalls einen Exklusivitätsanspruch. Auch das Engagement für die Gesellschaft ist etwas, das im Islam großgeschrieben wird.

Um den ausländischen Studierenden das Ankommen in Deutschland zu erleichtern, organisierte Kabbaj während seiner Zeit im Studentenrat Unipartys, die sich explizit an ausländische und deutsche Studierende richteten. Er lud zu Vorträgen ein und organisierte internationale Fußballturniere, Exkursionen und ein interkulturelles Weihnachtsfest. Die Veranstaltungen fanden auf beiden Seiten Anklang. Bekanntschaften und Freundschaften wurden geknüpft, und Oussama Kabbaj half und vermittelte, wo er nur konnte. Nur wenn muslimische Studierende ihn fragten, wo man in Cottbus oder Senftenberg dem Freitagsgebet beiwohnen könne, wusste er keinen guten Rat. Zwar ist in Cottbus im Jahr 2002 ein Gebetsraum eingerichtet worden. Er wird von dem Verein „Islamische Gemeinde Cottbus“ betreut, trägt den Namen Masjid-Abdul-Rahman-Moschee und liegt im Keller eines Gebäudes gleich gegenüber der Universitätsmensa. Aber er hat nur einen fünf mal zehn Meter großen Hauptraum, in dem es freitags schnell zu eng wird, seit auch Geflüchtete dort beten. Es gibt auch keinen Imam, der die Moschee betreut.

Die Stadtverwaltung von Cottbus hat schon vor einiger Zeit angekündigt, dem Verein bei der Suche nach einem größeren Raum behilflich sein zu wollen. Bisher ist nichts geschehen. Die meisten Cottbusser Haus- und Wohnungsbesitzer wollen tatsächlich nicht, dass ihre Immobilien als Moschee genutzt werden. Die Stadt leistet jedoch auch keine Überzeugungsarbeit, damit sich die Einstellung der Cottbusser ändert. Genauso wenig hat sie bisher angeboten, dem Verein eine ihrer Immobilien zur Verfügung zu stellen. Dabei ist es kein Geheimnis, wie sehr den Gläubigen der Argwohn oder sogar Hass gewisser Cottbusser allem Muslimischen gegenüber zu schaffen

macht. Um Vandalismus zu verhindern, ist die Masjid-Abdul-Rahman-Moschee meistens verschlossen. Einige Studenten bewahren den Schlüssel auf. Wer einen eigenen möchte, um die Moschee jederzeit betreten zu können, bekommt ihn gegen Hinterlegung einer Kautio- n. Kabbaj hat die Moschee einige Male zum Beten aufgesucht. Er möchte aber nicht alleine beten. Er sucht das spirituelle Erleben in der Gemeinschaft, religiöse Inspiration durch einen Imam und wünschte sich einen Gebetsraum, der nahe an seinem Zuhause in Senftenberg liegt.

Zusammen mit einigen Freunden erreichte er, dass ihnen freitags auf dem Campus in Senftenberg ein Raum zum Beten zur Verfügung gestellt wird. Als Vorbeter gewannen sie einen jungen Studenten aus dem Jemen, der über eine gute religiöse Vorbildung verfügt und einen Islam vertritt, wie Oussama Kabbaj ihn gutheißt: einen Islam des Friedens und der Barmherzigkeit. Die Nachricht, dass in Senftenberg Studenten das Freitagsgebet abhalten, sprach sich schnell an der BTU herum. Zahlreiche muslimische Studierende schlossen sich der Gruppe um Oussama Kabbaj an. Es dauerte nicht lange, und auch viele Geflüchtete aus Cottbus und Umgebung fanden sich zum Freitagsgebet in Senftenberg ein.

Nach fast zwei Jahren benötigte die Universität den Raum zurück. Kabbaj fragte sich: Schon jetzt ist es freitags immer voll, wo sollen diese Gläubigen künftig beten? Was wird passieren, wenn noch mehr Muslime nach Senftenberg kommen? Wo sollen sie das Ende des Ramadans oder das Opferfest gemeinsam feiern? „Ich mochte auch die Vorstellung nicht, dass die Gläubigen aus Platzmangel womöglich zum Beten nach draußen, auf den Bürgersteig, ausweichen“, sagt er. „Es wäre meiner Meinung nach ihr gutes Recht. Aber es würde garantiert Anwohner geben, die sich davon gestört fühlen, und wieder ein schlechtes Bild auf den Islam werfen.“

Er entwickelte die Idee, einen Verein zu gründen und einen Gebetsraum zu finden, der dauerhaft genutzt werden kann. Der Verein sollte das wahre Gesicht des Islams zeigen. Er sollte Muslimen ein spirituelles Zuhause bieten, in dem sie Ruhe finden und Gott nah sein können. Seine Freunde fanden die Idee gut, scheuten aber den zeitlichen Aufwand, den eine Vereinsgründung bedeutet: Es müssen eine Satzung und eine Vereinsordnung erstellt und mit den Grün-

dungsmitgliedern diskutiert werden. Dann wird eine Gründungsver-sammlung einberufen, um die Vereinsgründung und die Satzung zu beschließen und den Vorstand zu wählen. Erst danach kann die An-meldung beim Vereinsregister erfolgen. In Brandenburg ist es außer-dem gesetzlich vorgeschrieben, dass sie von einem Notar beglaubigt werden muss.

Die Freunde schlugen vor, lieber den Kontakt nach Sachsen zu suchen. Zu einem der dort existierenden Moscheevereine. Vielleicht könne man ja mit deren Hilfe einfach eine Zweigstelle in Senftenberg eröffnen. Oussama Kabbaj sagte: Okay, macht das, aber ich bin da nicht mehr mit dabei.

Er hatte gute Gründe für seine Ablehnung. Er weiß, viele Mo-scheevereine sind schwer zu durchschauen. Es kommt immer wieder vor in Deutschland, dass sie von extremistischen Gruppierungen un-terwandert werden. Außerdem will Kabbaj nicht, dass ihm jemand vorschreibt, was er denken oder beten soll. Er will Unabhängigkeit. „Gewisse islamistische Gruppierungen sind ein riesiges Problem im Islam. Für mich zählt nur der Koran und was der Prophet gesagt hat“, betont er.

Vier Monate nachdem er sich aus der Gruppe zurückgezogen hatte, hatten seine Freunde immer noch nichts erreicht. Ein in Dresden ansässiges gemeinnütziges Unternehmen namens „Sächsische Begeg-nungsstätte“, kurz SBS, hatte den jungen Leuten zwar tatsächlich Hilfe angeboten und einiges in Aussicht gestellt – Hilfe bei der Suche nach geeigneten Räumlichkeiten, sogar finanzielle Unterstützung. Dann lasen sie in der Zeitung, dass der Verfassungsschutz vor der SBS warne. Die Freunde waren tatsächlich an Islamisten geraten, die Abhängigkeiten schaffen, um später leichter ideologischen Einfluss auf die Gläubigen nehmen zu können. Nach dieser Erfahrung fragte Kabbaj seine Freunde abermals, ob sie nicht doch lieber einen eigenen Moscheeverein gründen wollten. Diesmal stimmten alle zu.

Sie sprachen beim Bürgermeister von Senftenberg vor und bei der Integrationsbeauftragten des Landkreises Oberspreewald-Lausitz, zu dem Senftenberg gehört. Ihr Verein könnte einen wichtigen Beitrag leisten, Muslime zu integrieren, sagten sie. Alle zeigten sich begeis-tert von der Idee der jungen Männer. Um keinen Fehler zu machen, beauftragten sie einen Berliner Anwalt, die Satzung zu schreiben, und

stimmten sich inhaltlich mehrfach mit der Integrationsbeauftragten ab. Bald war auch ein Name für ihren Verein gefunden: „Haus der Kultur und Weisheit“. Um Mitglied zu werden, muss man in der Region wohnen und der Vorstand dem Antrag auf Mitgliedschaft zustimmen. Wenn es Zweifel an der persönlichen Integrität eines Antragstellers gibt, behält sich der Vorstand das Recht vor, bei der Stadt Erkundigungen über die betreffende Person einzuziehen. „Ich glaube, wir haben alles sehr gut gemacht. Und wir bestehen darauf, dass es auch weiterhin gut läuft“, sagt Oussama Kabbaj und lächelt.

Finanzieren wird sich der Verein über Spenden. Die Gründungsmitglieder sind zuversichtlich, dass auf diesem Wege genügend Geld zusammenkommen wird. Eine automatische finanzielle Abgabe, die mit der Kirchensteuer vergleichbar wäre, gibt es im Islam nicht. Wohltätigkeit ist aber eine der fünf Säulen des Islams; Spenden gilt als gottgefälliger Dienst und ist für den Gläubigen genauso verpflichtend wie das Fasten oder die Pilgerfahrt nach Mekka. Könnte die ausschließliche Finanzierung über Spenden nicht auch dazu führen, dass großzügige Wohltäter einen zu großen Einfluss auf den Verein gewinnen? „Spenden darf jeder, aber niemand wird sich dadurch irgendwelche Rechte bei uns erkaufen“, entgegnet Oussama Kabbaj überzeugt.

In den Semesterferien, wenn die Prüfungen vorbei sind, wird er nach Marokko fliegen. Sechs deutsche Freunde aus der Universität werden ihn begleiten. Er möchte ihnen Marrakesch zeigen. „Die Stadt ist so ganz anders als Cottbus“, sagt er. Seine Freundin wird nicht dabei sein können. Die Eltern haben ihr die Reise verboten. Sie haben Angst, dass ihrer Tochter in dem islamischen Land etwas zustoßen könnte.

Tee trinken wie Marcel Proust in Großräschen

Wie ein Syrer in der Niederlausitz orientalische Lebensmittel verkauft und wie die Stasi Assads Geheimdienst half, mächtig zu werden

Der Islam hält Gebote für die verschiedensten Lebensbereiche bereit. Was islamkonform ist, wird als „halal“ bezeichnet, was dem Islam widerspricht als „haram“. Geschäfte beispielsweise, die mit Glücksspiel, Waffen, Prostitution und Pornografie oder mit der Herstellung und dem Verkauf von Alkohol zu tun haben, sind verboten – sie sind haram. Auch bei Nahrungsmitteln und Speisen gibt es Regeln: Muslime sollen kein Schweinefleisch essen und keine Lebensmittel, in denen Schwein, Blut oder Alkohol verarbeitet worden ist. Fleisch ist nur dann halal, wenn das Tier geschächtet wurde, wenn es also nach islamischem Ritus geschlachtet worden ist. Im Koran heißt es: „Oh, die ihr glaubt, esst von den guten Dingen, mit denen wir euch versorgt haben, und seid Allah dankbar, wenn ihr Ihm (alleine) dient! Verboten hat er euch nur (den Genuss von) Verendetem, Blut, Schweinefleisch und dem, worüber ein anderer (Name) als Allah(s) angerufen worden ist. Wer sich aber in einer Zwangslage befindet, ohne zu begehren oder das Maß zu überschreiten, für den ist es keine Sünde. Allah ist Allvergebend und Barmherzig.“ (Sure al-Baqara, Verse 172–173)

Für Muslime, die sich streng an die islamischen Nahrungsmittelvorschriften halten wollen, ist das Einkaufen in Deutschland bisweilen eine Herausforderung. In den meisten Supermärkten müssen sie die Inhaltsstoffe eines Produkts lange und aufmerksam studieren, bevor sie es in den Einkaufswagen legen – oder eben auch nicht. In Regionen, in denen der Islam schon länger anwesend ist, haben muslimische Geschäftsleute auf die Bedürfnisse ihrer Glaubensbrüder und -schwestern reagiert und Halal-Lebensmittelläden eröffnet, die ein entspanntes Einkaufen ermöglichen. Zudem haben sich zahlreiche Firmen in Deutschland auf die Herstellung von Halal-Produkten spezialisiert. Verschiedene Institute bieten Lebensmit-

telüberprüfungen auf im Islam verbotene Inhaltsstoffe an. Nach eigenem Bekunden stellen sie zudem sicher, dass die Tiere gemäß den religiösen Vorschriften gehalten und geschlachtet wurden. Bei bestandener Halal-Prüfung bekommt das Produkt ein Gütesiegel. Bedauerlicherweise gibt es bisher keine zentrale Stelle, die es vergibt. Deshalb befürchten viele Muslime, dass die strengen Standards nicht immer eingehalten werden.

Einkaufen und essen zu können wie in ihren Herkunftsländern gibt besonders Migranten der ersten Generation ein Gefühl von Sicherheit und Geborgenheit. Es wird von den nachfolgenden Generationen bewusst als eine Art Tradition gepflegt. Nahrungsmittel und Speisen sind Kulturträger, sie können mit Gefühlen und Erinnerung verbunden sein und ein Stück Heimat repräsentieren. Essen hält Leib und Seele zusammen, sagte man früher, auf Neudeutsch wird das Phänomen unter dem Begriff „Soulfood“ zusammengefasst. Der französische Schriftsteller Marcel Proust hat einmal bemerkt, eine Madeleine, in Lindenblütentee getaucht, könne die Erinnerung an ein ganzes Leben wachrufen. Muslime empfinden das nicht anders. Rezepte und Erinnerungen gehören nun einmal zu dem, was am einfachsten auf die Reise in die Fremde mitgenommen werden kann.

Muslimen aus Südbrandenburg, die Sehnsucht nach vertrauten Lebensmitteln oder dem Geschmack der alten Heimat haben, blieb lange nichts anderes übrig, als zu einem Halal-Supermarkt nach Dresden oder Berlin zu fahren. Seit dem Sommer 2017 kann man jedoch auch in der Niederlausitz halal einkaufen. Omar al-Kassab steht in seinem Lebensmittelgeschäft „Orient“ in Großbräschen, das er im Juli 2017 eröffnet hat. Es liegt nur wenige Meter vom alten Ortskern entfernt an der Bundesstraße 96, die in Großbräschen Calauer Straße heißt. Das kleine Ladenlokal existiert schon seit 120 Jahren. Zu DDR-Zeiten war dort ein Lebensmittelgeschäft mit Namen „Obst-Gemüse-Feinfrost“ untergebracht. Nach der Wende stand es die meiste Zeit leer. Der Namensschriftzug über dem Eingang war noch erhalten, als al-Kassab den Laden mietete. Er montierte die Buchstaben ab, arran-

gierte das Wort „Orient“ aus ihnen und befestigte es wieder über dem Eingang. Die Kunden des „Orient“ sind Türken und Araber, aber vor allem sind sie Deutsche. Die Älteren unter ihnen kamen schon als Kinder, an der Hand ihrer Eltern und Großeltern, zum Einkaufen in die Calauer Straße 2. Wo früher Obst und Gemüse aus der Mark, Erfurter Senf, Spreewaldgurken, russisches Pferdefleisch in Dosen, Puffreistafeln von Argenta, Leipziger Fruchtgummi, Tempo-Erbsen und Kuko-Reis standen, gibt es jetzt arabischen Mokka und Tee, Tüten mit wohlriechenden orientalischen Gewürzen und Fleischkonserven mit Etiketten in arabischer Schrift. Viele Gläser mit sauer eingemachtem Gemüse stehen im Regal – in Syrien isst man diese Spezialität gern zusammen mit Hummus. Die meisten von Omar al-Kassabs deutschen Kunden haben Lebensmittel aus dem Orient noch nie gesehen. Er muss deshalb viel erklären, zum Beispiel, was halal bedeutet.

Der Laden läuft gut, viel besser, als der Syrer es sich vorgestellt hatte. An diesem Nachmittag ist gerade kein Kunde in Sicht. Draußen vor dem Fenster donnern Lkw vorbei. In Brandenburg ist mal wieder irgendwo eine Baustelle, und der Verkehr wird über Großräschen umgeleitet.

Omar al-Kassab trägt Jeans, Jackett, eine eckige Brille und einen gestutzten dunklen Kinnbart. Vor drei Jahren ist er mit seiner Frau, seinem Sohn Mahmoud und seiner Tochter Abeer nach Deutschland gekommen. Seitdem lebt die Familie in Großräschen. Der Syrer ist 33 Jahre alt, wirkt aber älter. Das Leben hat Spuren hinterlassen im Gesicht des jungen Mannes. „Der Krieg in Syrien ist ein riesiges Geschäft. Wenn die Türkei, Saudi-Arabien, Amerika und Russland ihn beenden wollten, könnten sie das jederzeit tun. Aber sie wollen nicht. Für die Großmächte ist Syrien wie ein gigantisches Stadion, in das man seine Mannschaft zum Kriegsspielen schickt. Und die Einheimischen gehen dabei unter.“ Omar al-Kassabs Blick ist sanft, seine Gesten sind kontrolliert. Aber wenn er von seiner Heimat Syrien spricht, wird seine Stimme brüchig.

Der studierte Elektroingenieur stammt aus Homs, wo er 2006 eine Firma für Schwachstrom aufgebaut hatte. Sein Leben war gut, auch das Leben seiner Frau Donia, die als Friseurin arbeitete. Dann begann im Frühling 2011 die Revolution, und Homs wurde zu einer

Hochburg des Protests. Vor allem junge Leute gingen auf die Straße, um für Freiheit und ihre Rechte zu demonstrieren. Die Regierung reagierte mit militärischer Gewalt. Als „Reich des Schreckens“ wurde Syrien schon damals bezeichnet. Doch was nun kommen sollte, war schlimmer als alles bisher Erlebte.

Als der Bürgerkrieg ausbrach, hatten die Syrer schon vier Jahrzehnte unter den Assads gelebt. Erst unter Hafiz al-Assad, einem Alawiten und Luftwaffenpilot, der sich 1970 vom Verteidigungsminister zum ersten Mann im Staate hochgeputzt hatte. Dann unter seinem Sohn Baschar al-Assad, der im Jahr 2000, nach dem Herzinfarkt des Vaters, die Staatsgeschäfte übernahm. Wie Hafiz al-Assad, der ein dichtes geheimdienstliches Netz aufgebaut hatte, regierte Baschar al-Assad schon bald autoritär. Auch er benutzte Kontrolle und Angst als Säulen seiner Macht. Vielen Syrern ist die Angst durch Mark und Bein gegangen, zu einem Teil der Seele geworden – unmöglich, sie noch abzuschütteln. Je älter man war, desto größer war die Furcht, weshalb ältere Syrer sich im Frühling 2011 auch nur zögerlich den Protesten anschlossen. Der Vater von Omar al-Kassab ahnte, dass der Aufruhr sich furchtbar rächen würde. Schon im April 2011 riet er seinem Sohn, die Firma zu verkaufen und sich mit Frau und Kindern in Sicherheit zu bringen. Der Vater wusste: Ein Ja zu Assad kam für Omar nicht infrage. Er selbst hatte aber in den Achtzigerjahren erlebt, was für Folgen ein Nein haben kann.

Damals hatte Hafiz al-Assad sich als besonders grausam gegenüber der religiösen Opposition erwiesen. Islamisten ließ er foltern oder töten. Schon seit Mitte der Sechzigerjahre war es immer wieder zu Konflikten mit der Muslimbruderschaft gekommen. In den Siebzigerjahren ging die islamistische Organisation vom friedlichen Widerstand zu Guerillamethoden über und tötete in einer Serie von Autobombenattentaten Repräsentanten des Regimes und Politiker aus al-Assads Baath-Partei. Assad überlebte 1980 nur mit viel Glück einen Mordanschlag. Seine Rache war gnadenlos. Zu Hunderten wurden Mitglieder der Muslimbruderschaft getötet, und die Mitgliedschaft in der Organisation wurde unter Androhung der Todesstrafe verboten. Trotzdem rissen die Angriffe nicht ab. Als die Islamisten Anfang 1982 die sunnitisch dominierte Stadt Hama für „befreit“ erklärten, beschloss das Regime, den Aufstand ein für alle Mal niederzuschlagen.

In der Nacht auf den 2. Februar 1982 griffen Truppen der syrischen Armee Hama an und machten die Stadt in den folgenden Wochen dem Erdboden gleich. Schätzungen sprechen von bis zu 40.000 Menschen, die damals getötet wurden.

Im Januar 2012 beugte sich Omar al-Kassab dem Wunsch des Vaters und ging mit seiner Familie nach Katar. Er war nicht in Homs, als die Einwohner am 3. Februar 2012 einen Tabubruch begingen: Sie gedachten der Opfer eines Massakers, das syrische Soldaten im Februar 1982 in der Stadt Hama begangen hatten. Baschar al-Assad reagierte prompt mit einem militärischen Angriff. Über Stunden schoss die Armee mit Mörsern, Artillerie und Panzergranaten auf die Stadt. Mehr als 400 Menschen starben, mehr als 1.000 wurden verletzt. Es war wenige Stunden bevor in New York die Sondersitzung des UN-Sicherheitsrates zum Thema Syrien begann. Als Omar al-Kassab davon erfuhr, kehrte er mit seiner Familie nach Hause zurück. An Arbeiten in seiner Firma war nicht mehr zu denken. Sie lag im Stadtzentrum, das nun ständig aus der Luft beschossen wurde. „Wir konnten das Gebäude einfach nicht mehr erreichen“, sagt er. Anstatt morgens ins Büro zu fahren, half er fortan als Freiwilliger beim Roten Halbmond. Er versorgte Verletzte und barg Überlebende und Tote aus Trümmern. Es war eine gefährliche Arbeit. Abermals flehte sein Vater ihn an, ins Ausland zu gehen. „Es war sehr schwierig für mich“, erinnert sich Omar al-Kassab. „Ich musste mich entscheiden, ob ich zu meinen Eltern halte oder meine Kinder rette. Wer im Krieg die Zukunft wählt, lässt immer Menschen, die er liebt, zurück. Es war fürchterlich.“

Anfang 2014 stimmte er zu, Syrien zu verlassen. Zwei Millionen Syrer waren schon auf der Flucht, als er im Februar 2014 mit seiner Frau und den Kindern nach Tripoli reiste. Zuvor hatte er noch sein Auto verkauft, um genügend Geld für das Leben in Libanon zu haben. Der Libanon ist ein kleines Land. Dennoch bietet es seit 1948 Palästinensern Zuflucht, Zahlen sprechen von 450.000 palästinensische Flüchtlingen, die dort leben sollen. Zudem hat das Land seit Ausbruch des syrischen Bürgerkriegs etwa 1,5 Millionen Syrer aufgenommen. Der Wohnraum für Geflüchtete ist knapp und es ist nahezu unmöglich für sie, eine Arbeit zu finden. Auch Omar al-Kassab fand keine Anstellung, um das Leben seiner Familie auf längere Sicht finanzia-

ren zu können. Schon nach sechs Monaten war sein erspartes Geld, 15.000 Dollar insgesamt, so gut wie aufgebraucht. Mit dem, was übrig war, kaufte er für sich und seine Familie Flugtickets nach Berlin. Die al-Kassabs kamen als Kontingentflüchtlinge nach Deutschland. Deshalb erhielten sie nach ihrer Ankunft sofort eine Aufenthaltserlaubnis und mussten keinen Asylantrag stellen.

Omar al-Kassab rückt seine Brille zurecht. „Ich bin hierhergekommen, um ein neues Leben zu beginnen. Ich wollte das für meine Familie, aber auch für mich. Neue Tradition, neues Leben, neue Sprache“, sagt er und lächelt schief.

Ist das denn so einfach? Und überhaupt gut? „Ja und nein“, sagt al-Kassab. „Für mich bedeutet es, etwas Neues kennenzulernen. Aber viele Menschen hier wollen uns nicht akzeptieren. Sie sind misstrauisch. Ständig müssen wir uns erklären, spüren eine Grenze. Manche haben Angst, wir könnten Terroristen sein. In dem Haus, in das wir gezogen sind, haben die Nachbarn anfangs richtig Stress gemacht wegen uns. Sie waren sehr ängstlich. Vor uns hatte nie eine ausländische Familie dort gelebt. Mittlerweile sind wir aber wie eine große Familie.“

Ob ich etwas trinken wolle, fragt er. Eine Möglichkeit, Tee zu kochen, gibt es in seinem Laden nicht, entschuldigt er sich und bietet mir zwei Dosen Fruchtsaft an. „Mango oder Kirsch?“ Sein Handy klingelt, es hat einen arabischen Singsang als Klingelton.

Wie besessen lernte er nach seiner Ankunft in Großräschen Deutsch. Und versuchte dann, Arbeit zu finden. Als Elektroingenieur der Arabisch, Deutsch und Englisch spricht, gilt er als hochqualifiziert. Der Bürgermeister von Großräschen vermittelte höchstpersönlich den Kontakt zu einer Firma in Cottbus, die Kassab einstellen wollte, sobald er offizielle Beglaubigungen seiner Zeugnisse vorgelegt habe. Al-Kassab hätte dafür in die syrische Botschaft in Berlin gemusst. Ein solcher Gang ist für ihn ausgeschlossen. Er will nichts mit der syrischen Regierung zu tun haben. Assad ist in seinen Augen ein Mörder, und jeder, der für das Regime arbeitet, und sei es nur als Sachbearbeiter oder Pförtner, ein Mittäter. Für das Beglaubigen von Urkunden verlangt die Botschaft außerdem Geld. „Geld, das dann dafür benutzt wird, das Regime aufrechtzuerhalten und noch mehr Männer, Frauen und Kinder zu töten“, sagt er. Es hatte aber noch

einen anderen Grund, warum er sich gegen das Stellenangebot des Cottbuser Unternehmens entschied. Al-Kassab weiß um die schwierige Arbeitsmarktsituation in der Region. Er fand, den guten Job sollte besser ein Brandenburger bekommen. „Ich wollte lieber etwas aufbauen für die Menschen hier, etwas, woran man in Zukunft vielleicht zusammen arbeiten kann.“ Irgendwann hatte er die Idee mit dem orientalischen Lebensmittelladen.

In Berlin sah er sich nach Ladenmobiliar um und kam ins Gespräch mit einem älteren syrischen Großhändler, der seit den Neunzigerjahren in Deutschland lebt. Wie Omar al-Kassab stammte er aus Homs. Sie stellten fest, sie hatten dort in demselben Karateverein trainiert, bei demselben Trainer. Als der Großhändler nach dem Namen von al-Kassabs Vater fragte, war er wie vom Donner gerührt: Die beiden waren Freunde gewesen. Der Vater hatte dem Großhändler geholfen, vor dem syrischen Geheimdienst ins Ausland zu fliehen. Wäre das nicht gelungen, wäre er tot. Er sei seinem Vater noch immer zutiefst dankbar, sagte der Großhändler.

Seitdem versucht er, dem Sohn seines Retters etwas zurückzugeben. Er berät ihn, welche Waren gut bei Kunden ankommen und welche nicht. Dem jungen Syrer fehlt die Erfahrung im Einzelhandel, er ist sehr froh über den Kontakt.

Eine Gruppe Araber betritt den Laden und kauft Fladenbrot. Am Ende wandern noch Pistazien-Helva und köstliche syrische Süßbackwaren in ihre Einkaufstaschen: Stücke des Blätterteigkonfekts Baklava; dunkelgrünes Balluria aus Pistazien und Rosenwasser sowie Mabruma, eine frittierte Kalorienbombe aus Teigfäden und Mandeln. Die syrischen Süßwaren sind Importware aus der Osttürkei. Ein Freund von Omar al-Kassab aus Aleppo, ebenfalls ein Ingenieur, hat dort nach seiner Flucht eine Fabrik aufgebaut. Sie produziert all die kleinen süßen Dinge, die sie in ihrer Kindheit glücklich machten. Syrer gelten als Meister der arabischen Zuckerbäckerei. Es heißt, sie backten mit weniger Fett und Zucker als üblich im Orient. Die übrige Ware kauft al-Kassab in Berlin. Er trifft sich dort ein- bis zweimal im Monat mit dem Großhändler.

Omar al-Kassab und seine Familie haben in Großräschen ein Auskommen. Sie sind in Sicherheit. Die Kinder gehen in den Kindergarten und die Grundschule und sprechen mittlerweile akzentfrei

Deutsch. Vor zehn Monaten kam der kleine Jakob auf die Welt. Wenn er etwas älter ist, will Donia al-Kassab wieder als Friseurin arbeiten. Das Paar könnte eigentlich ein unbeschwertes Leben führen. Doch so sehr sie es versuchen: Es gelingt ihnen nur selten, das Gepäck des Kriegs wiegt noch schwer. Den Vater von Donia al-Kassab tötete im September 2015 in Homs eine Bombe. Der Vater von Omar al-Kassab wurde im November 2014 im Gefängnis von Assad-Schergen ermordet. Vier Monate zuvor war der 54-Jährige grundlos festgenommen worden. Es geschah einfach so, wie unter Assad so vieles einfach so mit Menschen geschieht. Omar al-Kassab bestach Gefängnismitarbeiter, um etwas über die Todesumstände zu erfahren. Man sagte ihm nur, es sei kein natürlicher Tod gewesen. Der Leichnam wurde ihm nicht übergeben. Er konnte seinen Vater nicht beerdigen. Wahrscheinlich wurde er gefoltert, und der Sohn sollte die Spuren nicht sehen.

Al-Kassab organisierte daraufhin die Flucht seiner Mutter in die Türkei. Sie blieb dort zehn Monate, dann kam sie nach Europa und lebt jetzt bei ihrem Sohn in Großräschen. „Es geht ihr nicht gut. Sie hat viel Schlimmes erlebt“, sagt er. Seine Großmutter starb im Oktober 2017 mit 89 Jahren in Homs. Sie hatte 14 Kinder zur Welt gebracht, die Entbehrungen des Kriegs ertragen, aber die Nachricht von der Ermordung ihres Sohnes raubte ihr den Lebenswillen. Drei Jahre lang hatte die Familie ihr verschwiegen, was mit Omar al-Kassabs Vater geschehen war. Wenige Tage nachdem sie es erfahren hatte, war sie tot. Von der Großfamilie ist in Homs jetzt nur noch die Tante übrig. Sie gab der alten Frau das letzte Geleit. „Meine Verwandten und Freunde wollen nur Freiheit, sie haben nichts Schlechtes getan“, sagt Omar al-Kassab.

Er zieht sein Handy aus der Tasche und zeigt Fotos auf dem Display. Fotos aus Syrien, von Freunden, seiner Familie, von seiner Hochzeit, von einem Ausflug mit den Eltern in die Berge, ans Mittelmeer. Es sind Fotos aus glücklichen Tagen; von Menschen, die getötet wurden, von einer Welt, die nicht mehr existiert. „Syrien hat Meer, Berge, Wüste, Öl und Gas. Aber es hat auch eine Verbrecherbande als Regierung.“ Er räuspert sich, seine Stimme stockt. Wer flieht, bricht niemals freiwillig auf. Es ist ein Abschied ohne Wiederkehr, selbst wenn man eines Tages in sein Land zurückkehrt. Denn die Heimat, wie man sie einmal kannte, zerstört der Krieg. „Die Menschen in

Syrien sterben jeden Tag. Das ist die Wahrheit, doch niemand will diese Katastrophe beenden.“

Er fühle sich manchmal schlecht, weil er selbst in Sicherheit ist. Was könnte er denn tun, wenn er in Syrien geblieben wäre? „Sicherlich nicht viel, aber ich wäre wenigstens dort.“ Und was wäre dann mit seinen Kindern? „Die Kinder der Eltern, die nicht flüchten können, haben keine Zukunft“, sagt er. „Es gibt bei uns ein Sprichwort: ‚Eine Hand alleine kann nicht klatschen.‘“

Einige Freunde, die nach Europa oder in die Vereinigten Staaten gingen, um dort als Ärzte oder Ingenieure zu arbeiten, kehrten nach Ausbruch des Bürgerkriegs nach Syrien zurück. Sie waren fortan für den Roten Halbmond tätig. Viele verloren ihr Leben dabei. „Ich dagegen habe mich in Sicherheit gebracht“, sagt al-Kassab leise.

Eine Kundin betritt den Laden, Omar al-Kassab rückt seine Brille zurecht. „Einen schönen guten Tag!“, ruft er. Die Frau bleibt vor einem Regal mit arabischen Instantsuppen stehen. „Was kosten die?“ „Dreißig Cent.“ „Da nehme ich gleich welche mit; das ist mal was anderes. Was gibt es denn für Sorten?“ „Mit Gemüse und ohne Gemüse.“ Die Frau legt zehn Tüten an die Kasse. Al-Kassab hält ihr zum Kosten eine Dattel hin. Die Frau schaut sie misstrauisch an. „Eine Dattel“, sagt er. Die Frau beißt hinein, dann lächelt sie. „Vielen Dank!“ Der nächste Kunde ist ein Mann, er fragt nach Bier. „Nein, Bier führen wir nicht. Nur Getränke ohne Alkohol.“ „Ach so, du bist ja Moslem“, sagt der Mann und geht.

In Großräschen leben etwa vierzig Familien muslimischen Glaubens. Bei einer Gesamtinwohnerzahl von etwa 9.000 Menschen ist das nicht viel. Die meisten Großräschener seien auf eine freundliche Art neugierig, sagt der Syrer. Andere müssten sich erst an die Muslime gewöhnen. Es gebe Ängste, Vorbehalte, auch Aggressionen. Vor zwei Wochen ist in einer Grünanlage eine muslimische Frau mit Kopftuch beleidigt worden. Omar al-Kassab hat davon gehört, weiß aber nichts Näheres. Vielleicht will er es auch gar nicht so genau wissen. Seine Frau Donia trägt ein Kopftuch und ist schon angestarrt worden.

Fast anderthalb Jahre lang fuhren die al-Kassabs täglich mit dem Regionalexpress nach Senftenberg, um dort einen Deutschkurs zu besuchen. Eine Großräschenerin stand morgens immer zur gleichen Uhrzeit am Bahnsteig wie sie. Irgendwann grüßte man sich. Eines

Tages trat sie auf Donia al-Kassab zu und überreichte ihr ein Kopftuch als Geschenk. „Diese Geste fanden meine Frau und ich unglaublich toll“, sagt Omar al-Kassab. Es brachte die beiden auf eine Idee. Wenn die Deutschen glauben, dass Musliminnen mit Kopftuch per se religiöse Fanatikerinnen sind, dann müsste man ihnen doch bloß zeigen, dass so ein Tuch an sich ganz harmlos ist und es immer darauf ankommt, welche Frau es trägt. Sie begannen, Frauen in ihrem deutschen Bekanntenkreis Kopftücher zu schenken. Die Beschenkten fanden es großartig.

Wäre das Leben in einer Großstadt wie Berlin, wo es mehr Muslime und Menschen mit Migrationshintergrund gibt, nicht einfacher für sie?

„Vielleicht wäre es einfacher“, antwortet al-Kassab. Er glaubt jedoch, dass seine Kinder in einer Kleinstadt bessere Chancen haben. Viele der Syrer, die zur selben Zeit wie er und seine Familie in Deutschland eintrafen und nach Berlin gezogen sind, hätten bisher kaum Deutsch gelernt. Nicht einmal die Kinder. „Was das angeht, habe ich wohl alles richtig gemacht“, sagt Omar al-Kassab und lächelt. In Berliner Schulen sei der Migrantenanteil zu hoch, untereinander sprächen die Kinder fast nur Arabisch, und unter den Eltern gebe es Konflikte. Ständig forderten sie voneinander, sich zu positionieren – politisch, aber auch religiös. „Sie haben die Konfliktlinien des Nahen Ostens mit nach Deutschland gebracht.“ Es gebe viele Syrer in Deutschland, die aufseiten des Assad-Regimes stehen. Man erkenne das an ihren Facebook-Seiten, wo sie Propagandabilder und -videos der syrischen Regierung posteten. „Deutschland hat ihnen eine Aufenthaltsgenehmigung gegeben, sie führen hier ein ruhiges Leben. Für mich sind das alles Mittäter“, sagt al-Kassab.

In Großräschen pflegt Omar al-Kassab seine muslimische Kultur vor allem im Privaten. Die Stadt hat weder eine Moschee noch einen Gebetsraum. Wenn er freitags beten möchte, fährt er nach Senftenberg. Al-Kassab gehört zu den Mitbegründern des Vereins „Haus der Kultur und Weisheit“ und ist dessen zweiter Vorsitzender. Die Großräschner sollen verstehen, dass sie keine Angst haben müssen vor seinem Islam. Während des Ramadans hat er deshalb zum Fastenbrechen eingeladen und das Ende des Fastenmonats mit einer großen Party gefeiert. Etwa 170 Leute folgten seiner Einladung, auch der Bür-

germeister, „ein sehr netter Mann“. Welcher Partei der Bürgermeister angehört, hat er vergessen. Es interessiert ihn nicht, er sagt, er habe abgeschlossen mit Politik. Trotzdem ist er seit Juni 2017 im Integrationsrat des Oberspreewald-Lausitz-Kreises. Das Gremium will ein Sprachrohr aller Migranten sein und, ähnlich wie al-Kassabs Verein in Senftenberg, das gesellschaftliche Miteinander unterschiedlicher Kulturen und Religionen fördern.

Ein älterer Herr mit grauen Haaren klopft von draußen an das Schaufenster vom „Orient“. Der junge Syrer lächelt, der ältere Herr winkt. „Das ist Manfred, mein Nachbar“, sagt er. Etwas umständlich schließt Manfred sein Fahrrad ab. In kariertem Hemd und beigefarbener Jacke betritt er den Laden.

„Tach“, sagt Manfred. „Alles gut?“

Omar al-Kassab lächelt noch immer. „Und bei Ihnen?“

„Och, mal so, mal so.“ Al-Kassab holt einen Stuhl, auf den Manfred sich sinken lässt. „Warst schon zu Hause heute?“

„Ja, ich habe Mahmoud vom Kindergarten abgeholt“, sagt Omar al-Kassab.

Manfred erzählt: Sein Parkplatz vor dem Haus ist weg. Da, wo er sein Auto immer abstellt, ist jetzt eine Baustelle. Und überall auf der Straße liegt Sand. Der Schmutz – nicht schön. Die Ordnung – zerstört. Es ist eine kleine Katastrophe für den älteren Herrn, und auf eine gewisse Weise ein sehr deutsches Problem, das er da in den „Orient“ trägt.

„Sie können meinen Parkplatz haben. Ich parke mein Auto einfach etwas weiter vorne“, sagt al-Kassab.

„Ach ja? Danke!“, sagt Manfred und schaut den jungen Syrer überrascht an.

Manfred ist Anfang siebzig, in Großräschen hat er schon zu DDR-Zeiten gelebt. „Es ist ein schönes Städtchen geworden“, sagt er über die alte Bergbaugemeinde. Im Lausitzer Braunkohlerevier wurde mehr als 150 Jahre lang Kohle abgebaut. Noch im Jahrzehnt vor der Wende musste ein ganzer Stadtteil von Großräschen dem Tagebau Meuro weichen. Nach dessen Stilllegung 1999 hieß es im März 2007 „Wasser marsch!“, und seitdem läuft das gigantische Loch, das der Tagebau gefressen hat, voll. Ende 2018 soll der See seinen endgültigen Pegelstand erreicht haben. Ein Seefest haben die Großräschener schon

gefeiert – auch ohne See. „Ich denke, Großräschen hat eine gute Zukunft“; sagt Omar al-Kassab. „Na ja, gute Zukunft. Meinste wegen der Uferpromenade, die wir jetzt haben?“, lacht Manfred. Früher gab es in Großräschen auch noch die Glas- und die Ziegelindustrie. Sämtliche Ziegler der DDR erhielten dort ihre Ausbildung. Seit der Wende ist das alles im Niedergang. Manfred arbeitete in einem Volkseigenen Betrieb, im VEB Gleichrichterwerk, gar nicht weit von der Calauer Straße 2 entfernt. Die dort hergestellten Gleichrichter kamen in Waschmaschinen und Motorrollern sowie in den sehr begehrten Antennenverstärkern und den ersten „Großraumcomputern“ der DDR zum Einsatz. Obwohl der Exportanteil 1988 noch bei dreißig Prozent lag, konnte auch dieser Betrieb dem Strukturwandel nicht standhalten. Im Jahr 1999 begann der Abriss. Dort, wo das Gleichrichterwerk stand, befinden sich heute ein Parkplatz und Mehrfamilienhäuser.

„Ist jetzt alles weg, kommt auch nicht mehr zurück. Ich war neun Monate arbeitslos, dann bin ich in Rente gegangen“, sagt Manfred. „Viele sind hier arbeitslos geworden. Aber die haben sich auch nicht gekümmert, und jetzt jammern sie rum, keen Geld, keen Geld, keen Geld.“

Bis zur Bundestagswahl sind es nur noch wenige Wochen. Es hängen viele Plakate von AfD und NPD im Ort und an der B96. Geht Manfred zur Wahl?

„Natürlich! Wenn ich nicht gehe, ist eine Stimme irgendwo weg. Bis jetzt war ich noch bei jeder Wahl.“

„Ich bin 33 Jahre alt und habe noch nie gewählt“, sagt Omar al-Kassab.

„Nee?“, fragt Manfred.

„In Syrien war jede Wahl eine Farce. Das Ergebnis stand immer schon vorher fest.“

„Bei uns in der DDR auch“, sagt Manfred. „Um Gottes willen, bloß nicht die Zeit zurückdrehen. Sonst könnte der Omar ja gar nicht hier sein, die DDR hätte ihn nicht reingelassen.“

„Ich habe viel über die DDR gelesen“, sagt al-Kassab.

„Ach ja?“ Wieder schaut Manfred den jungen Syrer überrascht an.

„Ja, die DDR muss schlimm gewesen sein. Aber bei uns in Syrien ist es noch viel schlimmer.“ Und dann entspinnt sich ein Gespräch

zwischen dem Brandenburger und dem Syrer, dem Alteingesessenen und dem Zugezogenen, bei dem die beiden feststellen, dass sie viel mehr verbindet, als sie geahnt haben.

Omar al-Kassab wurde 1984 geboren. Die Baath-Partei, deren Parole „Einheit, Freiheit und Sozialismus“ lautete, gab es da schon seit Jahrzehnten. In Syrien war sie ein Bestätigungsinstrument der Assads. Neben ihr war keine andere Partei erlaubt. Baschar al-Assad, dem Parteivorsitzenden, war Ehre zu erweisen. Überall in Syrien hingen Bilder von ihm, an Wänden in Basaren, Büros, Schulen, Krankenhäusern. „Man begegnete überall seinem Blick“, sagt al-Kassab. „Und in Brandenburg gab es bis zur Wende überall Honecker-Porträts“, sagt Manfred. „Wer in Syrien bis 2012 Karriere machen wollte, trat in die Baath-Partei ein.“ „Bei uns musste man zur SED“, brummt Manfred.

Ähnlich wie in der DDR, wo diese Rolle die Stasi übernahm, sollen Geheimdienste und Nachrichtendienste den syrischen Staat bis heute vor Rebellion und Umsturzversuchen schützen: durch Überwachung der Bevölkerung und das Ausschalten von „Feinden“ – und als „Feind“ gilt jeder, der anders denkt als das Regime.

„Die Grausamkeit der Geheimdienste ist unvorstellbar. Sogar Kinder werden gefoltert. Ich nenne sie nur Todesfabriken“, sagt Omar al-Kassab.

Heute weiß man, dass das syrische Geheimdienstnetz mit Unterstützung aus der DDR ausgebaut wurde. Das geht aus Dokumenten des Ministeriums für Staatssicherheit, speziell der Abteilung X für „Internationale Beziehungen“, hervor. Syrien erkannte 1969, als eines der ersten arabischen Länder, die DDR offiziell an. Daraus erwuchs eine Zusammenarbeit, die auch die Rüstungsindustrie betraf. Das syrische Regime kaufte der DDR Waffen ab: Vor dem Massaker in Hama im Februar 1982 bestellte es dreißig Millionen Schuss in Ostberlin. Acht Wochen vor dem Mauerfall trafen die beiden Geheimdienste sich zum letzten Mal.

„So extrem wie in Syrien hat der Geheimdienst nicht bei uns gewütet“, sagt Manfred. „Aber schlimm war die Stasi trotzdem. Vor der haben alle strammgestanden.“ Er war in der Birthler-Behörde, um Einblick in seine Stasi-Akte zu nehmen. Der einzige Vermerk erzählte von seiner Mitgliedschaft in der Betriebskampfgruppe des Gleichrichterwerks. In fast allen Betrieben der DDR organisierten sich die Be-

schäftigten in solchen paramilitärischen Einheiten, die die Herrschaft des Proletariats auch militärisch manifestieren sollten. Mehrmals im Jahr musste Manfred an Wochenenden ins Trainingslager. „Wer da nicht mitgemacht hat, hatte keine Chance im Betrieb. Also bin ich rein. Und ich muss sagen, es hat mir richtig Spaß gemacht.“

„Was ist das, die BIRTHLER-Behörde?“, fragt Omar al-Kassab. Manfred erklärt: Geheimdienstunterlagen, Bespitzelungsprotokolle, kilometerlange Aktenregale. „Über alle Einwohner der DDR?“ „Über alle, die bespitzelt worden sind.“ „Ich würde meine Akte sehen wollen“, sagt der Syrer.

Als die al-Kassabs nach Großbräschen zogen, gehörte Manfred zu den wenigen Nachbarn, die nichts dabei fanden, das Treppenhaus fortan mit Syrern zu teilen. „Wieso auch nicht?“, sagt er. „Wenn ich zu DDR-Zeiten nach Westdeutschland hätte gehen können, hätte ich das auch getan. Und wenn ich jetzt in Syrien wäre, würde auch ich flüchten. Es gibt Klugscheißer, die sagen: Gebt den Syrer in Deutschland eine Waffe und schickt sie zurück, damit sie für ihr Land kämpfen. Ich sag dann immer: Würdest denn du das jetzt machen, wenn du Syrer wärst?“

In der DDR verlief die Revolution friedlich. In Syrien nicht. Auch Diktatoren können lernen. Der staatlich befehligte Einsatz von Soldaten, Panzern und der Luftwaffe gegen die Demonstranten wurde zum Fanal des Bürgerkriegs. Auch in der DDR hätte die Revolution blutig enden können. Fast dreißig Jahre später haben viele Menschen das womöglich vergessen. Viele der heutigen Einwohner von Großbräschen seien nach 1945 als Geflüchtete in den Ort gekommen, erzählt Manfred. Aus Polen, aus Ostpreußen. Auch daran erinnere man sich kaum. „In Syrien gab es immer Flüchtlinge“, sagt al-Kassab. „Aus Armenien, der Türkei, Palästina, aus Dagestan, dem Irak. In Homs kannte ich viele Iraker. Tolle Leute. Ein Mechaniker von mir kam aus Bagdad. Er ist nach Jordanien geflüchtet, gerade ist er auf dem Weg in die Türkei. Er dachte, er hätte in Syrien ein neues Zuhause gefunden. Er hatte sich in Homs ein Haus gekauft.“

„Haben wir bei uns im Block jemanden aus dem Irak?“, fragt Manfred.

„Nein.“

„Alles Syrer?“

„Ja, Syrer und eine iranische Familie.“

„Iraner?“

„Ja, der iranischen Familie gehört das Auto vorne rechts.“

„Wenn meine Kinder hier draußen spielen, bin ich unbesorgt“

Im Integrationscafé von Seelow und warum manche Tschetscheninnen sich stark verschleiern und andere nicht

Von Großbräschen aus geht es in nordöstlicher Richtung weiter nach Seelow, wo man am Stadtrand von der „Gedenkstätte Seelower Höhen“ empfangen wird. Stolz und heroisch blickt dort die Monumentalplastik eines russischen Soldaten in die Ferne. In der einen Hand hält der Bronzekrieger eine Maschinenpistole, die andere ruht auf dem Turm eines zerstörten deutschen Panzers. Das Denkmal wurde im Jahr 1945 von den russischen Bildhauern Lew Kerbel und Wladimir Zigal erschaffen, um der russischen Soldaten zu gedenken, die im Kampf um die Seelower Höhen getötet wurden. Am Fuß des Denkmals reihen sich 66 Gräber von Angehörigen der Roten Armee. Die Schlacht tobte vom 16. bis zum 19. April 1945 und wird als eine der blutigsten des Zweiten Weltkriegs beschrieben. Mehr als 30.000 sowjetische Soldaten sollen dabei ihr Leben verloren haben, die Anzahl der getöteten Deutschen wird auf mindestens dreimal so hoch geschätzt. Bei den Seelower Höhen gelang es dem russischen Marschall Schukow, die Verteidigungslinie der Wehrmacht zu durchbrechen. Sechs Tage später erreichte die Rote Armee den Stadtrand von Berlin.

Seelow selbst wurde während der Kämpfe fast dem Erdboden gleichgemacht. Die Häuser, die nach der Schlacht noch standen, wurden geplündert oder durch Brände zerstört. Die älteren Bewohner erzählen noch heute vom Schrecken dieser Tage. Doch nicht nur die Kriegsgräuel von damals sind immer wieder Thema in der Stadt. Sie zählt 5.366 Einwohner (Stand 2014) und hat in den vergangenen Jahren etwa 100 Geflüchtete aufgenommen. Fast alle von ihnen sind Muslime aus Syrien oder der Russischen Föderation, für die Unterdrückung und Gewalt noch bis vor Kurzem trauriger Alltag waren.

Marion Nowack kennt die traumatischen Erlebnisse vor allem aus den Erzählungen von Frauen. Die Siebzigjährige ist die Vorsitzende vom „Integrationsverein Seelow e. V.“, einer Initiative, die vor gut zehn Jahren mit einem Projekt für sogenannte Spätaussiedler ihren Anfang nahm. Etwa 2,3 Millionen Russlanddeutsche kamen ab Mitte der Achtzigerjahre aus der zerfallenden Sowjetunion in die Bundesrepublik. Nach dem Fall der Mauer fanden sie auch in den neuen Bundesländern eine neue Heimat. Brandenburg nahm in den Jahren 1991 bis 2005 insgesamt 55.440 Spätaussiedler auf. Etwa 120 von ihnen zogen nach Seelow. Die Stadt startete ein Integrationsprojekt, um den Zugezogenen das Einleben zu erleichtern. Als es auslief, gründeten engagierte Bürger im Jahr 2009 den Integrationsverein. Sein Ziel ist, besonders Frauen, die aus ihrer Heimat fliehen mussten, zu unterstützen. Die Vereinsmitglieder helfen bei Anträgen und Behördengängen und laden jeden Dienstag von 13.30 bis 15 Uhr zu einem Integrationscafé für Frauen ein. Das Treffen bei Kaffee und selbst gebackenem Kuchen wird gut angenommen. Unter den Stammgästen sind vor allem ehemalige Spätaussiedlerinnen. Die in Seelow lebenden Syrerinnen hingegen scheuen wegen ihrer noch mangelhaften Deutschkenntnisse den Besuch. Dafür nehmen einige Tschetscheninnen regelmäßig an der Frauenrunde teil. Ihr Deutsch ist zwar kaum besser, dafür können sie sich aber auf Russisch mit den Spätaussiedlerinnen und Marion Nowack unterhalten. Die Vereinsvorsitzende ist in der DDR zur Schule gegangen und hat so die Sprache gelernt.

Anfangs hatte sie darauf bestanden, dass im Integrationscafé nur Deutsch gesprochen wird. Mittlerweile ist ihr wichtiger, dass es überhaupt zu einem Austausch kommt: Nur so gehe es schließlich voran. Kommen Sie doch einfach mal an einem Dienstagnachmittag vorbei, hatte Marion Nowack bei meinem Anruf gesagt. Dann nannte sie mir eine Adresse in Seelow.

Die Ernst-Thälmann-Straße, in der das Integrationscafé liegt, ist schnell gefunden. Doch wo ist nun die richtige Hausnummer? Ausgeschildert ist das Café nicht. Auf der Straßenseite, auf der es liegen müsste, sitzt ein Mann in einem geparkten Auto und hört Radio. Er hat einen schwarzen Bart und trägt ein Häkelkäppi, wie es vor allem unter strenggläubigen Muslimen üblich ist. Vielleicht wartet er auf

seine Frau, die gerade das Integrationscafé besucht? Die Vermutung erweist sich als richtig. Freundlich und in etwas holprigem Deutsch weist der Tschetschene mir den Weg.

Die Frauen sitzen an einer langen Tafel. Lachen und Gesprächsfetzen fliegen durch die Luft. Gut zwanzig haben sich an diesem Nachmittag eingefunden. Die meisten von ihnen sind ehemalige Spätaussiedlerinnen und wirken mindestens genauso resolut wie Marion Nowack. Die Vereinsvorsitzende trägt eine eckige Brille, hat kurzes kastanienrotes Haar und sieht viel jünger aus, als sie ist. Die fünf Tschetscheninnen sind zwischen Mitte zwanzig und Anfang vierzig. Man sieht sofort, sie legen den Islam sehr unterschiedlich aus: Zwei von ihnen haben ihre langen Haare nur lose mit einem bunten Tuch bedeckt. Das religiöse Kleidungsstück wirkt so eher wie ein modisches Accessoire. Die anderen drei tragen schwarze Hidschabs, die nur ihre Gesichter frei lassen. Dazu haben sie schwarze, bodenlange Abayas mit weiten Ärmeln an. Dieses traditionelle islamische Gewand wird vor allem von sehr konservativen Musliminnen getragen. In Jemen und Saudi-Arabien ist in der Öffentlichkeit das Tragen einer Abaya für Frauen Pflicht.

Olga Roschaow, die einzige Mitarbeiterin von Marion Nowack, bietet an, aus dem Russischen zu übersetzen. Die Tschetscheninnen leben zwar seit vier Jahren in Deutschland, doch jede von ihnen ist Mutter; von vier Kindern, von fünf Kindern, von sechs Kindern. Zum Deutschlernen bleibt ihnen da keine Zeit.

Sie stammen aus einer Region im Nordkaukasus, aus der die Menschen seit Jahren fliehen. In Tschetschenien, einer autonomen Teilrepublik der Russischen Föderation, wütet ein Konflikt, der immer wieder blutig und begleitet von extremen Menschenrechtsverletzungen ausgetragen wird. Ramsan Kadyrow, dem von Wladimir Putin eingesetzten Präsident, genügt ein kritisches Wort, und er lässt illegal töten, foltern und lässt Menschen verschwinden. Die islamistischen Kämpfer des Emirats Kaukasus drohen wiederum jedem Tschetschenen mit dem Tod, der sich der Autorität Kadyrows oder den Gesetzen der Russischen Föderation beugt. Es existieren keine rechtsstaatlichen Verhältnisse, sondern drei Rechtsvorstellungen, die miteinander konkurrieren: Präsident Kadyrow erlässt religiös inspirierte Verordnungen, Salafisten spielen sich zu selbst ernannten Moralwächtern auf,

und Moskau pocht auf die Einhaltung der säkularen Verfassungsordnung der Russischen Föderation.

Im Jahr 2000, kurz nach Beginn des Zweiten Tschetschenienkriegs (1999–2009), stellten 1000 Tschetschenen in Deutschland einen Asylantrag. Im Jahr 2001 waren es doppelt so viele. Danach ging die Anzahl der Asylsuchenden zurück. Seit 2015 steigt sie wieder. Der „Bericht zu aktuellen Daten, Fakten und Entwicklungen zu Migration und Integration im Land Brandenburg 2016“ stellt fest, dass Ende Dezember 2015 die Russische Föderation neben Syrien und Afghanistan eines der Hauptherkunftsländer von Migranten war. Das hat sich seitdem kaum geändert. Noch immer reisen viele Tschetschenen nach Brandenburg ein, die meisten von ihnen kommen über die deutsch-polnische Grenze. Bis Ende Dezember 2015 waren in Brandenburg 2936 russische Staatsbürger wohnhaft. Anfang August 2018 waren es 9703, stellt der Bericht „Daten und Grafiken: Menschen mit Migrationshintergrund, ausländischen Bevölkerungen / Flüchtlingen / Asylsuchenden“ von Juli 2018 fest. Davon waren 4200 Männer.

In Deutschland begegnet man Tschetschenen oftmals mit Misstrauen. Marion Nowack erzählt von einem Anruf, den sie kürzlich von einem Journalisten erhalten hat. Er wollte nach Seelow kommen und einen Fernsehbeitrag über tschetschenische Geflüchtete drehen. „So wie er mir das Projekt schilderte, war klar, welchen Tenor das Ganze haben würde. Geschichten über böse Tschetschenen habe ich aber nicht zu bieten“, sagt Marion Nowack. Dass es Vorbehalte gebe, verstehe sie allerdings. In den vergangenen Jahren hat es mehrere Gewaltverbrechen in Brandenburg gegeben, an denen Tschetschenen beteiligt waren. In Brandenburgs Erstaufnahmeeinrichtungen gelten tschetschenische Männer als besonders gewaltbereit. Bestimmte Vorstellungen von Ehre und Männlichkeit sind von zentraler Bedeutung in der patriarchalischen tschetschenischen Gesellschaft. Gepaart mit kriegsbedingten Traumatisierungen, kann daraus eine explosive Mischung resultieren.

Aus der Forschung ist bekannt, dass Migration Verbundenheitsgefühle zur Familie und zum Clan in der Regel nicht abschwächt. Sie bestehen im Ausland fort. Das Verhalten vieler Tschetschenen scheint das zu bestätigen: Wird beispielsweise ein Tschetschene in einer Asylunterkunft zum Opfer von Ungerechtigkeit oder Gewalt,

dann kommt es vor, dass von außen eine Gruppe von Tschetschenen anreist, um Rache zu nehmen. Es heißt, Tschetschenen klärten Probleme in der Regel unter sich. Sie hatten jahrhundertlang keinen eigenen Staat und kennen somit auch keinen Rechtsstaat in unserem Sinn.

Ein weiterer Grund, warum die Behörden tschetschenische Migranten als besonders schwierige Gruppe ansehen, ist die Ausbreitung des radikalen Islams in Tschetschenien. Tschetschenische Fundamentalisten agieren mittlerweile auch in Deutschland. Zwar machen tschetschenische Gefährder nur eine sehr kleine Gruppe aus. Aber jeder Gefährder ist für sich genommen so gefährlich, dass er großen Schaden anrichten könnte.

Um zu verstehen, welchen Stellenwert der Islam in Tschetschenien hat und wie der tschetschenische Islamismus entstehen konnte, lohnt ein Blick zurück. Bevor der Islam im Nordkaukasus Einzug hielt, galt dort „Adat“, das jahrtausendealte, patriarchalisch ausgerichtete Gewohnheitsrecht. Im Zuge der Islamisierung ging es eine Symbiose ein mit der neuen Religion. Die Folge war ein spezifischer, von lokalen Bräuchen geprägter Volksislam, in dem „Adat“ jedoch bis heute mehr Geltung besitzt als die Scharia.

Als Katharina II. Ende des 18. Jahrhunderts die Gebiete am Mittellauf des Terek militärisch unterwarf, hatte Russland nur nebulöse Vorstellungen, was für Menschen dort lebten. Russische Wissenschaftler hatten die nordkaukasischen Bergstämme bis dato kaum erforscht. Man stützte sich vor allem auf die Beobachtungen deutschsprachiger Forscher. Die Deutschen interessierte wenig, dass viele Tschetschenen Muslime geworden waren und wie sie den Islam lebten. Für sie waren die Tschetschenen ein wildes Bergvolk mit einer Vorliebe für Gewalt. Wie der Historiker und Islamismus-Experte Christian Osthold zeigen konnte, waren die einseitigen deutschen Beobachtungen fortan die Brille, durch die auch Russland die Tschetschenen wahrnahm.

Im Jahr 1785 rebellierten die Tschetschenen erstmals gegen die russische Herrschaft. Ein Mann namens Utscherman, genannt „Imam Mansur“, stachelte die Menschen mit religiösen Appellen auf. Vom Islam verstand der selbst ernannte Imam wenig. Er war Analphabet

und konnte nicht einmal den Koran lesen. Der Bevölkerung ging es kaum anders, also folgte sie dem Imam. Nach einem Jahr wurde der Aufstand niedergeschlagen. Die zaristischen Behörden erkannten nicht – oder wollten nicht erkennen –, dass der Aufstand eine Folge ihrer repressiven Kolonialpolitik und nicht von religiösem Extremismus gewesen war. Sie waren nun überzeugt, die Tschetschenen seien nicht nur Kriminelle, sondern auch religiöse Fanatiker.

Dieses Stigma blieb in den folgenden Jahrhunderten an ihnen haften. Die Anführer späterer Widerstandsbewegungen verstärkten es noch, da sie das Erfolgsrezept von Imam Mansur kopierten, die Menschen durch religiöse Propaganda zu mobilisieren.

In den Dschihad gegen Russland zogen die Tschetschenen 1840. Auf die Idee gebracht hatte sie Imam Schamil aus Dagestan, der dem Sufi-Orden „Naqšbandīja-Ḥalīdījja“ angehörte. Die Bruderschaft war der Ursprung der Bewegung der Muriden, die den militärischen Kampf gegen Russland als legitimes Mittel zur Erneuerung des islamischen Gesetzes erachteten. Es ist umstritten, ob Imam Schamil die Tschetschenen von seiner islamischen Agenda überzeugte oder ob sie unter seinem Banner kämpften, weil er ihnen als der geeignete Anführer erschien. Nachdem der Imam 1859 in Gefangenschaft geraten war, kehrten die Tschetschenen jedenfalls massenhaft zum Volksislam zurück.

In der Sowjetunion setzte sich der Konflikt fort. Lenins Versprechen, den kaukasischen Bergstämmen das Recht auf Selbstbestimmung zuzugestehen, wurde nicht eingelöst. Die Tschetschenen wurden 1944 unter Stalin nach Zentralasien deportiert. Sie kehrten 1956 als Bürger zweiter Klasse zurück. Der Krenl sah im Islam weiterhin eine Bedrohung, die Religion konnte deshalb nur im Privaten gelebt werden. Erst Gorbatschows Perestroika führte zu seiner Renaissance. Im Nordkaukasus entstanden zahlreiche islamische Organisationen, die bald ein politisches Mitspracherecht forderten. Hatte es zu Beginn der Achtzigerjahre in der gesamten UdSSR nur etwa 1.300 Moscheen gegeben, eröffneten allein in Tschetschenien in den Jahren 1989 bis 1991 zwei islamische Universitäten und 211 Moscheen. Den Gemeinden und Einrichtungen fehlte es allerdings an gut ausgebildetem Personal. Tausende Nordkaukasier reisten deshalb nach Ägypten, Jemen, Algerien, Kuwait oder Saudi-Arabien, um den Islam zu studieren.

Sie kamen dort mit dem ultraorthodoxen Wahhabismus und dem Salafismus in Kontakt, was weitreichende Folgen hatte.

Der Wahhabismus und der Salafismus sind zwei fundamentalistische Strömung innerhalb des sunnitischen Islams. Die Bewegung der Salafiyya, der Vorläufer für das, was heute gemeinhin unter Salafismus verstanden wird, entstand Ende des 19. Jahrhunderts im geografischen Raum des zerfallenden Osmanischen Reichs. Ihre Gründer hatten sich von der wahhabitischen Bewegung inspirieren lassen, die schon seit dem 18. Jahrhundert auf der Arabischen Halbinsel bestand. Bis heute gibt es einige Gemeinsamkeiten zwischen Wahhabiten und Salafisten. Ihre Weltsicht ist gleichermaßen rückwärtsgerichtet, streng und kompromisslos. Beide legen den Koran und die Überlieferungen über das Leben des Propheten wortwörtlich aus und sind davon überzeugt, ganz allein im Besitz der religiösen Wahrheit zu sein. Muslime, die einer anderen religiösen Richtung angehören, und Andersgläubige gelten als Feinde.

Der Wahhabismus war zunächst eine innerislamische Reformbewegung mit dem Ziel, die Glaubenslehre zu reinigen. Ihr Begründer, Mohammed ibn Abd al-Wahhab (1703–1792), wandte sich mit seinen Ideen gegen die verbreitete Volksfrömmigkeit. Der Stammesführer Mohammed bn Saud fand an den Ideen des Gelehrten Gefallen. Er nutzte sie als Argument für blutige Expansionszüge, ähnlich wie später der sogenannte Islamische Staat. Ibn Sauds stillschweigender Schulterschluss mit al-Wahhab hat bis heute Bestand. Seine Nachfahren machten den Wahhabismus nach der Gründung von Saudi-Arabien im Jahr 1932 zur Staatsdoktrin. Bis heute sorgt das saudische Königshaus für den politischen Rahmen, in dem die Wahhabiya ihre Ideen und Ideale entfalten können. Im Gegenzug geben die Wahhabiya dem Handeln der Herrschaftsdynastie eine religiöse Legitimation.

Auch die Gründungsväter der Salafiyya sahen einen schleichenden Abfall von den Inhalten der Religion. Sie verlangten, man müsse zum Urislam zurückfinden, wie er ihrer Ansicht nach von den ersten drei Generationen des Islams, den „rechtschaffenen Altvorderen“, den Salaf, praktiziert worden war. Ihre Ideen wurden zum geistigen Ursprung für verschiedene Erneuerungsbewegungen, die sich Mitte des 20. Jahrhunderts als Salafismus formierten.

Er ist eine dynamische Bewegung mit diversen Strömungen, die sich teilweise erbittert bekämpfen. Die „puristischen Salafisten“ lehnen politischen Aktivismus und Gewalt ab, die Gläubigen sollen sich nur mit rein religiösen Fragen beschäftigen. Deutsche Anhänger dieser Richtung scheuen sich nicht, politisch aktive Salafisten im Internet zu kritisieren, und beziehen deutlich Stellung gegen den islamistischen Terror.

Anders verhält es sich mit dem politischen Salafismus. Er hat mindestens zwei Hauptflügel, die Übergänge sind fließend. Der missionarische Flügel predigt keine Gewalt, distanziert sich aber auch nicht von ihr. Der zweite Flügel übt keine Gewalt aus, äußert aber Sympathien für dschihadistische Kämpfer. Oftmals handelt es sich dabei um Salafisten, denen Reden nicht mehr genügt und die Gewalt als legitimes Mittel erachten, um die Gesellschaft umzubauen. Denn darum geht es dem politischen Salafismus: Er will in letzter Konsequenz einen islamischen „Gottesstaat“ errichten.

So sah das geistige Gepäck aus, mit dem die tschetschenischen Reisenden von ihren Aufenthalten in Nordafrika und der Arabischen Halbinsel zurückkehrten. Den in Tschetschenien gelebten Sufismus und Volksislam lehnten sie fortan als Häresie ab.

Im Jahr 1990 traten die Tschetschenen aus der Sowjetunion aus und proklamierten die Tschetschenische Republik Itschkerien. Sie wurde international nie anerkannt. Eine Tschetschenisierung der Bevölkerung wurde in Gang gesetzt, und nationalistische Tendenzen wurden geschürt. Der russische Präsident Jelzin erteilte im Dezember 1994 den Befehl zur militärischen Intervention. Mindestens 80.000 Menschen wurden während dieses Ersten Tschetschenienkriegs, der bis 1996 dauerte, getötet. Der überwiegende Teil aller Städte und Dörfer wurde zerstört und die Gesellschaft aus ihren sozialen Angeln gehoben. Der Konflikt begründete den islamischen Fundamentalismus in Tschetschenien nicht, bereitete ihm aber den Nährboden. Schon während der Kampfhandlungen hatten einzelne Widerstandsgruppen Allianzen mit wahhabitischen und salafistischen Zirkeln geschmiedet. Sie wollten sich gemeinsam die Unabhängigkeit von Moskau erkämpfen und danach eine islamische Republik gründen.

Im September 1999 kam es in Moskau und den Provinzstädten Wolgodonsk und Bunajksk zu einer Reihe von Bombenattentaten.

Die russischen Ermittler schrieben sie tschetschenischen Separatisten zu und schürten die Angst vor einer islamistischen Bedrohung. Es dauerte nicht lange, und russische Truppen marschierten nach Tschetschenien ein, der Zweite Tschetschenienkrieg begann.

Aslan Maschadow, der dritte Präsident der Tschetschenischen Republik Itscherien, ging in den militanten Untergrund. Den Kampf gegen Moskau nannte er fortan Dschihad. Unter diesem Motto erfolgten 2002 die Geiselnahme im Moskauer Dubrowka-Theater und 2004 der Überfall auf die Grundschule von Beslan, bei dem insgesamt 186 Kinder getötet und etwa 800 verletzt wurden. Drei Jahre später, am 7. November 2007, proklamierten die tschetschenischen Untergrundkämpfer das Kaukasus-Emirat. Sie besiegelten damit einen Prozess, der gut zehn Jahre zuvor begonnen hatte. Eine nationale Widerstandsbewegung gegen die Herrschaft Russlands war nach und nach in einen Dschihad transformiert worden. Die im Westen oft geäußerte Befürchtung, die Islamisten könnten auch innerhalb der tschetschenischen Bevölkerung die Oberhand gewinnen, teilen tschetschenische Beobachter nicht. Die Mehrheit der Tschetschenen hänge nach wie vor dem Volksislam mit seinen gewohnheitsrechtlichen Elementen an und lehne das kaukasische Emirat ab. Um zu verhindern, dass sich Muslime aus sozialer Not dem Emirat anschließen, unterstützt der Kreml die von ihm eingesetzte tschetschenische Führung seit Jahren finanziell.

Auf dem Parkett des internationalen Dschihadismus hat sich das Kaukasus-Emirat schnell etabliert. Anders als der sogenannte Islamische Staat hat es niemals einen geografisch zusammenhängenden Raum kontrolliert. Es tritt als Untergrundorganisation auf, verfügt aber wie der IS über einen Scharia-Gerichtshof, einen Geheimdienst, über militärische Spezialeinheiten und eine Freiwilligen- und Märtyrerbrigade. Schätzungen sprechen von bis zu 5.000 Personen, die aktiv für das Emirat kämpfen sollen. Die Anzahl der heimlichen Unterstützer dürfte weitaus höher liegen.

Der IS verkündete 2014 seine Fusion mit dem Kaukasus-Emirat. Seitdem kämpfen Tschetschenen im Irak und in Syrien. Auch in Europa hat das Emirat Anhänger. Der Bundesnachrichtendienst ging 2015 von etwa 200 Personen aus, die in Deutschland mit der Rekrutierung von Mitgliedern sowie der Finanzierung der Terrororganisation beschäftigt sein sollen. Berlin gilt mittlerweile als eine Hochburg

der extremistischen Szene aus dem Kaukasus. Junge Tschetschenen schließen sich seit Jahren dem salafistischen Milieu an. Es kann, muss aber nicht, der Einstieg sein für junge Menschen in den sogenannten Islamischen Staat oder in das Kaukasus-Emirat. Alle islamistischen Attentäter der vergangenen Jahre entstammten der salafistischen Szene. Ende 2017 zählte der Verfassungsschutz 10.800 Salafisten in Deutschland, im Jahr zuvor waren es 9.700 gewesen. Die Behörden gehen davon aus, dass nur eine Minderheit davon gewaltbereit ist. Den meisten gehe es darum, ihre extremistische Ideologie zu verbreiten und Nicht-Muslime zu missionieren.

In Brandenburg sollen laut Bundesamt für Verfassungsschutz etwa hundert islamistische Extremisten leben. Da sich die Szene nicht auf einen bestimmten Wohnort oder eine bestimmte Moschee konzentrierte, sei sie schwer zu überwachen. Zudem wird befürchtet, dass tschetschenische IS-Kämpfer nach den militärischen Niederlagen des IS in Syrien und im Irak nach Deutschland flüchten könnten.

Die Tschetscheninnen an der Kaffeetafel von Marion Nowack sagen: „Unsere Familien haben nichts mit Extremismus zu tun. Wir lehnen terroristische Gewalt ab.“ Sie wissen, dass es in Deutschland Tschetschenen gibt, die radikale religiöse Ansichten vertreten. „Es ist schlimm, wenn daraus ein Generalverdacht wird“, sagt eine der schwarz verschleierten Frauen. Deutsche begegneten ihr oft mit Misstrauen. „Ich werde angestarrt und spüre, die Leute haben Angst vor mir. Wenn sie mich näher kennenlernen, merken sie, dass es keinen Grund dafür gibt.“ Deutsche Bekannte, fügt sie noch hinzu, hätte ihre Familie leider kaum. Um ihr Deutsch zu verbessern, bräuchte sie mehr Gelegenheiten zum Sprechen. Marion Nowack erzählt, wie sie mit den Frauen bei den Nachbarn klingelte, als die Familien aus der Gemeinschaftsunterkunft in eigene Wohnungen zogen. Sie stellte die neuen Hausbewohner vor. Es war ein wichtiger Schritt. Intensive Kontakte haben sich nicht daraus ergeben, man grüßt sich aber im Treppenhaus.

Die Frauen sagen, sie fühlten sich manchmal einsam. Ihnen fehlen ihre Familien. Familie bedeutet in Tschetschenien nicht nur Vater,

Mutter, Kind, sondern auch Onkel, Tanten, Cousins und Cousinen ersten, zweiten und dritten Grades. Traditionell sind die Tschetschenen in sogenannten Taips organisiert, vergleichbar mit einem Clan oder einem Stamm. Das Zusammengehörigkeitsgefühl ist immens, auch – oder gerade – bei denjenigen, die fern der Heimat leben.

Die Tschetscheninnen und deren Männer mussten sich nach ihrer Ankunft in Deutschland erst daran gewöhnen, dass hier der Aktionsradius von Frauen größer ist. In der Weltsicht eines traditionell denkenden Tschetschenen gehört eine Frau immer an die Seite eines Mannes. Entsprechend klein sind die Freiräume, die ein Tschetschene seiner Frau gewährt. Anfangs hätten ihre Männer sie nicht alleine einkaufen gehen lassen, erzählt eine der Tschetscheninnen. Auch sie selbst hätte sich zunächst nicht zugetraut, ohne Begleitung ihres Mannes zum Sprachkurs, zur Kita oder zum Arzt zu gehen. Beide waren der Ansicht, dass sich das nicht schicke. Anstatt allein zu gehen, blieben die Frauen lieber zu Hause. Für ehrenamtliche Unterstützerinnen wie Marion Nowack war es deshalb schwierig, die Frauen beim Ankommen in Seelow zu unterstützen. Es habe gedauert, ihr Vertrauen zu gewinnen, sagt Marion Nowack. Mittlerweile machen die Tschetscheninnen mit ihren Kindern sogar Ausflüge mit dem Zug nach Potsdam. Außerdem haben sie in Seelow Fahrradfahren gelernt.

Diskutieren die Frauen untereinander über die Formen ihrer Verschleierung? „Was das angeht, tolerieren wir unsere unterschiedlichen Ansichten. Jede muss selbst entscheiden, was für sie angemessen ist“, sagt eine der Hidschab-Trägerinnen nach kurzem Zögern. Haben sie schon in Tschetschenien Hidschab und Abaya getragen? Sie schütteln den Kopf. „Aber jetzt sind wir in ein Alter gekommen, in dem sich das schickt.“ Marion Nowack erklärt, in den ländlichen Regionen, aus denen die drei stammen, sei die strenge Verschleierung durchaus verbreitet. In Tschetscheniens Städten werde eher akzeptiert, wenn eine Frau ihr Haar nur nachlässig verhüllt.

Das mag stimmen, äußerer Druck muss aber nicht immer der einzige Grund sein, warum eine Tschetschenin beim Schleier in die Extreme geht.

Fest steht: Frauen in Tschetschenien müssen ihr Haar verhüllen. Diese Regel ist gesetzlich nicht verankert, sie wurde jedoch um das Jahr 2008 und im Zuge einer „Wertekampagne“ zur Pflicht erhoben.

Frauen, die sich weigerten, ein Kopftuch zu tragen, wurden damals von der Beschäftigung im öffentlichen Sektor ausgeschlossen. Dabei ist es bis heute geblieben. Mädchen und Frauen müssen in Schulen, Universitäten und an öffentlichen Orten wie Kino oder Theater ihr Haar bedecken. In Interviews hat Präsident Kadyrow gesagt, er betrachte Frauen als minderwertig. Es sei ihre Pflicht, dem Mann zu gehorchen. Eine Frau müsse ihren Körper verhüllen, damit sie Männer nicht zu Verstößen gegen die islamische Sittlichkeit verleite.

Hidschab und Abaya, die nur das Gesicht frei lassen, haben die tschetschenischen Behörden nicht verlangt. Frauen, die sich so kleiden, zeigen damit, dass sie Anhängerinnen des Salafismus oder Wahhabismus sind. Beide stehen im Widerspruch zum Sufismus, der traditionellen Form des Islams in Tschetschenien. Sehr oft, jedoch nicht immer, verbindet sich mit der strengen Verschleierung eine politische Aussage. In Tschetschenien führen Salafisten und Wahhabiten den militanten religiösen Widerstand gegen Kadyrow an. Frauen, die einen Ganzkörperschleier tragen, werden leicht verdächtigt, dem Widerstand anzugehören. Nachdem 2000 erstmals schwarz verschleierte tschetschenische Selbstmordattentäterinnen, sogenannte schwarzen Witwen, einen Terroranschlag verübt hatten, auf die weitere nach gleichem Muster folgten, begann die tschetschenische Polizei, derart gekleidete Frauen zu schikanieren.

Sind der Hidschab und die Abaya der Frauen an Marion Nowacks Kaffeetafel ein politisches Bekenntnis? Die Tschetscheninnen wirken unsicher, ob sie die Frage richtig verstanden haben. Dann schütteln sie den Kopf. „Nein, sie sind Ausdruck unseres Glaubens, der Prophet hat eine solche Verschleierung gewollt.“ Gut möglich auch, dass die strenge Verschleierung der Preis für ihren erweiterten Aktionsradius ist. Was bedeutet ihnen ihr Glaube? „Religion ist uns sehr wichtig, sie bedeutet uns alles.“

Aus Studien ist bekannt, dass die Hinwendung zur Religion, auch eine äußerlich sichtbare Hinwendung, bei der Bewältigung von biografischen Krisen eine wichtige Rolle spielen kann. Religion eignet sich besonders gut, um katastrophale Ereignisse wie Krieg, Verfolgung und Flucht zu verarbeiten. Sie stellt Deutungsangebote zur Verfügung, mittels derer ihnen ein Sinn abgewonnen werden kann. Religion kann dabei helfen, negative Erfahrungen zu integrieren,

erleichtert deren Interpretation und liefert Antworten auf Fragen wie etwa jene, welchen Sinn das Leiden hat und ob es Gerechtigkeit gibt.

Abgesehen von ihrer Verschleierung leben die fünf Frauen ihren Glauben, indem sie die islamischen Essensvorschriften befolgen, während des Ramadans fasten und, wenn es ihre Zeit zulässt, fünfmal am Tag beten. In Tschetschenien seien sie manchmal in eine Moschee gegangen. In Seelow gibt es keine Moschee. Ihre Ehemänner fahren, so oft es geht, am Freitagmittag nach Berlin, um in einer türkischen Moschee dem Freitagsgebet beizuwohnen. Sprechen sie denn Türkisch? Die Frauen schütteln den Kopf. Die Männer haben die Moschee ausgewählt, weil sie mit der S-Bahn gut zu erreichen ist. Sie können nicht verstehen, ob der Imam zu Integration, Dialog und Frieden aufruft oder zu sozialer und kultureller Abschottung und zur Konfrontation mit Andersdenkenden.

Das kann gut sein, oder auch nicht. Die fehlenden Sprachkenntnisse können die Männer davor schützen, unter falschen Einfluss zu geraten. Aus regelmäßigen Moscheebesuchen ergeben sich aber immer persönliche Beziehungen mit anderen Gläubigen. Mit Männern also, die unter Umständen sehr wohl verstehen, was der Imam sagt, es vielleicht gutheißen und die Moschee deshalb immer wieder aufsuchen. Persönliche Kontakte können bei der Integration helfen, genauso können sie der Schlüssel sein, um jemanden zu radikalisieren. Auch die Männer hätten sich verändert, seitdem sie in Deutschland sind, sagt Marion Nowack. „Als sie mit ihren Familien in Seelow ankamen, waren sie mehr oder weniger glatt rasiert und hatten Jeans und T-Shirt an.“ Jetzt tragen sie Bärte und Beinkleider wie Salafisten.

Haben die Frauen manchmal das Gefühl, dass ihre Männer sich zu intensiv mit der Religion beschäftigen? Die Frauen schütteln den Kopf. Eine von ihnen kichert: „Ich finde das eher gut.“ Sie deutet an, sie sei ganz froh, wenn sie freitags für einige Stunden ihre Ruhe habe. Das Miteinander mit ihrem Mann sei nämlich nicht einfach. Große Pläne habe er gehabt, als sie nach Deutschland kamen. Deutsch habe er lernen wollen und arbeiten, um die Familie zu ernähren. Aber er darf nicht arbeiten „und hängt nur zu Hause rum“.

Die Frauen und ihre Familien sind nur geduldet, theoretisch dürfen sie dennoch in Deutschland arbeiten. Als Geduldeter bekommt man nur dann keine Arbeitserlaubnis, wenn man aus einem der soge-

nannten sicheren Herkunftsstaaten kommt, zu denen die Russische Föderation nicht zählt. Es hängt viel vom persönlichen Ermessen der zuständigen Landräte ab. Der Landkreis Märkisch-Oderland, in dem Seelow liegt, gilt als äußerst schwierig. Manche Seelower sagen, der Landrat sei nur zugänglich, wenn es um die Belange von geflüchteten Kindern gehe. Sicher ist, dass es bei Migranten zu verheerenden psychischen Folgen kommen kann, wenn man sie über einen längeren Zeitraum zum Nichtstun zwingt.

Es ist ein Teufelskreis: Wer nicht arbeitet, kommt nur wenig mit der deutschen Sprache in Kontakt und kann sein Deutsch kaum verbessern. Doch wer nicht Deutsch spricht, kann sich nicht integrieren. Er wird immer das Gefühl haben, nicht dazuzugehören, was weitere Probleme schafft. Hinzu kommt das verletzte Ehrgefühl. In Tschetschenien ist ein Mann, der seine Familie nicht ernähren kann, kein richtiger Mann. Einer der Ehemänner der Tschetscheninnen war psychisch irgendwann so am Ende, dass er sich in psychologische Behandlung begeben musste. Es wäre naheliegend, in einer solchen Situation Halt und Trost in der Religion zu suchen. Oder man fängt an, die Aufnahmegesellschaft zu verteufeln und sich zu radikalieren. Dass das unter solchen Bedingungen passieren kann, haben die Biografien von islamistischen Extremisten gezeigt.

Eine der beiden Tschetscheninnen, die ihr Haar nur locker verhüllt haben, heißt Taos. Sie ist als alleinerziehende Mutter von vier Kindern nach Deutschland gekommen. Auch sie würde gerne arbeiten. „Wir sind keine aggressiven Muslime“, sagt sie. „Wir wollen Deutsch lernen und unsere Kinder großziehen.“ Taos Bruder arbeitet in Tschetschenien als Leibwächter im Dunstkreis von Präsident Kadyrow. Für Taos hat das verhängnisvolle Folgen: In Tschetschenien gilt das Prinzip der Blutrache. Die Angehörigen von Kadyrows Opfern wollen an Taos Rache nehmen, da an sie leichter heranzukommen ist. Bevor sie aus Tschetschenien flüchtete, wären beinahe ihre Kinder gekidnappt worden, und ihr Mann starb unter ungeklärten Umständen. Wäre sie in Tschetschenien geblieben, wären sie und ihre Kinder sicherlich längst tot. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat ihren Asylantrag dennoch abgelehnt. Taos ist derzeit nur geduldet und wird wahrscheinlich bald abgeschoben werden. „Ich würde gern in Seelow bleiben. Es ist eine ruhige und schöne Stadt, in

der ich mir keine Sorgen machen muss, wenn meine Kinder alleine draußen spielen“, sagt sie.

Die Tradition in Tschetschenien will, dass Eltern ihre Kinder ab dem siebten Lebensjahr in die islamischen Gebete und Riten einweisen. Das klappt in der Regel gut, tiefergehendes Wissen über die Religion können die Eltern in der Regel aber nicht vermitteln, da ihnen selbst die religiöse Bildung fehlt. „Ich versuche, den Kindern Arabisch beizubringen. Aber richtig gut klappt das nicht. Was ich über die Religion weiß, habe ich von meiner Mutter und meinem Vater gelernt. Das erzähle ich meinen Kindern“, sagt Taos. Und was ist das? „Die Regeln des Islams, was man machen darf und was nicht.“

In Brandenburg wird kein islamischer Religionsunterricht für Kinder angeboten. Im März 2008 hat die Islamkonferenz die flächendeckende Einführung des bekenntnisorientierten islamischen Religionsunterrichts an Schulen beschlossen. In sechs Bundesländern wird das Fach mittlerweile unterrichtet. Brandenburg berücksichtigt den Islam jedoch nur im Fach Lebensgestaltung-Ethik-Religionskunde. Dabei hat es viele Vorteile, wenn muslimischen Kindern ein solides Wissen ihrer Religion vermittelt wird. Studien haben einen „religiösen Analphabetismus“ unter heranwachsenden Muslimen festgestellt. Als Kinder von Muslimen, deren Leben von Migration und Krise geprägt war, fehlt ihnen die Verankerung in der Religion. Diese Krise der Religion wäre vielleicht nicht weiter von Belang, würden sich nicht trotzdem viele junge Muslime stark über den Islam identifizieren, bedingt durch gesellschaftliche Zuschreibungen oder das Gefühl, in Deutschland fremd zu sein. Die jungen Männer und Frauen sagen: Ich bin Muslim, der Islam ist Teil meiner Identität, ich bin stolz darauf. Aber sie wissen nicht, was der Islam bedeutet. Ihnen fehlt das Wissen, die Tradition. Von den Eltern bekommen sie keine Antworten, weil es ihnen oftmals ähnlich geht. Also versuchen sie, auf eigene Faust etwas über ihre Religion herauszufinden, beispielsweise im Internet. Dort gibt es einen Wildwuchs an extremistischen Webseiten, durch deren Lektüre die Heranwachsenden schnell in falsche Kreise abrutschen können. Vor allem bei den gewaltaffinen Salafisten fällt auf, dass ihre theologischen Kenntnisse oft gegen null tendieren.

Doch nicht nur der Extremismus ist eine Gefahr. Auch Angebote, die nur in muslimischer Tradition wurzeln und mit verkrusteten Ge-

schlechtere Vorstellungen und dem Ehrbegriff hantieren, können sie in die falsche Richtung führen. Junge Muslime müssen an die Hand genommen werden, damit das nicht geschieht.

Die ehemaligen Spätaussiedlerinnen haben aufmerksam zugehört. Über den Islam sprechen sie normalerweise nicht mit den Tschetscheninnen. Nur einmal, da habe eine der Frauen in einer Art Kurzreferat etwas über den Koran erzählt. Kontakt mit Musliminnen habe sie zum ersten Mal im Integrationscafé gehabt, sagt eine. Was würde denn passieren, wenn es in Seelow plötzlich eine Moschee gäbe? „Nichts Schlimmes. Es wäre ungewöhnlich, aber es war auch ungewöhnlich für uns, auf einmal schwarz verschleierte Frauen zu sehen“, sagt sie und lächelt den Tschetscheninnen freundlich zu. „Ich denke, wir würden uns recht schnell daran gewöhnen.“ Eine der schwarz verschleierten Frauen erhebt sich, nickt zum Abschied in die Runde und sagt, sie müsse jetzt gehen, ihre Kinder abholen. Außerdem warte unten im Auto ihr Mann. Sie zieht ihren Hidschab etwas enger unter dem Kinn zusammen und huscht davon. Einige der russlanddeutschen Frauen winken.

Sowohl sie als auch die Tschetscheninnen erlebten Leid im geografischen Raum der ehemaligen Sowjetunion. Vielleicht ist es eine Ironie der Geschichte, dass die Frauen ausgerechnet in Seelow Ruhe finden, wo mit dem Sieg der Roten Armee eine wichtige Etappe für das Ende des Zweiten Weltkriegs begann.

Die Tschetschenen von Groß Schönebeck

Wie ein Willkommensteam in der Schorfheide dafür sorgt, dass der Landkreis Barnim für Geflüchtete zum Ort der Zukunft wird

So wie die weißen Blütenblätter des Gänseblümchens den gelben Blütenkorb umschließen, umschließt das ruhige Brandenburg das grelle Berlin. Befindet man sich in Berlin, vergisst man oft, welch wunderschöne Landschaften jenseits der Stadtgrenze liegen. Der Nordosten Brandenburgs beispielsweise, eine der am dünnsten besiedelten Landschaften der Bundesrepublik. Der Exodus setzte mit der schlechten Arbeitsmarktsituation nach der Wende ein. Statt Menschen und arbeitsplatzsichernden Investitionen kamen damals Windräder; in Berlin beschlossen, in der Uckermark gebaut. Vor allem die jungen, gebildeten Brandenburger zieht es seitdem fort. Behalten die Statistiker recht, wird die Region bis zum Jahr 2040 ein Viertel ihrer Einwohner verlieren. Das Schicksal vieler Dörfer in den Landkreisen Barnim und Uckermark wäre damit besiegelt.

Dem Abwärtstrend zum Trotz haben in den vergangenen Jahren Prominente und kreative Großstädter die Region als Rückzugsort entdeckt. Obwohl nur etwa achtzig Kilometer von Berlin entfernt, berichten viele Medien darüber, als ginge es um die Besiedlung eines geheimnisvollen Paralleluniversums und nicht unter anderen um die Uckermark, in der Angela Merkel noch einen Garten hat. Als „Raumpioniere“ feierte beispielsweise der rbb unlängst die Zugezogenen. Nimmt man den Begriff ernst, beschreibt er auch die etwa 2.200 Asylsuchenden, die seit 2015 in die Region gezogen sind. Manche Menschen tun sich mit diesem Gedanken vielleicht noch schwer, aber: Auch die Geflüchteten können Zukunft für die Landkreise bedeuten.

Wie diese gemeinsam gestaltet werden könnte, zeigt das Dorf Groß Schönebeck. Es liegt im Landkreis Barnim, gehört zur Gemeinde Schorfheide und hat 1.740 Einwohner. 45 Menschen aus Syrien, Tschetschenien, dem Iran und Pakistan haben dort Zuflucht

gefunden. Prozentual gesehen, hat die Gemeinde damit mehr Geflüchtete aufgenommen als Berlin. Wie lebt es sich in einer Region, in der man kaum Arbeit, aber umso mehr Ruhe und Einsamkeit finden kann?

Die Uckermark und Groß Schönebeck erreicht man von Berlin aus am besten mit dem Auto. Das Navigationsgerät empfiehlt, die Route über Pankow und Wandlitz zu nehmen. Hat man es einmal durch den dicken Speckgürtel von Berlin geschafft, wo an diesem Samstagmorgen offenbar alle unbedingt mit dem Auto unterwegs sein müssen, wird die Landschaft auf einmal sehr weit und leer.

Es geht durch wunderschöne Alleen, die wie grüne Tunnel wirken und deren Eichen und Linden so starke Stämme haben, dass man den Schlaglöchern im Asphalt lieber nicht ausweicht. Es geht durch Ortschaften, die eher Weiler sind. Hielte man an und wollte man spazieren gehen, müsste man dies auf der Straße tun, denn Bürgersteige gibt es nicht. Womöglich zeigt sich deshalb keine Menschenseele? Schilder am Straßenrand beweisen, dass menschliches Leben existiert: Nagelstudio, Schlüsseldienst, Schützenverein. Dann Kühe, Felder und einfach nur Land, Land, Land bis zum Horizont. Als der Liedermacher und Kabarettist Rainald Grebe vor über zehn Jahren die östlichen Bundesländer als Thema für die Bühne entdeckte, schrieb er einen Song, an den ich jetzt wieder denken muss: „In Berlin bin ich einer von drei Millionen, in Brandenburg kann ich bald alleine wohnen [...] / In Berlin kann man so viel erleben, in Brandenburg soll es wieder Wölfe geben“, heißt es im „Brandenburg“-Lied. Der gebürtige Kölner Grebe spottete eigentlich immer über Brandenburg. Mittlerweile ist er selbst in die Uckermark gezogen.

Hinter Wandlitz beginnt der Wald. Kiefern und Rotbuchen, so weit das Auge reicht, manchmal auch Eichen. Irgendwann glitzert still zwischen den Bäumen das Wasser des Großen Lottschesees. Es gibt mehr als 500 Moore, Flussläufe und Seen in der Uckermark. Diese einzigartige Landschaft noch kurz vor der Wende als Biosphärenreservat Schorfheide-Chorin unter Schutz zu stellen war der vielleicht letzte Verdienst der DDR. Auf den etwa 1.300 Quadratkilometern, an deren südwestlicher Grenze Groß Schönebeck liegt, fühlen sich Biber und Fischotter wohl, und in den Wäldern brüten See-, Fisch- und Schreiadler. Ebenso reich ist der Wildbestand, wes-

halb die Schorfheide schon seit Jahrhunderten als gutes Jagdrevier gilt. Auch die von Rainald Grebe besungenen Brandenburger Wölfe streifen dort umher. Im Jahr 2007 hat man erstmals wieder Spuren der Tiere entdeckt. Am Straßenrand taucht ein gelbes Ortsschild auf: Groß Schönebeck ist erreicht.

Als Schauplatz eines Romans über die deutsche Vergangenheit und Gegenwart wäre Groß Schönebeck, dieses kleine Fleckchen Brandenburg, geradezu ideal. Wer sich für die deutsche Geschichte interessiert, dem ist das Dorf ein Begriff. In der Schorfheide bei Groß Schönebeck ging Hermann Göring auf die Jagd und errichtete sein pompöses Anwesen „Carinhall“, das er mit Jagdtrophäen und vielen, vor allem aus jüdischem Besitz gestohlenen Kunstschätzen vollstopfte. Später pirschte Erich Honecker bei Groß Schönebeck durch die Wälder, oftmals begleitet von russischen Staatsgästen. Sein Jagdhaus „Wildfang“ lag am Pinnowsee, in Groß Schönebeck setzte er sich gern ins Wirtshaus. Honecker war ein leidenschaftlicher Jäger. Den Weg von Berlin aus in die Schorfheide trat er mehrmals in der Woche an. Sogar im Sommer 1989, als die DDR massiv bröckelte, schulterte er nachmittags lieber seine Büchse, als sich noch ein paar Stunden der Politik zu widmen.

Ältere Groß Schönebecker erzählen bis heute gern von ihren persönlichen Begegnungen mit der Macht. Göring und Honecker gaben sich volksnah. Kontakt ergab sich auch dadurch, dass nicht wenige Groß Schönebecker beim Reichsjägermeister Göring oder beim Staatsratsvorsitzenden Honecker in Lohn und Brot standen. Sie gehörten zum Hauspersonal von „Carinhall“ oder „Wildfang“ oder sorgten als Förster oder Jagdgehilfen dafür, dass bei Jagdausflügen alles zur Zufriedenheit der Männer verlief. Es heißt, diese Vergangenheit lasse viele Groß Schönebecker Familien nicht los. Sie schuf Lager, die sich bis heute eher argwöhnisch gegenüberstehen. Auch der frische Wind, der nach der Wende mit Zugezogenen ins Dorf wehte, änderte nichts an dieser Gemengelage und machte es den Neuankömmlingen aus dem Westen nicht einfach, sich zu integrieren. Gut möglich, dass diese Erfahrung einer der Gründe

war, warum vor allem zugezogene Groß Schönebecker sofort Hilfe anboten, als die Nachricht von der Ankunft der Geflüchteten die Runde machte. Groß Schönebeck sollte die neue Heimat von Menschen aus Tschetschenien, Syrien und Pakistan werden, die bis dahin in verschiedenen brandenburgischen Gemeinschaftsunterkünften untergebracht waren.

Ein Helfer der ersten Stunde war Rainer E. Klemke. Bevor der groß gewachsene Mann mit dem grauen Haar und dem grauen Bart in die Schorfheide zog, lebte er in West-Berlin. Seine Verbindung zu Groß Schönebeck ist familiären Ursprungs. Klemkes Schwiegermutter wuchs dort auf, ihr Vater gründete den KPD-Ortsverein und wurde nach dem Einmarsch der Russen der erste Bürgermeister des Dorfes. Im Januar 2015 gründeten Klemke und die Pfarrerin Annette Flade ein dreißig Personen starkes Willkommensteam. Die Initiative ist schon mehrfach ausgezeichnet worden, unter anderen wurde sie von der Bundeszentrale für politische Bildung im Rahmen des Wettbewerbs „Aktiv für Demokratie und Toleranz“ geehrt.

Klemke und seine Mitstreiter kümmerten sich darum, für die Flüchtlinge geeignete Wohnungen zu finden, halfen bei deren Ausstattung und begleiteten Eltern zur Anmeldung ihrer Töchter und Söhne in Kita und Grundschule. Jede Flüchtlingsfamilie bekam ein oder zwei Paten als Unterstützung bei Behördengängen, Arztbesuchen und anderen Angelegenheiten zur Seite gestellt. Das Willkommensteam rief eine Lebensmitteltafel ins Leben und eine Einrichtung namens REGAL, in der Bedürftige Haushaltswaren und Kleidung erhalten. Die Angebot des REGALs und der Lebensmitteltafel richten sich an alle Menschen in Not. So konnte gar nicht erst der Gedanke aufkommen, andere Bedürftige kämen wegen der Geflüchteten zu kurz.

Bis heute veranstaltet das Willkommensteam Begegnungscafés, organisiert gemeinsame Feste, bietet Computer- und Nähkurse an und Ausflüge nach Berlin. Es unterstützt bei der Suche nach Praktikums- und Arbeitsplätzen und hat ein Free-W-Lan-Netz für das gesamte Dorf aufgebaut. Auch ein Fahrdienst wurde eingerichtet. Das war notwendig, damit die Geflüchteten ihre behördlichen Termine in Eberswalde und Eisenhüttenstadt wahrnehmen können. Von Groß Schönebeck aus dauert die Fahrt in die Kreisstadt Ebers-

walde mit dem Auto knapp dreißig Minuten. Nach Eisenhüttenstadt ist man mit dem Auto etwa zwei Stunden unterwegs. Mit dem Zug und Bus geht die Fahrt über Berlin und man braucht fast doppelt so lange. Zudem sind die Verbindungen zu bestimmten Tageszeiten sehr schlecht. Seitdem es den Fahrdienst gibt, kann selbst ein Termin für eine Anhörung um 8 Uhr morgens im 160 Kilometer entfernten Eisenhüttenstadt eingehalten werden. Der regelmäßige Besuch von Sprachkursen, die beispielsweise in Eberswalde angeboten werden, ist hingegen immer noch ein Problem. Auch hier bemüht man sich, so gut es geht, um Abhilfe: Grundlagen der deutschen Sprache können die Flüchtlinge in Groß Schönebeck bei Karin Friedrich aus dem Willkommensteam erwerben. Sie bietet dreimal pro Woche im Bürgerhaus Unterricht an. Der Kurs der Rentnerin ist immer sehr gut besucht.

Zu Karin Friedrichs Schülern der ersten Stunde zählt Zaynab Arsunkaeva. Die 49-jährige Tschetschenin ist zusammen mit ihrem Sohn Ilis nach Groß Schönebeck gezogen. Ilis' Vater fiel in Grosny einem politischen Mordanschlag zum Opfer. Daraufhin flüchteten die beiden 2009 aus der Russischen Föderation. Bevor sie Deutschland erreichten, blieben Mutter und Sohn acht Jahre lang in Polen. An die Umstände ihrer Ankunft in Groß Schönebeck vor vier Jahren erinnert sich Zaynab Arsunkaeva noch genau: „Als Ilis und mir mitgeteilt wurde, dass wir aus dem Heim in Eisenhüttenstadt aus- und nach Groß Schönebeck umziehen sollten, waren wir zunächst sehr bekümmert. Was sollte aus uns werden, in so einem kleinen Dorf weit weg von der Stadt? Aber dann warteten am Bahnhof von Groß Schönebeck viele Menschen, um uns zu begrüßen. Sie zeigten uns die Schule, den Kindergarten und führten uns durchs Dorf. Das war eine tolle Überraschung.“ Zaynab Arsunkaeva sitzt unter einem großen Sonnenschirm, in ihrem Rücken erhebt sich die ockerfarbene Fassade des Groß Schönebecker Jagdschlusses. Das Bundesamt für Migration und Flüchtlinge hat ihren Asylantrag abgelehnt. Das Willkommensteam kämpft jetzt mit juristischen Mitteln darum, ihre Abschiebung zu verhindern. Neben der Tschetschenin haben die 54 Jahre alte Zeinabi Sharactova, deren 60 Jahre alter Ehemann Dzhamaljal und der 17-jähriger Sohn Adam Platz genommen. Auch Achmed, 36 Jahre, und Said, 28 Jahre, sowie Zaynabs Sohn Ilis, 27

Jahre, sitzen mit am Tisch. Sie alle stammen aus Tschetschenien. Die syrischen Familien und der Pakistani, die in Groß Schönebeck leben, können an diesem Vormittag nicht mit im Schlosspark sein, um über ihre Erfahrungen in Deutschland zu sprechen. Als die Einladung von Klemke sie erreichte, hatten sie schon Verabredungen in Berlin getroffen. Ebenfalls nicht mit von der Partie ist die Pfarrerin Annette Flade. Nach ihrem Eintritt in den Ruhestand kehrte sie in ihre Heimat Wittenberge zurück. Anwesend ist dafür Jan Ivers. Der aus Hamburg nach Groß Schönebeck gezogene Theaterpädagoge engagierte sich als Pate im Willkommensteam, mittlerweile hat er dessen Leitung übernommen. Auch die Ehefrauen von Ilis, Achmed und Said sind der Einladung gefolgt. Die drei jungen Tschetscheninnen passen allerdings gerade im Schlosspark auf ihre heruntollenden Töchter und Söhne auf. Majestätisch spannt dort eine wunderschöne Rotbuche ihre Äste. Der riesige Baum muss gut 200 Jahre alt sein. Vielleicht wurde er um 1860 gepflanzt, als Friedrich Wilhelm von Brandenburg das Jagdschloss erbauen ließ. Die eine oder andere prominente Jagdgesellschaft hat sich sicherlich am Anblick des Gebäudes erfreut. Die Außenwände des Schlosses sind mit Hirschgeweihen geschmückt, im Innern beherbergt es das Schorfheide-Museum. Die Männer und Frauen, die jetzt davorsitzen und mit Kopftüchern und Barttracht eindeutig als Muslime zu erkennen sind, bilden einen schönen optischen Kontrast zu der im Stil des Frühbarocks gehaltenen Fassade.

Zaynab Arsunkaeva sagt: „Seitdem ich in Deutschland bin, kann ich wieder Freiheit genießen. In Polen hatte ich oft Schwierigkeiten wegen meines Kopftuchs, sodass ich es irgendwann ablegte. Hier regt sich niemand darüber auf.“ Rainer E. Klemke nickt zustimmend: „Die Bewohner von Groß Schönebeck haben sich schnell daran gewöhnt, dass unsere muslimischen Mitbürger anders aussehen.“ Jan Ivers fasst die Atmosphäre vier Jahre nach Ankunft der Geflüchteten so zusammen: „Manche Groß Schönebecker grüßen, andere nicht. Die Mehrheit ist offen und freundlich.“ Dass das so ist, ist sicherlich der Art und Weise zu verdanken, mit der das Willkommensteam sich um die Integration der Zugezogenen bemüht.

Von Anfang an achtete es sehr darauf, alteingesessene Groß Schönebecker an dem schwierigen Prozess teilhaben zu lassen. Der Bür-

gerverein, zu dessen Mitgliedern damals auch Rainer E. Klemke zählte, informierte zunächst alle Haushalte in einem Rundschreiben über die nahende Ankunft der Geflüchteten. Dann lud er zu einem Dorfstammtisch ein, um gemeinsam darüber zu diskutieren. „Es sind nicht viele Leute gekommen“, erinnert sich Klemke. „Wichtig war aber sicherlich, dass es das Angebot gab.“ Gut besucht seien hingegen die Abende gewesen, an denen Tschetschenen und Syrer ihre Heimat vorstellten. Im Mai 2015 veranstaltete das Willkommensteam auf dem Bauernhof von Jürgen Bohm ein Willkommenscafé, zu dem 150 Gäste kamen. Flüchtlinge und Einheimische buken dafür zusammen den Kuchen und das Gebäck. Das Beisammensein unter dem Scheundach war eine gute Gelegenheit, um Ängste, die manche vielleicht hatten, zu überprüfen und abzulegen.

Eine Torte gibt es auch jetzt. Zaynab Arsunkaeva hat sie mitgebracht. Salziges stellt Zeinabi Sharlactova auf den Tisch: Ofenfrische dünne Teigfladen, gefüllt mit Schafskäse und Kräutern, sie sind noch warm. Die Runde ist nett, der Umgang miteinander vertraut. Man merkt, hier sitzen Menschen beieinander, die schon einiges miteinander durchgestanden haben. „Nicht die Kultur war das Hindernis, sondern die deutsche Sprache“, sagt Ivers. Es habe gedauert, bis man einander richtig verstand. Vor allem der sechzig Jahre alte Dzhamaljal, ein stattlicher Mann mit brauner Lederjacke, langem weißem Bart und dunklem Baseballkappe, der mit seinem zerfurchten Gesicht an einen alten Baum erinnert, tut sich noch immer sehr schwer mit Deutsch. Am besten Deutsch am Tisch spricht sein Sohn Adam, der in Klosterfelde in die Schule geht. Einmal im Monat führt er als ehrenamtlicher Betreuer Besucher durchs Groß Schönebecker Schloss. Sagt der Vater etwas mit tiefer, knurrender Stimme, übersetzt Adam seine Worte. Auch seine Mutter, die 54-jährige Zeinabi Sharlactova hat schon bemerkenswert gut Deutsch gelernt. Sie ist eine zurückhaltende Frau, sodass ihre Sprachfähigkeit zunächst nicht auffällt. Doch dann sagt sie: „Ich besuche mehrmals in der Woche den Kurs von Karin Friedrich und möchte es bis zum B2-Niveau schaffen. Danach würde ich gerne im Kindergarten ein Praktikum machen.“

Auch in Tschetschenien lebte ihre Familie auf dem Land. Sie und ihr Mann hatten einen großen Bauernhof mit zwanzig Ziegen, fünf

Kühen, drei Pferden und einem großen Garten. Die übrigen tschetschenischen Familien wohnten dagegen fast alle in größeren Städten. Sie mussten sich erst an die Ruhe von Groß Schönebeck gewöhnen.

Ruhe ist typisch für die Schorfheide. In der Gemeinde leben auf etwa 240 Quadratkilometern weniger als 10.000 Menschen. Es hat gute Gründe, warum der Berliner Volksmund die Bahnstrecke von Berlin dorthin „Heidekrautbahn“ nennt: Die Schorfheide ist Natur pur. Man kann wunderbar auf einsamen Wegen Fahrrad fahren, in idyllisch gelegenen Seen baden, Yoga machen und meditieren. Wer aber ins Theater oder Kino möchte, muss nach Eberswalde oder Bernau. Es ist schwer zu sagen, ob die Menschen in der Schorfheide den Puls und die Möglichkeiten einer größeren Stadt vermissen. Es scheint, als sorgten sie ganz gut selbst dafür, dass ihre Gemeinde nicht eine Hölle der Langeweile wird. Sie zählt mehr als fünfzig Vereine, und in sieben der neun Ortsteile gibt es eine freiwillige Feuerwehr. Hat einer der Geflüchteten je mit dem Gedanken gespielt, lieber nach Berlin zu ziehen?

„Wir müssen hier keine Angst um unsere Kinder haben, sie können einfach rausgehen und spielen“, sagt Zaynab Arsunkaeva. Ihr Sohn Ilis entgegnet: „Ich habe schon darüber nachgedacht, ob ich nicht lieber in Berlin wohnen würde. Wenn ich hier aus dem Fenster schaue, sehe ich oft keine Menschenseele. Aber das Leben in Berlin wäre zu teuer für mich, und ich bin mir sicher, dass die Menschen hier auf dem Land besser zu uns sind.“ Rainer E. Klemke erzählt von einer sechsköpfigen syrischen Familie, die nach Ansicht der Behörden besser in Bernau oder Eberswalde untergebracht wäre. Denn ihre Wohnung in Groß Schönebeck ist schlecht geschnitten, feucht und kalt. Aber die Syrer möchten im Dorf bleiben. Ein Groß Schönebecker hat nun ein Haus gekauft und saniert es, damit die Familie dort einziehen kann. Eine ähnliche Großzügigkeit hat der am Tisch sitzende Ahmed erlebt. Ein älteres Ehepaar hat extra ein kleines Häuschen aus DDR-Zeiten als Bleibe für ihn und seine fünfköpfige Familie erworben. Nicht lange nach dem Einzug löste ein Kurzschluss ein Feuer aus, und das Haus brannte ab. Ahmed und seine Familie wohnen jetzt im Gemeindehaus der evangelischen Kirche. Ivers und Klemke sind überzeugt: Beispiele wie diese zeigen, dass die soziale Nähe auf dem Land im Vergleich zur Anonymität

der Stadt viele Vorteile für die Unterbringung von Flüchtlingen hat. Hört man von den vielen positiven Erlebnissen der Menschen am Tisch, kann man dem nur zustimmen.

In der Integrationsdebatte ist immer die Rede davon, welche Erwartungen die Deutschen an die Flüchtlinge stellen. Welche Erwartungen hatten die Flüchtlinge an Deutschland? Am Tisch wird bei der Frage gelacht. Dann reden auf einmal alle durcheinander. Für Ilis hat sich bestätigt, dass Deutsche fleißig sind. „Außerdem hatte ich mir schon gedacht, hier guten und schlechten Menschen zu begegnen. Auch da habe ich mich nicht getäuscht. Wenn eine Person gut ist, versuche ich, mich mit ihr anzufreunden. Ist sie schlecht, dann gehe ich einfach weg.“ Zaynab Arsunkaeva gibt zu, es habe sie anfangs irritiert, wie oft die Menschen in Groß Schönebeck einander grüßten. „Selbst wenn sie sich schon dreimal am Tag getroffen haben, sagen die Deutschen immer wieder ‚Guten Tag‘ und ‚Auf Wiedersehen‘ zueinander“, lacht sie. „Deutschland bedeutete für mich Pünktlichkeit, Kultur und eine gute Demokratie. Das alles hat sich bestätigt“, wirft Said ein. Bevor er Tschetschenien verließ, habe ihm außerdem mal jemand erzählt, die Deutschen erledigten sämtliche Arbeit am Computer. „Hier habe ich dann gemerkt, viele Deutsche besitzen tatsächlich einen Computer. Aber gearbeitet wird zum Glück auch noch anders.“

Wie in Deutschland gearbeitet wird und was für Voraussetzungen erfüllt werden müssen, um eine gute Arbeitsstelle zu finden, haben die Tschetschenen auch schon erfahren. Für den sechzigjährigen Dzhamaljal ist die Suche nach einer Anstellung so gut wie aussichtslos. „Ich würde gerne arbeiten. Eine Arbeit mit Erde oder Tieren wäre schön“, sagt er. Gibt es keinen Landwirt in der Gegend, der ihn beschäftigen könnte? „Es gibt Vorbehalte, und Dzhamaljals geringe Deutschkenntnisse sind ein Problem. Es müsste ein Arbeitgeber gefunden werden, der ihn mag. Zudem arbeiten die meisten Betriebe mit modernster Landwirtschaftstechnik. Dzhamaljal kennt sich damit nicht aus“, sagt Ivers.

Anders stellt sich die Situation bei den jungen Männern dar. Das Willkommensteam unterstützte sie bei der Suche nach einem Ausbildungsplatz. Said kam in einem Malerbetrieb unter und Ahmed in einer Tischlerei. Sie mussten jedoch einsehen, dass ihr Deutsch noch

nicht gut genug ist, um dem Berufsschulunterricht zu folgen, und brachen die Ausbildung deshalb wieder ab. „Das war hart für uns alle“, erinnert sich Klemke. „Wir verbessern jetzt unser Deutsch, dann versuchen wir es noch mal“, ruft Said gut gelaunt. Sein Traumberuf: Polizist. „Die Polizei hilft den Menschen, und ich möchte den Menschen helfen.“ Er weiß, die Anforderungen an der Polizeischule sind hoch. Wahrscheinlich wird er zunächst einen anderen Beruf erlernen müssen. Trotzdem hält er an seinem Wunsch fest. Achmed möchte mittlerweile am liebsten Gärtner werden. „Ich bin gern draußen“, sagt der 36-Jährige.

Gut voran kommt Ilis mit seiner Ausbildung. Er lernt seit einem Jahr den Beruf des Tischlers. „Das Arbeiten mit Holz macht mir großen Spaß“, sagt er. In der Nähe von Groß Schönebeck war kein Ausbildungsplatz für den 27-Jährigen zu finden, deshalb fährt er nun täglich nach Lindenberg. Um 5.12 Uhr geht’s los mit dem Regionalexpress, dann steigt er um in einen Bus. Gut zwei Stunden dauert eine Fahrt. Mit dem Auto wäre er pro Strecke nur etwa eine halbe Stunde unterwegs. Den Führerschein zu machen, kann sich Ilis derzeit jedoch nicht leisten, genauso wenig ist an ein eigenes Auto zu denken. Mit seinem Ausbildungsgehalt muss Ilis schließlich eine vierköpfige Familie ernähren.

Anfangs seien die Kollegen in der Tischlerei ihm gegenüber sehr zurückhaltend gewesen, erinnert er sich. Nach wenigen Wochen hatten sich aber alle an den jungen Tschetschenen gewöhnt. Die Berufsschule bereitet Ilis wegen der Sprache noch gewisse Schwierigkeiten. Glücklicherweise hat er sich mit einem deutschen Mitschüler angefreundet, mit dem er manchmal zusammen lernen kann.

Auch Ilis’ Mutter Zaynab Arsunkaeva ist sehr motiviert. In einigen Monaten möchte sie einen Pflegebasiskurs machen und den B2-Sprachabschluss bestehen. Sicherlich wird ihr das gelingen, sie spricht schon jetzt klar und flüssig Deutsch. Derzeit arbeitet sie als geringfügig Beschäftigte bei dem Catering-Service, der dem Kindergarten Groß Schönebeck das Mittagessen liefert. Sie steht an der Essensausgabe und verteilt Teller mit Nudeln, Gemüse und Fischstäbchen. „Die Jungen und Mädchen mögen mich“, erzählt Zaynab Arsunkaeva. Anfangs hätten die Kinder sich wegen ihres Kopftuchs ein wenig vor ihr gefürchtet. In deutschen Märchenbüchern wird

die Figur der bösen Hexe schließlich immer mit einem Kopftuch dargestellt.

Die Runde am Tisch weiß um die Vorbehalte, die es in Deutschland gegen Tschetschenen gibt. Die Männer und Frauen geben zu, die Ängste vor extremistischen Tschetschenen seien nicht unbegründet. Dzhamaljal sagt: „Tschetschenen, die dem religiösen Extremismus anhängen, haben den Islam nicht richtig verstanden. Terrorismus passt nicht zu unserer Religion.“ Zaynab Arsunkaeva fügt hinzu: „Wer Muslim ist, kann nicht gewaltsam sein oder Andersgläubige hassen. Denn das verbietet der Islam.“ Manchmal schaue sie im Internet Videos von islamischen Predigern. Auch sie sei dabei schon unwissentlich auf der Seite eines Islamisten gelandet. „Ich habe immer schnell gemerkt, dass da was nicht stimmt. Ich habe einen Kopf zum Denken. Manche Menschen picken sich einfach aus dem Koran heraus, was ihnen passt. Aber man muss das Heilige Buch als Ganzes verstehen und annehmen“, sagt sie.

Haben sie keine Angst, dass ihre Kinder durch das Leben in Deutschland den Kontakt zu ihrem Glauben verlieren? Dzhamaljal schüttelt entschieden den Kopf. „Mein Mann Dzhamaljal ist religiös sehr gebildet“, sagt Zeinabi, seine Frau. „Als unser Sohn Adam noch klein war, hat mein Mann ihm viel über den Koran erzählt.“ „Auch mir wurde durch meine Eltern eine gute religiöse Basis vermittelt“, sagt Ilis. „Ich bemühe mich, ein gottgefälliges Leben zu führen, damit ich nach dem Tod ins Paradies komme.“ Komme ich als Christin und er als Muslim denn in dasselbe Paradies?, frage ich ihn. „Das weiß ich nicht! Das weiß nur Gott!“, ruft Ilis und lacht. Dann wird er wieder ernst und sagt: „Ich glaube, es gibt nur einen Gott. Ich denke, am Ende werden wir alle auferstehen. Einige meiner Freunde sind Christen. Jeder soll selbst entscheiden, welcher Religion er angehört.“

Ahmed, Ilis, Said und Dzhamaljal fahren manchmal zusammen zum Freitagsgebet nach Berlin. Adam würde sie gern jedes Mal begleiten, aber wegen der Schule geht das nur in den Sommerferien. Ilis schafft es freitags hingegen nicht immer, die Tischlerei pünktlich zu verlassen. Meistens gehen die Männer in das Gotteshaus einer pakistanischen Gemeinde. Sie haben sie aus pragmatischen Gründen ausgewählt; die Moschee liegt nahe der S-Bahnstation Gesundbrun-

nen, wo der Regionalexpress aus Groß Schönebeck hält. Außerdem gibt es nebenan einen türkischen Lebensmittelladen, in dem die Männer nach dem Freitagsgebet gern Halal-Produkt einkaufen. Was der Imam der pakistanischen Moschee predigt, verstehen sie allerdings nicht. „Aber die Gebete sind auf Arabisch und uns vertraut“, sagt Ilis. In der tschetschenischen Moschee in Berlin-Wittenau ist die Predigtsprache Russisch. Trotzdem vermeiden die Männer ihren Besuch. Denn sie sind überzeugt, dass dort russische Spione verkehren und Informationen gegen Tschetschenen sammeln. „Kommt es doch einmal vor, dass wir freitags dorthin gehen, sprechen wir deshalb ganz bewusst nicht über die Vergangenheit“, sagt Said.

Fühlen die Familien sich überhaupt sicher in Deutschland? „Die einzige Angst, die ich hier habe, ist, eines Tages nicht mehr in Groß Schönebeck leben zu dürfen“, sagt Zaynab. „In Tschetschenien war es sehr gefährlich für uns“, erzählt Dzhamaljal. „Dort, wo wir gelebt haben, hat man vierzig Menschen einfach verschwinden lassen. Man weiß bis heute nicht, was mit ihnen geschah. Wahrscheinlich sind sie getötet worden.“ Als Besitzer eines großen Bauernhofs war Dzhamaljal ein bedeutender Mann in seinem Dorf. Er und seine Familie mussten alles hinter sich zurücklassen, als er wegen Kritik am tschetschenischen Regime Schwierigkeiten bekam. Die Flucht hat aus ihm einen mittellosen Mann und Asylsuchenden gemacht. Ist das nicht sehr schwierig zu ertragen? „Es ist nicht einfach. Aber meine Lieben haben eine größere Bedeutung als mein Besitz“, antwortet er.

Wenn eine gute Fee erlauben würde, sich etwas zu wünschen, was würden die Frauen und Männer dann sagen? „Ich möchte, dass wir alle Papiere bekommen, um hier bleiben zu können“, entgegnet Zaynab. Adam will erst nicht antworten, dann sagt er: „Ich möchte in Deutschland bleiben. Ich würde gern Lokführer oder Dolmetscher werden.“ „Ich möchte in Groß Schönebeck eine Arbeit finden“, sagt Adams Vater. „Ich habe keinen Wunsch. Ich möchte den Menschen in Groß Schönebeck danken, dass sie so viel für uns tun“, sagt Zainabi. „Ich wünsche mir eine bessere Zugsanbindung“, lacht Ilis. „Ja, unbedingt!“, ruft Said.

Und was wünschen sich Jan Ivers und Rainer E. Klemke? Jan Ivers beginnt: „Ich würde mir von der guten Fee wünschen, dass die Ge-

flüchteten keine Paten mehr benötigen. Es wäre schön, wenn man einfach befreundet sein könnte, statt in erster Linie Problemlöser zu sein. Ich würde mir außerdem wünschen, dass die Menschen keine Angst vor Abschiebung haben müssen. Sie sollen ihre Lebenszeit genießen können und die Chance bekommen, ein ganz normaler Teil dieser Gesellschaft zu sein. Und auch ich selbst möchte keine Angst mehr haben, dass jemand abgeschoben wird. Wir haben so vieles gemeinsam geschafft. Dennoch wird der eine oder andere wahrscheinlich nicht in Deutschland bleiben dürfen, und das macht mich traurig. Was mich auch stört, ist, dass in der Regionalpresse meistens über Negatives berichtet wird, etwa wenn einer der Geflüchteten in der Ausbildung scheitert. Misserfolge werden schnell auf alle übertragen. Der öffentliche Druck auf die Flüchtlinge und ihre ehrenamtlichen Betreuer erhöht sich dadurch immer mehr. Ich würde mir mehr Raum in den Medien für positive Geschichten wünschen.“ Rainer E. Klemke sagt: „Manchmal fühle ich mich wie Sisyphus. Man hat es geschafft, einen Stein den Berg hochzurollen, und dann gibt ihm jemand einen Stoß, und er rollt zurück. Unser Problem ist die derzeitige Ausländergesetzgebung und deren Handhabung.“

Zum Schluss sollen auch die jungen Frauen zu Wort kommen. Die Männer erheben sich. Es ist nicht ganz klar, ob sie glauben, allesamt auf die spielenden Kinder im Schlosspark aufpassen zu müssen, oder ob es sich nach ihrer Weltsicht nicht schickt, auch am Tisch zu sitzen, wenn den Frauen das Wort gehört.

Die jungen Tschetscheninnen sind sehr offen und freundlich. Obwohl es ihnen noch schwerfällt, Deutsch zu sprechen, bemühen sie sich sehr, die richtigen Worte zu finden. Sie tragen alle ihr Haar bedeckt, aber keine ist so streng verschleiert wie die Tschetscheninnen in Seelow. Martina, die 26 Jahre alte Frau von Ahmed, trägt ein ockerfarbenes Kopftuch und ein langes, weich fallendes Sommerkleid mit zartem Blumendruck. Sie ist Mutter von vier Kindern. Wenn ihr Jüngster in einigen Monaten in die Kita kommt, möchte sie unbedingt wieder einen Deutschkurs besuchen, sagt sie.

Eliza, die Frau von Ilis, trägt einen mintfarbenen Schleier, ein dunkelgrünes Langarmshirt und einen blauen Jeansrock. Auch sie ist 26 Jahre alt. Sie hat zwei Söhne. Der eine ist fünf Jahre alt, der andere wurde vor einem Jahr in Groß Schönebeck geboren. Bis dahin hatte

Eliza den Deutschkurs von Karin Friedrich besucht und im Kindergarten das Mittagessen ausgegeben – die Arbeit, die jetzt Zaynab macht. Wenn ihr Sohn in der Kita ist, würde sie gern weiter Deutsch lernen und wieder arbeiten. Sie sagt: „In Tschetschenien habe ich russische Literatur studiert. Mein Ziel war damals, Journalistin zu werden. Jetzt wäre mein großer Traum ein Modedesignstudium.“ Elisa kann hervorragend zeichnen.

Die Männer kommen mit den Kindern zurück. Zusammen mit den Frauen und den Kindern stellen sie sich für ein Erinnerungsfoto auf. Ohne dass einer die Anweisung dazu gegeben hätte, gruppieren die Männer sich links, die Frauen rechts, mit den Kindern im Arm. Dzhamaljal und seine Frau Zainabi Sharlactova, die beiden Ältesten, stehen in der Mitte. Es ist ein schönes Bild. Wahrscheinlich ist in Tschetschenien eine Anordnung nach Geschlecht und Alter bei Gruppenfotos üblich. Wie werden sich Dzhamaljal, Zainabi Sharlactova, Zaynab Arsunkaeva, Ilis, Said, Martina, Elisa und die anderen wohl aufstellen, nachdem sie noch einige Jahre in Deutschland gelebt haben?

Dort, wo Groß Schönebeck ausfranst, sich die Abstände der Häuser zueinander vergrößern und die Gartengrundstücke beginnen, sich in Felder und Wiesen zu verlieren, hat das Willkommensteam zusammen mit den Flüchtlingen den „Garten der Nationen“ angelegt. Als Ort, um einander zu begegnen, zu verweilen, um anpflanzen und zu ernten: 2.200 Quadratmeter ist die Fläche groß, auf der die Neuankömmlinge Gemüse, Kräuter, Blumen und Obst anbauen. Das Land ist eigentlich unfruchtbar, der Boden ist zu sandig. Das Willkommensteam und die Geflüchteten haben deshalb Mutterboden, Mist und Dünger rangeschafft. Jede Familie bewirtschaftet ein Beet oder hat einen bestimmten Teil eines Beetes zugewiesen bekommen. Um diese Jahreszeit ist in den meisten von ihnen zwar noch nichts zu sehen. Man kann sich jedoch schon vorstellen, in was für ein Idyll sich das Areal bis zum Sommer verwandelt haben wird. In seiner Mitte stehen aus Holzpaletten zusammengezimmerter Tische und Stühle. „Im vergangenen Sommer“, erzählt Klemke, der mich zum Garten geführt hat, „wurde hier viel zusammengesessen, gegrillt, gegessen und getrunken. Die übrigen Dorfbewohner sind immer eingeladen zu kommen, und manchmal setzten sich wirklich

welche dazu.“ Anfang Juni, wenn bei der Brandenburger Landpartie der Tag der offenen Höfe gefeiert wird, erwartet das Dorf bis zu 6.000 Besucher. Die Geflüchteten wollen dann im „Garten der Nationen“ Spezialitäten aus ihrer Heimat anbieten.

Das ist Demokratie, ihr könnt ruhig etwas sagen

In Templin musste man sich erst an Fremde gewöhnen

Die Kleinstadt Templin wird auch „Perle der Uckermark“ genannt. 16.500 Einwohner zählt das Städtchen, das eine komplett erhaltene Stadtmauer aus dem 14. Jahrhundert schmückt. Ab dem Sommer 2015 nahm es innerhalb von sechs Monaten etwa 300 Geflüchtete auf. Sie veränderten das Stadtbild, denn bis dahin hatte der Ausländeranteil unter einem Prozent gelegen. Doch Templin meisterte die Situation. Wie das gelang, konnte ganz Deutschland etwa ein Jahr lang durch die Langzeitreportage „Flüchtlinge in Templin“ von Aud Krubert-Hall und La-Na Grosse im ZDF-„Morgenmagazin“ mitverfolgen. Mittlerweile hat die Hälfte der Asylsuchenden und Flüchtlinge Templin wieder verlassen. Die Menschen sind in andere, größere Städte gezogen. Spricht man mit Templinern, die sich bis heute für die Zugezogenen engagieren, und mit den Zugezogenen selbst, entsteht der Eindruck, die Integration funktioniere.

Die Integrationsbeauftragte

Tamara Gericke ist Demokratie- und Toleranzbeauftragte der Stadt sowie Teamleiterin für offene Kinder- und Jugendarbeit im Jugendhaus „Villa 2.0“. Sie berichtet Folgendes:

„In Templin musste man sich erst an Fremde gewöhnen. In den Neunzigerjahren gab es zwei Asylbewerberheime, aber die meisten Asylsuchenden blieben nicht lange. Nach der Wende ließen sich in Templin sogenannte Spätaussiedler nieder. Auch Dänen, Amerikaner, Thailänder, Spanier, Albaner, Kanadier, Finnen und Griechen leben mittlerweile in der Stadt. Sie sind aus privaten oder beruflichen Gründen nach Brandenburg gezogen und werden ganz anders wahrgenommen als die Flüchtlinge, die 2015 hier eingetroffen sind.

Kurz bevor die ersten hier ankamen, habe ich im Supermarkt ein Gespräch zwischen der Kassiererin und zwei Kunden verfolgt.

Die Kassiererin sagte sinngemäß: ‚Jetzt kommen die Flüchtlinge, da müssen wir hier alles festhalten, die klauen uns alles aus den Regalen.‘ Ich habe sie gefragt, woher sie diese Information habe und woher ihre Ängste rührten. Wie ich vermutet hatte, gab es keine konkrete Grundlage dafür. Ich wollte, dass die Umstehenden das hören. Es war der Kassiererin sehr peinlich.

Heute würde ich die Situation hier so beschreiben: Alteingesessene und Flüchtlinge gehen sich nicht mehr aus dem Weg. Es ist ein friedliches Nebeneinander. Anfangs wurde manchmal gepöbelt, aber das hat sich glücklicherweise gelegt. Leider ist die Sprache für viele noch eine Hürde, um einander kennenzulernen. Und natürlich gibt es auf beiden Seiten Vorbehalte. Ich glaube, die meisten Deutschen haben sich noch nie richtig mit dem Islam auseinandergesetzt. Sie schimpfen einfach über ihn.

Ob mich gar nichts stört? Natürlich finde auch ich manches befremdlich. In der Stadt sehe ich manchmal eine Gruppe verschleierter Frauen – ich denke, es sind Tschetscheninnen –, die mit einem einzelnen Mann unterwegs sind. Entweder er hat mehrere Frauen, oder diese Frauen wollen oder dürfen nur in Begleitung eines Mannes vor die Tür. Einige der muslimischen Flüchtlinge, vielleicht waren es acht oder zehn, sind übrigens mittlerweile zum Christentum konvertiert.

Ein großes Problem besteht darin, dass viele der Geflüchteten nur ein sehr geringes Bildungsniveau haben. Lernen sind sie nicht gewöhnt, und der Spracherwerb ist deshalb sehr schwierig für sie. Auch ein Praktikum durchzustehen fällt ihnen schwer.

Wer keine Aussicht auf eine Ausbildung hat, hofft auf Arbeit. 2016 haben wir in einer der Gemeinschaftsunterkünfte eine Art Job-Messe organisiert, um Betriebe aus der Region mit Asylbewerbern und Flüchtlingen zusammenzubringen. Wir hofften, dass daraus vielleicht das eine oder andere Ausbildungs- oder Beschäftigungsverhältnis entsteht. Jeder der Geflüchteten hatte einen Informationsbogen über seine Sprachkenntnisse, seine Schul- oder Hochschulausbildung und seine Berufserfahrung ausgefüllt, die wir extra für diesen Anlass erstellt hatten. Auf Grundlage dieser Steckbriefe konnten die Betriebe dann gezielt Personen ansprechen und ihnen Angebote unterbreiten. Die Veranstaltung war sehr gut besucht,

aber bei der Vermittlung scheiterte sie dann mehr oder weniger. Wir hatten unterschätzt, wie langwierig der Prozess ist, jemanden in den Arbeitsmarkt zu integrieren. Da es in Templin ohnehin nicht viele Jobs gibt, haben sich viele der Geflüchteten in den alten Bundesländern eine Arbeit gesucht und sind dorthin gezogen. Gut möglich, dass dort weniger auf Qualifikation geachtet wird.

Nachdem die ersten Geflüchteten im Herbst 2015 eingetroffen waren und sich im Heim eingerichtet hatten, war klar, dass jetzt der nächste Schritt erfolgen musste. Dieser Schritt war das Öffnen des Heims für einen Austausch mit den Einheimischen. Damals hatten sich sehr viele ehrenamtliche Helfer gemeldet, die endlich etwas tun wollten. Auf jeden Geflüchteten kamen damals zwei. Sie hatten ganz unterschiedliche Hintergründe. Manche waren Urtempliner, andere Zugezogene aus Berlin. Ein älteres Lehrerehepaar gab die ersten Deutschkurse. Uns war klar, die Sprachkurse sind am allerwichtigsten.

Das Team, mit dem ich auch heute noch in der Villa arbeite, hatte sich schon früh zusammengesetzt und gesagt: Wir wollen die Begegnung und sind offen. Also haben wir ein Willkommensfest organisiert, um die Geflüchteten mit Templinern zusammenzubringen. Es war sehr erfolgreich, die Geflüchteten wussten nun: In der Villa wird man jederzeit herzlich empfangen und kann mit Deutschen ins Gespräch kommen. Es kamen Ältere und Jüngere, und viele Väter und Mütter mit ihren Kindern. Unsere Platzkapazität ist ja sehr begrenzt, trotzdem waren manchmal bis zu 130 Leute da. Das schuf auch Probleme, denn eigentlich ist die Villa ja eine Anlaufstelle für Jugendliche, die in ihrer Freizeit etwas unternehmen wollen. Auf einmal mussten wir aufpassen, dass diese Jugendlichen nicht verdrängt werden. Wir mussten erst lernen, welche Hürden bei solchen Begegnungen zu meistern sind.

Es gab auch Eltern, die sagten: ‚Wenn Flüchtlinge da sind, dürfen unsere Kinder nicht in die Villa.‘ Um die Situation zu entschärfen, haben wir schließlich für den Besuch der Villa eine Altersgrenze von 21 Jahren festgesetzt. Für alle, die älter waren, haben der Bürgermeister und sein Team eine neue Begegnungsstätte geschaffen. Sie wurde gut angenommen, aber ab einem gewissen Zeitpunkt suchten sie immer weniger Geflüchtete auf. Die Deutschkurse und

die Praktika hatten angefangen, weshalb sie einfach nicht mehr so viel Zeit hatten.

Die deutschen Jugendlichen, die damals der Villa treu geblieben sind, kommen bis heute regelmäßig. Es sind Freundschaften und Liebespaare entstanden. Es gab schmerzhaft Trennungen, aber drei der Beziehungen haben bis heute Bestand. Zwei der Paare haben mittlerweile Kinder. Eines hat geheiratet. Sie macht gerade eine Ausbildung zur Erzieherin, und er ist ein Friseur aus Syrien, der auch in seinem Beruf arbeitet.

Ob sich jemand hier einlebt, hängt nach meiner Erfahrung sehr davon ab, wie er sich selbst dafür engagiert. Leute, die genau wissen, was sie wollen, und sich auch mal selbst organisieren, schaffen es. In Templin gibt es genügend Menschen, die gerne bei allen möglichen Dingen unterstützen. Aber man muss eben auch selbst etwas tun.“

Die afghanische Mutter

Soma Magsodi ist 34 Jahre alt und stammt aus Kabul.

„Das erste Mal haben wir Afghanistan im Jahr 2014 verlassen. Wir flüchteten nach Norwegen, durften aber nicht bleiben. Zurück in Afghanistan, hatten wir wieder große Probleme, deshalb wagten mein Mann und ich mit unseren zwei Kindern abermals den Weg nach Europa. Vor allem die Überfahrt von der Türkei nach Griechenland habe ich als sehr traumatisch in Erinnerung. Ich dachte, wir sterben. Nachts träume ich noch davon. Unser Boot war alt und vollkommen überfüllt. Zweimal fiel der Motor aus und ging nur mit Mühe wieder an. Alle haben das, was sie bei sich hatten, über Bord geworfen, damit wir nicht sinken. Ich hatte furchtbare Angst, denn meine Kinder und ich können nicht schwimmen. Die Überfahrt dauerte acht Stunden. Ich hatte die ganze Zeit den Eindruck, keine Luft zu bekommen. Die schlimmen Erlebnisse rissen damit aber noch nicht ab. Kurz nachdem wir in Griechenland an Land gegangen waren, haben mein Mann und ich uns in einer Menschenmenge aus den Augen verloren. Er war einfach weg. Es war furchterlich. Mir blieb nichts anderes übrig, als mich mit den Kindern

allein auf den Weg zu machen. Irgendwann wurde ich ohnmächtig. Man brachte mich in ein Krankenhaus, wo festgestellt wurde, dass ich schwanger bin.

Meine Tochter kam dann in Templin auf die Welt. Ich habe sie Helena genannt. Es ist ein griechischer Name, er bedeutet ‚Sonne‘. Wir kennen den Namen aber auch in Afghanistan. Mein Sohn Hassan ist 16 Jahre alt, meine Tochter Hasti geht in die zweite Klasse. Beide haben gut Deutsch gelernt.

Ich spreche Dari, Persisch und etwas Paschtu. Deutsch fällt mir noch schwer. Anfangs schaffte ich es nicht, neben Baby, Kindern, Haushalt und all dem Neuen auch noch einen Sprachkurs zu besuchen. Vor einiger Zeit habe ich aber damit angefangen.

Zum Glück ist mein Mann seit vier Monaten bei uns in Templin. Nachdem wir uns auf der Flucht verloren hatten, marschierte auch er alleine weiter. Er landete in Berlin, also gar nicht weit von Templin entfernt. Mit der Hilfe von Tamara Gericke haben wir uns wiedergefunden. Auch mein Mann hatte nach uns gesucht. Es dauerte dann aber noch anderthalb Jahre, bis er zu uns ziehen durfte. Er bringt jeden Morgen Hasti zur Schule, dann fährt er zur Arbeit. Ich gehe zum Deutschkurs, mache Besorgungen und den Haushalt. Wenn die Kinder älter sind, würde auch ich gerne arbeiten gehen. Es würde mir gefallen, einen sozialen Beruf zu erlernen.

Ein Kopftuch trage ich nur manchmal. Ich entscheide das von Tag zu Tag; abhängig davon, wie ich mich gerade fühle. Das bedeutet nicht, dass ich nicht richtig gläubig bin. Es ist einfach meine Kultur. Wenn ich die Zeit finde, bete ich fünfmal am Tag. Kürzlich hat mich beim Einkaufen eine verschleierte Muslimin empört angesprochen. Sie fragte, warum ich kein Kopftuch trage. Ich sagte: ‚Ich bin jetzt in Deutschland, und hier darf es jeder mit der Religion halten, wie er will. Das ist Demokratie.‘ In Afghanistan musste ich ein Kopftuch tragen, oft auch eine Burka. Viele Afghaninnen wollen das nicht, werden aber dazu gezwungen. Als ich 13 Jahre alt war, bin ich einmal von einem Taliban verprügelt worden, weil ich keine Burka, sondern nur ein Kopftuch trug.

Wir würden gerne auf dem Land leben, in einem Haus mit Garten und Tieren. Aber leider ist es so gut wie unmöglich für uns, eine solche Bleibe in der Nähe Templins zu finden.“

Der Bürgermeister

Detlef Tabbert ist seit acht Jahren Bürgermeister von Templin. Im Januar 2018 wurde er abermals gewählt. Bevor er das Amt antrat, war er zwanzig Jahre als Unternehmer tätig und im Vorstand einer Leasinggesellschaft. Damals reiste er oft nach Russland und Armenien, außerdem arbeitete er eine Zeit lang in Spanien.

„Dass Flüchtlinge nach Templin kommen werden, habe ich 2015 sehr kurzfristig erfahren, nämlich drei Wochen vor deren Ankunft. Ehrlich gesagt, hatte ich zunächst zwiespältige Gefühle. Man fragt sich natürlich gleich, welche Schwierigkeiten entstehen könnten. Templin hatte damals schließlich einen Ausländeranteil von unter einem Prozent. Ich glaube, es lebten nicht mehr als fünf Muslime in der Stadt. Mein Team und ich haben eingesehen, dass es nun zwei Möglichkeiten gibt: Entweder lassen wir alles einfach auf uns zu kommen und schauen, was passiert, oder wie gehen offensiv mit der Herausforderung um. Wir haben uns für Letzteres entschieden. Einer der ersten Schritte war, die Anwohner der Straße, in der das Flüchtlingsheim eingerichtet werden sollte, zu einer Versammlung einzuladen. Wir haben etwa 200 Haushalte angeschrieben, etwa 100 Bürger sind der Einladung gefolgt.

Ich war überrascht, wie unterschiedlich die Anwesenden waren. In einem Saal mit 100 Menschen kostet es schon Überwindung, sich zu Wort zu melden. Trotzdem war die Beteiligung sehr rege. Die Ersten, die sich meldeten, sagten sinngemäß: Ja, wir kommen mit der Anwesenheit der Flüchtlinge und Asylsuchenden klar.‘ Die Älteren waren insgesamt am vernünftigsten. Da waren hochbetagte Männer und Frauen, die als Kinder noch die Flucht aus Ostpreußen und Schlesien miterlebt hatten. Sie sagten: ‚Es ist unsere moralische Pflicht, diese Menschen gut bei uns aufzunehmen. Wir sind auch vertrieben worden, und man hat uns damals nicht besonders freundlich in Templin empfangen.‘ Auch Schüler waren da, Gymnasiasten, und man merkte sofort, sie sind sehr weltoffen. Womit ich wirklich nicht gerechnet hatte, war die negative Haltung von Bürgern, die ich dem gut gestellten Mittelstand zurechnen würde: Rechtsanwälte, Ärzte, auch einige Handwerker. Es waren Anwohner, deren Häuser in direkter Nachbarschaft zur Flüchtlingsunterkunft liegen. Sie sorgten sich, ihre Eigenheime könnten deshalb an Wert verlieren. Die

Sorge darüber war so groß, dass fast ein Drittel der Zeit nur darüber diskutiert wurde.

Einige Mütter waren wiederum verunsichert, weil vor allem junge Männer in das Flüchtlingsheim ziehen würden. Sie befürchteten unangenehme Situationen für ihre Töchter. Sie fragten: ‚Sind unsere Kinder noch sicher? Sollen wir sie in Zukunft lieber mit dem Auto zur Schule fahren?‘

Ich fand es nicht einfach, eine Antwort darauf zu finden. Zu sagen, da bestehe überhaupt kein Risiko, wäre falsch gewesen. Ich habe zugesichert, dass wir zunächst die Präsenz des Ordnungsamtes und der Polizei in der Straße verstärken würden. Ich betonte aber auch, dass beide Seiten einander mit Verständnis begegnen müssten. Insgesamt habe ich die Diskussion als kritisch, aber offen empfunden. Die Leute waren nicht skeptisch oder besorgt, weil Muslime nach Templin kommen, sondern weil es Menschen aus einem anderen Kulturkreis sind: junge Männer, die womöglich Schreckliches im Krieg erlebt haben.

Vor dem Einzug der Flüchtlinge in das Asylbewerberheim hatten die Templiner die Möglichkeit, sich die Unterkünfte anzusehen. Es kamen sehr viele. Eine der Besucherinnen, eine noch recht junge Frau, brach in Tränen aus, als sie die Gemeinschaftsküche sah. Dort standen ganz neue Herde. Sie sagte, sie selbst könne sich keinen leisten und verstehe nicht, warum man den Geflüchteten so viele Dinge schenke, während sozial schwache Deutsche wie sie nichts hätten. Ich war mir nicht sicher, ob diese Frau ernst zu nehmen wäre oder ob es sich um einen kalkulierten Auftritt handelte. Was sie sagte, hörte sich sehr nach dem an, womit gewisse Parteien die Fremdenfeindlichkeit schüren. Ich beschloss, das persönlich zu überprüfen, und bin gleich am nächsten Tag zu der jungen Frau nach Hause gefahren.

Sie bastelte gerade etwas für den Kindergeburtstag ihrer Tochter. Man merkte gleich: Sie war tatsächlich in Not. Sie hatte das Geld vom Amt weder verschenkt noch verplempert oder für Alkohol ausgegeben. Sie hatte ein schwer krankes Kind zu Hause, das regelmäßig in einer Spezialklinik in Neubrandenburg behandelt werden musste. Dafür hatte sie sich ein Auto kaufen müssen, was sie finanziell in den Abgrund riss. Aus diesem Grund hatte sie ihren Herd verkauft. Sie hat

mir alles gezeigt, die Anträge, die Bescheinigungen vom Sozialamt, den Kaufvertrag für das Auto, die Krankenakte ihres Kindes. Offenbar hatte das Jobcenter bei ihr nur Dienst nach Vorschrift gemacht.

In unserem Gerätebestand für städtische Wohnungen haben wir noch einen Herd gefunden, den niemand brauchte. Den habe ich der Frau vorbeibringen lassen.

Als die ersten Flüchtlinge und Asylsuchenden schließlich eintrafen, waren viele Templiner sehr hilfsbereit. Vor allem die Gymnasiasten haben sich sehr hervorgetan und Kontakt zu den jungen Leuten aufgebaut. Es gab ein Willkommensfest, noch besser fand ich allerdings die zwei, drei Arbeitseinsätze, die wir organisiert haben. Junge Templiner und Geflüchtete haben zusammen den Park aufgeräumt, danach wurde gegrillt. Etwas miteinander zu erarbeiten schafft immer ein Gemeinschaftsgefühl. Das Gute daran war zudem, dass die Templiner sahen, die Geflüchteten packen mit an. Das hat Offenheit und Verständnis gestiftet. Auch in den Schulen klappte die Integration gut, besonders in der Grundschule. Die Direktorin bestand darauf, auf eine Integrationsklasse zu verzichten und einfach immer ein bis zwei Flüchtlingskinder in einer Klasse unterzubringen. Nach drei Jahren sprechen diese Kinder nun schon viel besser Deutsch als die Kinder aus der Integrationsklasse in der Nachbarstadt.

Es zeigte sich bald, die Templiner sind toleranter, als man es vielleicht hätte erwarten können. Sie haben sich schnell an den Anblick von kopftuchtragenden Frauen und an Menschen mit dunklerer Hautfarbe gewöhnt. Sie akzeptieren sogar, wenn bisweilen Muslime im Park beten.

Zum Glück ist die Kriminalitätsrate seit der Ankunft der Geflüchteten nicht gestiegen. Schwerwiegende Auseinandersetzungen zwischen Alteingesessenen und Neuankömmlingen gab es nie, nur ein, zwei Rangeleien unter jungen Leuten. Ein größeres Konfliktpotenzial hat sich im Asylbewerberheim zwischen bestimmten Gruppierungen aufgetan. Beispielsweise hatten syrische und iranische Christen anfangs mit Ausgrenzung zu kämpfen. Dieses Problem haben wir gelöst, indem für die betroffenen Familien Wohnungen außerhalb des Heims gefunden werden konnten. Mittlerweile sind einige der Tschetschenen unser Hauptproblem. Sie legen den Islam sehr streng aus, vernachlässigen oftmals die Schulpflicht ihrer Kinder und sind

die selbst ernannten Chefs im Asylbewerberheim. Sie haben sich dort die Führungspositionen gesichert. In der Gemeinschaftsküche kochen immer die tschetschenischen Familien zuerst.

Integration ist mühselig und nur erfolgreich, wenn man sich um jeden Einzelnen bemüht. Wir versuchen deshalb, für jeden der hier lebenden Migranten eine individuelle berufliche Lösung zu finden. Alle acht Wochen trifft sich ein speziell dafür eingerichteter Beirat, zu dem Vertreter der Stadt, der Handwerkskammer, der Sozialhilfe und einzelne Unternehmer gehören. Wir treffen uns und sprechen eigentlich über jeden einzelnen Migranten. Die Erfolgsquote ist trotzdem gering. Zwei Iraker sind in der Therme Templin zu Rettungsschwimmern ausgebildet worden. Der eine ist mittlerweile bei Tropical Island fest angestellt, der andere arbeitet bei den Berliner Bäderbetrieben. Aber solche Erfolgsgeschichten sind leider selten. Viele, die einen Ausbildungsplatz hatten, haben ihre Ausbildung abgebrochen. Ich kann verstehen, wenn jemand sagt, dieser Beruf ist einfach nichts für mich. Aber wenn der Ausbildungsplatz eigentlich den persönlichen Vorstellungen entspricht, ist für mich nicht nachvollziehbar, wieso man eine solche Chance vergibt. Das ist leider öfter passiert, als die Betriebe es von deutschen Auszubildenden kennen. Manchmal sind mangelnde Deutschkenntnisse der Grund für den Abbruch der Ausbildung, manchmal ist es aber auch einfach eine Frage der Einstellung. Meine Devise lautet mittlerweile: Die Hand reichen, aber auch wohlwollenden Druck ausüben.

Am schwierigsten ist es, eine Perspektive für die Analphabeten unter den Geflüchteten zu schaffen. Besonders unter den afghanischen Männern ist deren Anteil hoch. Es wurde ein Alphabetisierungskurs angeboten, aber leider ist kaum jemand gekommen.

Nun sind diese Männer seit drei Jahren hier und sprechen so gut wie kein Deutsch. Wenn ich ehrlich bin, ärgere ich mich jedes Mal, wenn ich darüber nachdenke. Sie essen, trinken, liegen im Bett und entfernen sich immer weiter vom deutschen Arbeitsmarkt. Die meisten von ihnen haben so gut wie keine Bleibeperspektive. Es könnte aber eine fantastische Entwicklungshilfe für Afghanistan sein, ihnen etwas beizubringen, was sie in ihre Heimat mitnehmen. Es müsste eine niedrigschwellige Ausbildung sein, eine zum Bauhilfsarbeiter beispielsweise. Wichtig ist, dass man sich nichts vormacht: Man kann

nicht innerhalb von drei Jahren einen Elektrotechniker aus einem Analphabeten machen.

Was mich auch stört, sind gewisse kulturelle Gewohnheiten. Ich finde es vollkommen inakzeptabel, wie manche Migranten ihre Frauen behandeln. Ich denke diesbezüglich an einige der Tschetschenen. Deren Frauen dürfen sich nicht einmal zeigen, wenn unsere Sozialarbeiterin ins Flüchtlingsheim kommt. Auch manche afghanischen Männer verbieten das ihren Frauen. Bei den syrischen Flüchtlingen habe ich ein solches Verhalten nur selten erlebt, bei den iranischen bisher gar nicht und schon gar nicht bei Asylsuchenden aus Schwarzafrika.

Soweit ich weiß, ist der Wunsch nach einem Gebetsraum bis jetzt nicht sehr ausgeprägt gewesen. Ich finde, Glauben ist Privatsache. Sollte eine Gruppe von Muslimen uns um Unterstützung bei der Suche nach passenden Räumlichkeiten bitten, werden wir uns dagegen nicht verwehren. Aber es ist nicht unsere vordergründige Aufgabe, den Glauben zu befördern. Der Islam ist eine Religion unter vielen, und ich möchte keine Gruppe bevorzugen.

Rückblickend muss ich sagen: Wir haben bei der Integration vieles gut gemeint, aber nicht alles gut gemacht. Vieles musste ich erst lernen. Die Vorstellung, dass jemand sofort in den Arbeitsmarkt integrierbar wäre, halte ich heute für naiv.

Bei den beiden Praktikumsbörsen, die wir im Asylbewerberheim veranstaltet haben, hatten wir beispielsweise beim ersten Mal auch Betriebe da, die im Elektronikbereich tätig sind. Wir mussten erkennen, dass die Anforderungen in diesem Tätigkeitsbereich eigentlich für alle Geflüchteten zu hoch sind. Bei der zweiten Praktikumsbörse haben sich eher einfache Handwerkszweige vorgestellt, die für eine Ausbildung nicht unbedingt Abitur verlangen. Das funktionierte schon eher. Zudem wäre es besser gewesen, wenn die Asylsuchenden sich ihren Praktikumsbetrieb erst einmal drei Tage lang angeschaut hätten. Dann hätten beide Seiten sagen können, ob das überhaupt das Richtige ist oder ob man sich womöglich falsche Vorstellungen gemacht hat. Die Abbruchquote war nämlich sehr hoch.

Eigentlich hat Templin in vielerlei Hinsicht keine guten Voraussetzungen, um Geflüchtete zu integrieren. Es ist hier äußerst schwierig, Arbeit zu finden, und der Wohnungsmarkt ist sehr angespannt. Wir

haben jedoch für alle Familien, die hierbleiben wollen, Wohnungen gefunden. Manchmal dauerte es allerdings sechs Monate.

Die jungen Männer, deren Asylantrag anerkannt worden ist, ziehen wegen der schwierigen Arbeitsmarktsituation fast alle in Richtung Ruhrgebiet. Einige sind auch nach Berlin oder Hamburg gegangen. Es kann sein, dass jene, die hierbleiben, eine ganze Weile oder sogar für immer von Hartz IV leben müssen. Ihre Kinder aber haben hier sehr gute Chancen. Grundsätzlich finde ich, man sollte die Leute fragen, ob sie überhaupt in Deutschland bleiben wollen, und ihnen gegebenenfalls vernünftige Rückkehroptionen aufzeigen.

Nach der Ankunft der Geflüchteten gab es Veranstaltungen der AfD und der NPD in Templin. Sie haben versucht, fremdenfeindliche Stimmung zu verbreiten. Aber es hat nicht funktioniert. Ich glaube, das hatte vier Gründe. Erstens sind wir sehr offensiv mit der Anwesenheit der Geflüchteten umgegangen. Selbst jetzt, drei Jahre später, kümmern wir uns immer noch um die Menschen, obwohl der öffentliche Hype längst vorbei ist. Zweitens haben die jungen Templiner von Anfang an den Kontakt zu den jungen Geflüchteten gesucht und vieles mit ihnen zusammen unternommen. Drittens haben die lokalen Medien vernünftig berichtet, und viertens wurde sehr darauf geachtet, dass sich auch sozial schwache Templiner und Asylsuchende begegnen und sich ein eigenes Bild machen können. So wurden Gerüchten vorgebeugt, und keiner musste das Gefühl haben, der andere werde materiell bevorzugt.“

Der afghanische Bauarbeiter

Ahmad Shirzay ist 25 Jahre alt, Afghane und hat seit seiner Ankunft hervorragend Deutsch gelernt. Er hatte einen Ausbildungsplatz, aber die Firma meldete Insolvenz an. Jetzt arbeitet er in unbefristeter Anstellung bei einer Baufirma.

„Ich stamme aus der ostafghanischen Provinz Parwan. Im Juni 2015 bin ich nach Deutschland gekommen. Zunächst war ich in Eisenhüttenstadt, von dort aus ging es zwei Monate später nach Templin. Ich habe damals auf Google Earth nachgeschaut, wie Templin aussieht. Es gibt Orte in der Uckermark, da stehen kaum Häuser, und ringsum

sind nur Wiesen, Seen und Wald. Als ich sah, dass Templin ein richtiges Städtchen ist, habe ich mich sehr gefreut.

Mir gefällt es in Templin. Es gibt viele Ehrenamtliche, die uns helfen. Nach unserer Ankunft hat jeder von uns einen Paten zur Seite gestellt bekommen, meiner heißt Joachim Lang. Wir sind Freunde geworden und treffen uns immer noch; zum Kochen, Reden, und manchmal gehen wir joggen. Ohne die Unterstützung von Menschen wie Joachim wäre es viel schwieriger für mich gewesen, Deutsch zu lernen und einen Ausbildungsplatz und eine Wohnung zu finden.

Natürlich habe ich darüber nachgedacht, ob ich nicht in eine größere Stadt ziehen sollte. Aber ich traue mich nicht. In einer neuen Stadt wäre ich erst mal wieder alleine. Ich müsste von vorne anfangen. In Templin habe ich dagegen einen kleinen Bekanntenkreis und Arbeit. Die Stadt ist meine deutsche Heimat geworden. Selbst wenn ich wegziehen wollte, dürfte ich das nicht. Mein Asylantrag wurde abgelehnt. Ich habe dagegen Klage eingereicht. Jetzt muss ich abwarten, was passiert.

Ich wusste lange nicht, wann genau ich auf die Welt gekommen bin. Meine Eltern hatten nur das Jahr 1993 notiert. Mein Vater sagte immer: ‚Drei Tage nachdem du auf die Welt gekommen bist, sind bei uns Kämpfe zu Ende gegangen.‘ Mittlerweile habe ich herausgefunden, welchen Krieg er meinte und dass er am 15. Februar zu Ende ging. Also wurde ich wohl am 12. Februar 1993 geboren. Am Telefon habe ich meinen Vater kürzlich gefragt, ob das stimmt. Er sagte: ‚Ja, das hast du gut gemacht, mein Sohn.‘

Ich habe vier Geschwister, meine Mutter ist sehr früh gestorben. Mein Vater ist Bauer. Als Kind arbeitete ich immer von fünf Uhr bis zum Schulbeginn um acht auf dem Feld meines Vaters. Nach dem Unterricht ging es weiter. Nachdem ich das Abitur abgelegt hatte, war ich für die US-Sicherheitsfirma Blackwater tätig. Weil die Taliban drohten, mich deshalb zu töten, floh ich zunächst in den Iran. Ich dachte mir, ich warte, bis sich die Lage wieder beruhigt hat. Aber die politische Situation in Afghanistan wurde immer schlimmer, und die Taliban bekamen wieder mehr Einfluss und Macht. Es war klar, dass sie mich töten würden, sollte ich in ihre Hände geraten. Nach zwei Jahren entschied ich mich, in die Türkei zu gehen. Aber dort gab es leider keine Perspektive für mich.

Ich entschloss mich, Freunde zu begleiten, die nach Deutschland wollten. Ich hatte viel in der Türkei gearbeitet und 5.000 Dollar gespart. Aber schon die Überfahrt nach Griechenland kostete 1.200 Dollar. Der Schlepper, der uns danach begleiten sollte, verlangte 14.500 Euro. Er bekam das Geld und tauchte ab. Wir liefen alleine los. An der mazedonisch-serbischen Grenze wurden wir einen Monat lang in einen Raum eingesperrt, in dem schon andere Flüchtlinge gefangen waren. Man wollte Geld aus uns herauspressen. Wer etwas trinken wollte, sollte für eine Flasche Wasser 10 Euro bezahlen. Jeder sollte 3.000 Euro hergeben, um freizukommen. Aber so viel hatten wir nicht mehr. Eines Tages konnten wir unsere Bewacher überwältigen. Mit uns sind noch 15 andere Flüchtlinge entkommen.

Wenn wir in Serbien Polizisten begegnet sind, verlangten sie immer Geld. Mal 10 Euro, mal mehr. Auch in Ungarn wurden wir von Polizisten durchsucht. Ich hatte alles, was wir noch hatten, an mich genommen. Es waren 600 Dollar, sie steckten in meinen Socken. Der ungarische Polizist hat sie gefunden und mir weggenommen. Zu meinem großen Erstaunen gab er sie mir jedoch wieder zurück. Er sagte: ‚Nimm, das gehört dir.‘ Als wir dann in Deutschland ankamen, schrieben die Polizisten genau auf, was wir alles bei uns hatten. Sie gaben uns alles bis auf den letzten Cent zurück.

Mir war klar, ich muss richtig Deutsch können, wenn ich hier leben will. Als Afghane durfte ich erst keinen Kurs besuchen. Ich lernte deshalb mit Youtube-Videos Deutsch. Als man mich dann doch in einen A1-Kurs gelassen hat, war ich nur zwei-, dreimal dort. Das Unterrichtstempo war mir zu lahm. Ich habe lieber zu Hause mit dem Lehrbuch gelernt. Ich bemühte mich sehr, sprach möglichst viel mit Deutschen und hörte viel Radio.

Afghanen, die eine schlechte Bleibeperspektive haben oder deren Asylantrag abgelehnt wurde, dürfen den B2-Sprachkurs nicht machen. Ich also auch nicht. Aber ohne das B2-Diplom ist es fast unmöglich, einen Ausbildungsplatz zu finden. Ich habe deshalb einfach behauptet, ich hätte es. Ich wusste mir nicht mehr anders zu helfen. Außerdem sprach ich damals schon so gut Deutsch, als hätte ich den B2-Kurs gemacht.

Meine Arbeit auf dem Bau ist ganz gut bezahlt, aber ich würde gerne mehr arbeiten. Ich brauche das Geld für meine Miete und

da ich gerade den Führerschein mache. Außerdem unterstütze ich meine Familie in Afghanistan mit 300 Euro im Monat. Manchmal denke ich noch darüber nach, ob ich mir nicht einen neuen Ausbildungsplatz suchen sollte. Am liebsten würde ich ja Bauingenieurwesen studieren. Schon als Kind habe ich davon geträumt, auf eine Universität zu gehen. Aber meine Zeugnisse liegen in meiner alten Schule in Afghanistan, ich müsste sie irgendwie hierherschaffen. Doch wie soll das bei den Verhältnissen in Afghanistan gehen? Soweit ich weiß, verlangen deutsche Universitäten ein Schulabschlusszeugnis oder eine abgeschlossene Berufsausbildung für die Studienzulassung.

Anfangs habe ich in Templin auch schlechte Erfahrungen gemacht. An einem Abend wurde unser Heim angegriffen. Die Leute haben leere Bierflaschen geworfen und Feuerwerkskörper gezündet. Aber nun ist schon länger nichts mehr passiert. Was ich schade finde, ist, dass viele deutsche Jugendliche sich so zurückgezogen haben. Als wir 2015 hier ankamen, war das anders. Da haben sich viele um Kontakt bemüht. Ich hatte damals ein Mädchen kennengelernt. Sie hat mich in die Villa eingeladen, dort war es wirklich toll. Aber dann hat sie einfach nicht mehr auf meine Anrufe reagiert. Irgendwann habe ich sie zufällig im Supermarkt getroffen. Ich habe sie gefragt, warum sie sich nicht mehr meldet. Sie sagte: ‚Meine Eltern wollen nicht mehr, dass ich Flüchtlinge treffe.‘ Mich hat das sehr traurig gemacht. Sicherlich, manche Flüchtlinge haben in Deutschland Verbrechen begangen. Ich bin aber bestimmt kein Gewalttäter. Ich bin ja selbst vor dem Krieg geflohen. Es ist schlimm, wenn wegen der Taten Einzelner alle bestraft werden.

Die Flucht und alles andere habe ich nur geschafft, weil ich an Gott glaube. Das Schwierigste war für mich die Fahrt übers Meer. Ich kann nicht gut schwimmen. Schon bald stand im Boot das Wasser zwanzig Zentimeter hoch. Es war für zwanzig Personen ausgelegt, aber der Schlepper hatte es mit vierzig Menschen aus Pakistan, Afghanistan, Syrien und dem Irak beladen. Wir dachten, wir gehen unter, und warfen alle Habseligkeiten über Bord. Danach war alles still. Jeder hat stumm gebetet: anderthalb Stunden lang, unter Todesangst. Dann kam Land in Sicht. Wer so etwas erlebt hat, möchte auch später zu Gott beten. Mir persönlich gibt der Glaube Halt, und ich würde mir

wünschen, dass meine Religion auch in Deutschland einen Platz in meinem Leben haben kann.

Bisher bete ich immer zu Hause, aber in Gemeinschaft wäre es schöner. Ich würde mich sehr freuen, wenn in Templin ein Gebetsraum eingerichtet werden würde.“

Der Dolmetscher aus Somalia

Abdulrahman Jamea ist 26 Jahre alt und Somali. Er spricht hervorragend Deutsch.

„Alle nennen mich nur Jamil, weil Abdulrahman für Deutsche schwierig auszusprechen ist. Aufgewachsen bin ich in Mogadischu. Ich bin alleine von dort aufgebrochen. Meine Eltern sagten: ‚Geh!‘ Sie hatten keine Angst um mich, hoffentlich können sie mich eines Tages besuchen kommen. Mein Weg führte mich zunächst in die Türkei und dann über die Balkanroute nach München. Am 9. November 2015 kam ich dort an. Mit dem Zug reiste ich weiter nach Berlin, Aufnahme fand ich in einem Erstaufnahmelager in Eisenhüttenstadt. Ich habe dort in einer Großküche als Freiwilliger gearbeitet. Nach zwei Monaten, im Januar 2016, kam ich dann nach Templin. Die Stadt gefällt mir gut, sie ist ruhig und friedlich. Die Menschen sind sehr freundlich, ich habe schon viele Templiner kennengelernt. Besonders beim Fußballspielen konnte ich Kontakte knüpfen.

Einige der Geflüchteten würden gern in eine größere Stadt umziehen. Ich will das nicht, ich stelle mir das Leben dort komplizierter vor. Man braucht mehr Geld, die Mieten sind höher, und bestimmt ist es noch schwieriger als in Templin, eine vernünftige Arbeit zu finden. In größeren Städten werden vor allem Tellerwäscher und Kellner gesucht. Da es in Templin kein Geschäft gibt, das auf Halal-Lebensmittel spezialisiert ist, fahren die meisten der Geflüchteten einmal im Monat zum Einkaufen nach Berlin. Ich habe jedoch festgestellt, dass nicht einmal das unbedingt nötig ist. Man kann auch in Templiner Supermärkten Halal-Produkte finden.

Ich würde gern eine Ausbildung zum Krankenpfleger machen. Noch lieber wäre mir allerdings Fremdsprachenkorrespondent.

Ich spreche fließend Französisch, Arabisch und schon ziemlich gut Deutsch. Es war mir wichtig, die Sprache schnell zu lernen, schließlich möchte ich in Deutschland bleiben. An der Volkshochschule Templin habe ich Deutschkurse besucht. Sehr geholfen hat mir meine Patin Erika Penn, sie ist achtzig Jahre alt. Sie ist früher Lehrerin gewesen und hat mich oft zum Lernen zu sich nach Hause eingeladen.

Es gibt Geflüchtete, die sind seit drei Jahren hier und sprechen so gut wie kein Deutsch. Vor allem bei den Frauen ist das oft der Fall. Sie kommen zu selten mit Deutschen in Kontakt oder haben wegen der Kinder keine Zeit, einen Deutschkurs zu besuchen. Ich finde es sehr wichtig, dass auch sie die Chance bekommen, Deutsch zu lernen und arbeiten zu gehen. Es ist nicht gut, wenn sie nur zu Hause sitzen. Viele muslimische Männer sagen jedoch: ‚So ist eben unsere Religion.‘ Aber das stimmt nicht, es hat viel mehr mit ihrer Kultur zu tun. In vielen muslimischen Ländern ist es nicht üblich, dass Frauen sich frei bewegen. Aber wir sind hier in Deutschland, und hier sind die Frauen frei. Ich finde es falsch, wenn man nicht versucht, sich anzupassen.

Religion ist eigentlich kaum ein Thema zwischen uns Flüchtlingen. Mir persönlich ist mein Glaube wichtig. Einige von uns hätten gerne einen Gebetsraum in Templin. Da es keinen gibt, fahren wir freitags meistens nach Prenzlau ins Flüchtlingsheim, wo jede Woche das Freitagsgebet abgehalten wird.

Zusammen mit Bekannten und Freunden habe ich 2017 den Verein ‚Neu in Templin‘ gegründet, er hat derzeit etwa fünfzig Mitglieder. Er soll Menschen helfen, die neu nach Templin gekommen sind. Wir denken da derzeit vor allem an Geflüchtete, wollen aber auch anderen Neutemplinern behilflich sein. Einige der Vereinsmitglieder sprechen mittlerweile so gut Deutsch, dass sie sich als Sprachmittler zertifizieren lassen konnten. Wir begleiten Flüchtlinge zum Arzt oder zu Behörden und übersetzen. Außerdem unterstützen wir sie bei der Suche nach einem Ausbildungs- oder Arbeitsplatz.

Der Verein soll ein Ort sein, um sich zu treffen, gemeinsam Sport zu treiben und Kontakte zu anderen Vereinen aufzunehmen. Wir wollen uns wirklich in Deutschland integrieren, deshalb ist es sehr wichtig für uns, Deutsche kennenzulernen. Integration ist ein zweiseitiger Prozess, und die Templiner zeigen deutlich, dass sie bereit

sind, uns zu akzeptieren. Haben Sie nicht Lust, nachher um 17 Uhr zu unserer Vereins-sitzung zu kommen?“

Der Verein „Neu in Templin“ trifft sich im Multikulturellen Centrum Templin, kurz MKC genannt. Es ist Templins Kulturzentrum und beherbergt ein Kino und eine Galerie mit Café. Im September 2017 zeigte das MKC die Ausstellung „Unser Leben“, die der Verein „Neu in Templin“ organisiert hatte. Anhand von Selbstzeugnissen über ihr Leben vor und während der Flucht und über ihre ersten Schritte in Templin porträtierte sie eine Reihe von Geflüchteten. Auf diese Art sagten sie Danke für die erlebte Hilfsbereitschaft und zeigten, dass sie etwas zurückgeben und ein nützlicher Teil der Gesellschaft sein wollen.

Als ich im Foyer des MKC eintreffe, werden noch Tische zusammengerückt und Kannen mit Tee und Wasser bereitgestellt. Etwa zwanzig Leute sind da. Sie stammen aus Syrien, Afghanistan und Somalia. Auch zwei Deutsche sind anwesend: Kathrin Frese, die Geschäftsführerin des MKC, und Anna Michel, eine der Mitbegründerinnen des Vereins. Abdulrahman Jamea ist da, Ahamad Shirzay und der Vereinsvorsitzende Assem Kakoura, ebenfalls ein Gründungsmitglied. Der Syrer kam im Jahr 2015 nach Templin. Aufgrund seiner guten Deutschkenntnisse arbeitete er fast zwei Jahre lang als Übersetzer in einem Integrationsprojekt des Angermünder Bildungswerks. Es ist kürzlich ausgelaufen und Kakoura gerade arbeitslos.

Der Vereins-sitzung beizuwohnen ist ein Genuss. Hier haben sich Menschen versammelt, die sich wirklich einbringen wollen. Sie machen das, obwohl ihnen in vielerlei Hinsicht die Erfahrung dafür fehlt. Immer wieder wird deutlich, wie ungewohnt das freie, offene Diskutieren für die meisten von ihnen ist. Sicherlich, die Sprache ist für viele noch eine Hürde. Viel schwerer wiegt jedoch, dass die Männer und Frauen aus Ländern stammen, in denen es so gut wie keine zivilgesellschaftlichen Strukturen gibt. In Syrien galt Bürgerengagement, das nicht den Vorstellungen des Assad-Regimes entspricht, als subversiv. Und in Afghanistan unterdrückten Krieg und die jahrzehntelange Herrschaft der Taliban die Zivilgesellschaft. Was Vereinsarbeit ist,

müssen die Menschen erst lernen. Mehrfach ermutigt Assem Kakoura die Anwesenden. Er sagt: „Ihr könnt ruhig etwas sagen, das ist Demokratie.“ Und Anna Michel achtet darauf, dass der Schriftführer nicht nur zuhört, sondern Gesagtes auch protokolliert.

Der Verein hat schon Beachtliches vorzuweisen: Er hat eine über Whats App miteinander verknüpfte Gruppe von ehrenamtlichen Dolmetschern und Behördenbegleitern für Arabisch und Paschtu ins Leben gerufen. Vielversprechend klingt auch, was man sich einfallen hat lassen, damit auch Neutempliner, die keinen Computer besitzen, an kostenlosen Online-Deutschkursen teilnehmen können. Das ist vor allem für jene wichtig, deren Asylantrag abgelehnt worden ist. Für sie werden deutschlandweit keine B2-Kurse mehr finanziert.

Der Verein konnte dafür kostenlos dreißig ältere Computer übernehmen, die der Landkreis Uckermark routinemäßig aussortiert hat. Die Geräte sollen an verschiedenen, möglichst öffentlich zugänglichen Orten für interessierte Deutschlernende aufgestellt werden oder den Vereinsmitgliedern zur Ausleihe zur Verfügung stehen.

Assem Kakoura und Abdulrahman Jamea berichten, dass sie in Templin ein Seminar zur politischen Bildung organisieren wollen. Kakoura erklärt, worum es geht: „Man erfährt viel über das politische System Deutschlands, lernt aber auch Praktisches, beispielsweise was für Rechte und Pflichten man gegenüber der Polizei hat und wie man sich verhalten soll, wenn sie einen kontrolliert.“ Die Übrigen am Tisch nicken zustimmend. Auch ein Seminar zum Thema Ausbildung und Arbeit ist geplant. Es soll den Teilnehmern beispielsweise erklären, was eine Sozialversicherungsnummer und eine Steuererklärung ist und was man tun kann, wenn man eine Ausbildung machen möchte, aber das Schulzeugnis aus der zehnten Klasse fehlt.

Dann wird über den Wunsch nach einem Gebetsraum gesprochen. Im Templiner Flüchtlingsheim gibt es einen Kellerraum, der aus Sicht des Vereins gut dafür geeignet wäre. Die Johanniter, die das Heim betreiben, sind jedoch gegen eine solche Nutzung. Sie befürchten Unruhe, sollten zum Freitagsgebet auch Muslime von außerhalb kommen, berichtet Kakoura. Er sagt: „In so gut wie allen Flüchtlingsheimen gibt es mittlerweile einen Gebetsraum. Ich verstehe nicht, warum das in Templin nicht möglich sein soll. Wenn wir freitags nach Prenzlau fahren, um dort in der Flüchtlingsunterkunft zu beten, sind

wir auch Fremde. Für die Betreiber der Unterkunft ist das kein Problem.“ Jemand schlägt vor, die Kirchengemeinde zu fragen. „Wäre es ein Problem, in kirchlichen Räumlichkeiten oder in unmittelbarer Nähe zu einer Kirche zu beten?“, fragt Anna Michel. Die Muslime schütteln den Kopf.

Danach steht das Templiner Stadtfest auf der Tagesordnung und ob der Verein dort mit einem Stand präsent sein möchte. Die meisten sind dafür und haben auch schon Ideen für Tanz, Musik und Essen. Zunächst aber muss geklärt werden, ob dann nicht noch Ramadan ist oder schon das mehrtägige Zuckerfest gefeiert wird, das das Ende des Fastenmonats markiert. Denn der Beginn des Ramadans verschiebt sich jedes Jahr um einige Tage. Nun zeigt sich eine Wissens- und Erfahrungslücke bei den anwesenden Deutschen. Sie wissen nicht, warum kein Verlass auf das Datum sein soll, das im Internet für Beginn und Ende des Ramadans angegeben ist. Ihnen wird erklärt: Der islamische Kalender, dessen Jahr nur 354 Tage dauert, richtet sich nach dem Mond. Der Tag nach der Nacht, in der die Sichel des Neumonds erstmals gesichtet wird, ist nach dem islamischen Mondkalender der erste Tag eines neuen Monats. Der neunte Mondmonat im islamischen Mondjahr heißt Ramadan. Wegen des Mondzyklus verschiebt sich dessen Beginn jedes Jahr um zehn oder elf Tage. Da die Zyklen von Mond und Sonne nicht völlig synchron verlaufen, kann es vorkommen, dass der Neumond etwa in Frankreich zu sehen ist, in Südkorea aber noch nicht. Manche Muslime bestehen darauf, man müsse den Neumond sehen, anderen genügen astronomische Berechnungen, um den Beginn eines neuen Monats festzustellen. Wenn sich der Ramadan nähert, herrscht deshalb Jahr für Jahr in der islamischen Welt Streit.

Am Tisch wird schließlich beschlossen, davon auszugehen, das Stadtfest falle mit dem Zuckerfest zusammen. „Gut, wer kocht?“, fragt Anna Michel. Ein junger Mann meldet sich: „Ich kann kochen. Ich war auf der Flucht zwei Jahre in der Türkei und habe dort in einer Restaurantküche gearbeitet.“ Anna Michel erklärt, dass mit dem Essensangebot Geld für die Vereinskasse verdient werden kann. Einige der Neutempliner dachten, es werde kostenlos an die Besucher des Stadtfestes verteilt – eben wie bei einem Fest in den Ländern, aus denen sie stammen.

Das Treffen dauert gut zwei Stunden. Als sich die Versammlung auflöst, liegt die Abenddämmerung über der Stadt, die für die Vereinsmitglieder zum neuen Zuhause wurde.

Muslimische Vereine in der Prignitz

In Neuruppin wird dem Imam genau zugehört, in Wittenberge sucht die Gemeinde noch nach dem richtigen Weg

Auch in Neuruppin gibt es mittlerweile einen Verein, der von muslimischen Migranten initiiert worden ist. Er trägt den schönen Namen „Al Salam e. V“. Das Wort „Salam“ bedeutet, aus dem Arabischen übersetzt, „Frieden“. Nicht-Muslime, die mit Migranten zu tun haben oder schon einmal in ein islamisches Land gereist sind, kennen das Wort als Teil der islamischen Begrüßungsformel. Die Tradition möchte, dass ein Muslim bei Begegnungen „Salam aleikum“ – „Friede sei mit dir“ sagt. Im Idealfall lautet die Antwort des Gegrüßten „Wa aleikum salam“ – „und auf dir sei der Friede auch“. Auf diese Weise, erklärt der Vereinsvorsitzende Maher Azzam, versicherten Menschen einander, dass man nichts Schlechtes vom Gegenüber zu befürchten habe. „Das ist es auch, was wir den Neuruppinerinnen vermitteln möchten: Sie brauchen keine Angst vor uns Muslimen zu haben. Alle sollen sich wohlfühlen in dieser Stadt.“ Der Verein möchte Muslime unterstützen und über den Islam informieren. Für Letzteres gibt es schon konkrete Pläne: Während des Fastenmonats Ramadan möchten die Vereinsmitglieder Muslime und Nichtmuslime zum Fastenbrechen einladen. Beim gemeinschaftlichen Essen und Trinken soll den Gästen die Bedeutung des Fastens im Islam erklärt werden. Die Einladung ist für einen Samstag geplant. Azzam hat nämlich beobachtet, dass die Deutschen samstags weniger früh schlafen gehen. Auch für das Zuckerfest hat er schon eine Idee: ein großes Fest mit Spielen und Süßigkeiten für die Kinder. „So feiern wir das Ende des Ramadans auch in meiner Heimat“, sagt Azzam.

Der 43 Jahre alte Syrer sitzt in seinem Büro, ihm gegenüber hat seine Chefin, die evangelische Pfarrerin Christiane Schulz, Platz genommen. Sie ist eine der Geschäftsführerinnen des diakonischen Vereins „Einsetzen statt Aussetzen“, der in der Kurzform ESTArup-

pin genannt wird und für den Azzam arbeitet. Der Verein engagiert sich im Landkreis Ostprignitz-Ruppin unter anderem für Begegnung und Integration sowie für Chancengleichheit und Schutz vor Armut. Außerdem leistet er Präventionsarbeit gegen Gewalt und rechtsextreme Einflüsse. Maher Azzam gehört seit März 2016 zum Team.

Er stammt aus Hama, der Stadt, in der die syrische Armee im Februar 1982 ein Massaker anrichtete, dem bis zu 40.000 Menschen zum Opfer fielen. Hama galt damals als Hochburg der Muslimbruderschaft. Um einen aufflammenden Aufstand niederzuschlagen, griff die syrische Armee sie an. Über das Massaker zu sprechen war in Syrien jahrzehntelang ein Tabu. Erst die Demonstranten des Arabischen Frühlings machten 2012 bei ihren Protestmärschen auf das Verbrechen aufmerksam. Das Assad-Regime nahm daraufhin furchtbare Rache.

Maher Azzam war sieben Jahre alt, als 1982 das Massaker in seiner Heimatstadt geschah. Er sagt, er habe Erinnerungen daran, die jedoch zu dunkel seien, um sie in Worte fassen zu können. Er wurde Englischlehrer und fand eine Anstellung an einem Gymnasium am anderen Ende der Stadt. Mit Beginn des Bürgerkriegs wurde es immer gefährlicher, auf der Straße unterwegs zu sein. Mehrere Kollegen und Schüler Azzams ereilte der Tod, weil sie auf ihrem täglichen Weg zur Schule zu Opfern von Gefechten, Granateneinschlägen oder Scharfschützen wurden. Und immer öfter gab es Nachrichten über Menschen, die man aus ihrem Auto heraus entführt hatte, um Lösegeld zu erpressen. Die Situation wurde unerträglich, und Azzams Vater flehte seinen Sohn an, Hama zu verlassen und ins sichere Europa zu fliehen. Im Juli 2015 machte Azzam sich auf den Weg. Über die Türkei, Griechenland und den Balkan reiste er nach Deutschland, wo er am 3. August 2015 eintraf. Seine Frau, seinen Sohn und seine Tochter hat er mittlerweile nachgeholt. Er ist in eine eigene Wohnung gezogen, hat Arbeit bei ESTAruppin gefunden und hervorragend Deutsch gelernt.

Azzam bezeichnet sich als gläubigen Muslim: „Ich komme aus einer sehr gläubigen Familie, aber wir sind überzeugt, dass der Islam nicht so konservativ und streng gelebt werden muss, wie viele Muslime das behaupten. Strömungen wie der Salafismus oder der Wah-

habismus sind für mich nicht der echte Islam. Es steht an keiner Stelle im Koran, dass man andere Menschen töten darf oder sie zwingen soll, zum Islam zu konvertieren. Im Koran steht, dass der Islam, das Christentum und das Judentum gleichwertig sind.“

Wenn er in Neuruppin mit anderen muslimischen Migranten darüber geredet habe, wie es ihnen in der Fremde ergeht, seien bestimmte Fragen immer wieder aufgetaucht: Wo können wir freitags beten? Wer sagt uns, was man als Muslim zu tun hat, wenn man heiraten will? Und was ist, wenn jemand stirbt und nach islamischem Ritus beigesetzt werden soll? „Ich hatte das Gefühl, wir brauchen einen Ort, an dem solche Fragen geklärt werden können, und einen Imam, der uns als Gemeinde betreut“, sagt Azzam.

Er sprach mit muslimischen Migranten aus Afrika, aus Afghanistan, Syrien, Tschetschenien und stellte fest: Sie alle haben unterschiedliche Vorstellungen vom Islam. „Ich sagte zu ihnen: Wir sind alle Muslime. Wir alle glauben, es gibt nur einen Gott, aber viele Religionen. Wir sind in Ostdeutschland und als Muslime eine Minderheit. Wir möchten uns offen zu unserer Religion bekennen, sie ausüben. Gleichzeitig wollen wir in der deutschen Gesellschaft leben. Wir sind nicht hier, um Krieg zu führen, sondern weil wir Frieden und Sicherheit wollen. Lasst uns deshalb einen Verein gründen, der uns das erleichtert.“

Christiane Schulz, 57 Jahre, kurze Haare, energischer Blick, hat Maher Azzam bei der Gründung des Vereins unterstützt. Sie gehört auch dessen Vorstand an. Dass eine evangelische Theologin sich für die Belange von Muslimen engagiert, ist nicht selbstverständlich. „Al Salam“ ging es schließlich von Anfang an auch um die Einrichtung eines muslimischen Gebetsraums. Kirchenvertreter stehen derartigen Projekten oftmals ablehnend gegenüber. Sie befürchten, dass man in Deutschland dem Islam zu viel Raum zugestehe – Raum, der Christen verloren geht. Der Pfarrerin liegt solches Denken jedoch fern. Sie sagt: „Mein Glaubensverständnis und Handeln sind auf das Gemeinwesen ausgerichtet. Ich bin mir sicher, der liebe Gott möchte, dass wir verschiedenen Religionen angehören. Er will, dass wir uns austauschen, uns streiten und lernen, miteinander klarzukommen.“ Für sie ist es selbstverständlich, dass die Kirche sich in der Flüchtlingsarbeit engagiert: „Das ist eine ihrer Wesensaufgaben.

Auch Jesus musste mit seiner Familie aus machtpolitischen Gründen das Weite suchen.“

Schon bald nachdem die ersten Geflüchteten in Neuruppin eingetroffen waren, organisierte Christiane Schulz mit Muslimen und Christen eine Gesprächsreihe zum Thema Religion und veranstaltete gemeinsame Gottesdienste. Zudem ermöglichte sie muslimischen Gläubigen, freitags in den Räumen von ESTAruppin zu beten. Die Pfarrerin ist der Ansicht, der kritische Dialog zwischen Christen und Muslimen ist in der heutigen Welt unabdingbar. Die wechselnden Veranstaltungen seien gut besucht gewesen, erzählt sie, aber eigentlich wünschte sie sich ein interreligiöses Projekt von Dauer. Nur wie sollte man ein solches ins Leben rufen, wenn sich in Neuruppin die Muslime und Christen nicht auf Augenhöhe begegnen können?

Die Pfarrerin ist überzeugt, Religionen brauchen feste Orte, um aufeinander zugehen zu können. Die Muslime von Neuruppin aber hatten damals nicht einmal einen Gebetsraum. Als Maher Azzam ihr von seiner Idee zur Gründung eines muslimischen Vereins erzählte, begrüßte sie seine Initiative deshalb sehr und unterstützte ihn bei der Suche nach Räumlichkeiten. Sie wurden inzwischen gefunden, im alten Rathaus von Neuruppin. Dort sollen unter dem Dach ein Gebetsraum eingerichtet werden sowie ein Zimmer, in dem sich Interessierte treffen und diskutieren können.

Gibt es muslimische Organisationen, die „Al Salam“ finanziell unterstützen? Azzam schüttelt energisch den Kopf. „Nein. Wir möchten unabhängig bleiben. Wir finanzieren uns über Spenden unserer Mitglieder und denken gerade über einen festen Mitgliedsbeitrag nach.“

Als sehr schwierig hat sich die Suche nach einem geeigneten Imam erwiesen, der selbst in Neuruppin lebt. Eine Zeit lang kam freitags regelmäßig ein Imam aus Berlin. Maher Azzam hatte das organisiert. Er kannte Imam Fayez Rachid aus Hama, wo dieser eine kleine Moscheegemeinde betreut hatte. Als Azzam ihn anrief und ihn darum bat, in Neuruppin die Freitagspredigt zu halten, sagte der Imam sofort zu. Allerdings habe er freitags immer Deutschunterricht, den er unmöglich jede Woche ausfallen lassen könne. Maher Azzam verfasste ihm ein Entschuldigungsschreiben, es wurde akzeptiert in Berlin.

Imam Fayez Rachid steht den Neuruppiner Muslimen wegen anderer Verpflichtungen mittlerweile nicht mehr zur Verfügung. Der Mann, der wahrscheinlich künftig die Freitagspredigt für die Vereinsmitglieder halten wird, heißt Abdul Rahman Droubi und ist ein Buchhalter aus Syrien. Imam zu sein müsse er erst noch lernen, aber im Koran kenne er sich schon ganz gut aus, sagt Azzam. Droubis religiöse Ansichten gelten als konservativ. Azzam hat ihm klargemacht, was man von ihm erwartet, und sich vorgenommen, ihm auf die Finger zu schauen: Die Vereinsmitglieder möchten nicht, dass in ihrem Gebetsraum zu Abschottung oder Hass aufgerufen wird. Sie wollen einen Imam, der den Menschen Mut zuspricht, dass ihre Integration in die deutsche Gesellschaft gelingt. Außerdem soll der Imam sich auf die Besonderheiten des Vereins einstellen. Dieser vereint unter seinem Dach Sunniten, Schiiten sowie Muslime afrikanischer Prägung. Einige der Mitglieder beten fünfmal am Tag, andere nur freitags. Trotzdem sollen sich alle wohlfühlen, wenn der Imam zu ihnen spricht. „Er war einverstanden. Aber wir haben miteinander gerungen“, sagt Azzam. Als der Imam darauf bestehen wollte, Mitglied im Vorstand zu werden, und Azzam das ablehnte, kam es fast zum Bruch. Auch seinen Vorschlag, Koranunterricht für Kinder und Jugendliche anzubieten, lehnte Azzam strikt ab: „In Syrien haben solche Koranschulen in der Regel sehr strenge Muslime hervorgebracht. Aus normalen Mädchen und Jungs wurden Mädchen in Vollverschleierung und Jungs in knöchellangen Hosen, wie sie unter Salafisten üblich sind.“

Da der Imam noch nicht so gut Deutsch spricht, wird er das Freitagsgebet auf Arabisch halten. Es setzt sich zusammen aus der „Chutba“, der Predigt, und dem eigentlichen Gebet, genannt „Salaat“. „Salaat ist ein Ritualgebet und wird deshalb von allen Muslimen verstanden“, erklärt Azzam. „Der auf Arabisch gehaltenen Predigt werden die tschetschenischen, afghanischen und afrikanischen Vereinsmitglieder hingegen nicht folgen können. Ich bedauere das sehr. Einen deutschsprachigen Imam konnten wir leider nicht finden.“

Ich erzähle von der Ibn-Rushd-Goethe-Moschee in Berlin, in der Sunniten, Schiiten und auch Homosexuelle willkommen sind und in der Frauen und Männer gemeinsam beten. Azzam nickt, Christiane

Schulz hat ihm davon erzählt. „So etwas ist für uns unvorstellbar. Es wäre nicht richtig, es den Menschen aufzuzwingen“, sagt er. „Nein, das wäre falsch, aber darum geht es ja auch nicht“, erwidert die Pfarrerin. „Ich finde es einfach wichtig, dass man über Einrichtungen wie die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee spricht. Die Muslime sollen erfahren, dass der Islam in Deutschland ganz unterschiedlich gelebt werden kann. Die Geflüchteten sollen erkennen, dass sie hier durch Nachdenken zu persönlichen Entscheidungen kommen können, die vielleicht in ihrer Heimat nicht möglich wären.“ Sie und Azzam haben abgemacht, demnächst einmal gemeinsam nach Berlin zu fahren, um sich die Ibn-Rushd-Goethe-Moschee anzusehen.

Azzam empfindet es oft als schwierig, seine Religion im deutschen Alltag zu leben. Seine Frau trägt ein Kopftuch, und Mädchen eifern ihren Müttern gern nach, sagt er. In seiner Heimat hätte er nichts dagegen, wenn seine Tochter ihr Haar schon früh bedeckt. In Deutschland aber sagte er zu ihr: „Warte noch mit dieser Entscheidung. Denk noch mal darüber nach, wenn du 18 Jahre alt bist.“ Er erzählt von einem syrischen Freund und dessen 14 Jahre alten Tochter. Sie trug das Kopftuch schon, als die Familie nach Deutschland kam. Mittlerweile möchte sie es nicht mehr tragen. Der Vater habe das akzeptiert.

Es verunsichert Azzam, dass viele Deutsche dem Islam ablehnend gegenüberstehen. Als neulich hochsommerliche Temperaturen herrschten, hatten er und seine Freunde die Fenster während des Freitagsgebets weit geöffnet. Sie alle hätten Angst vor negativen Reaktionen gehabt, weil ihre Gebete draußen auf der Straße zu hören waren. „Wir wissen, einige Deutsche hassen den Islam. Ich bin deshalb froh darüber, dass unser neuer Gebetsraum nicht im Erdgeschoss liegen wird. Unter dem Dach fühlen wir uns sicherer“, sagt er.

Von Neuruppin aus geht es mit dem Regionalexpress nach Wittenberge. Die Fahr dauert gut anderthalb Stunden, in denen sich Brandenburg durchweg von seiner schönen Seite zeigt. Draußen vor dem Zugfenster blitzt zwischen zarten Birken ein See. Dann eine riesige Koppel, auf der eine Herde Pferde grasst. „Bedarfshalt“,

tönt es jetzt oft aus dem Zuglautsprecher. Reisende, die aussteigen möchten, drücken wie im städtischen Nahverkehr auf einen Halteknopf. Im Nordwesten Brandenburgs, der Prignitz, ist die Besiedlung mittlerweile so dünn, dass sich ein automatischer Halt für die Bahn nur in größeren Ortschaften lohnt. Spürbaren Zuzug gibt es erst seit der Ankunft der Geflüchteten. Sie werden sicherlich nur in dem Landstrich bleiben, wenn sie dort Arbeit und geeigneten Wohnraum finden und Strukturen für die Erfüllung ihrer spirituellen Bedürfnisse aufgebaut werden.

Das italienische Restaurant „Amaro“ von Hassan Ghanima liegt nicht weit vom Bahnhof Wittenberge entfernt. Der Gastraum ist mit Zeichnungen antiker römischer Stätten dekoriert, außerdem gibt es einen bunten Verkaufstresen für Eis. Hassan Ghanima hat seinen Gästen nie verschwiegen, dass er kein Italiener, sondern Ägypter ist. Der groß gewachsene Mann wurde 1963 im ägyptischen Nildelta als jüngstes von neun Kindern geboren. Einige Mitglieder seiner Familie machten Karriere in der ägyptischen Politik. Ghanima selbst arbeitete für die ägyptische Bauaufsicht, bevor er seine Heimat Anfang der Neunzigerjahre in Richtung Europa verließ. Er ging zunächst nach Italien und lernte dort den Beruf des Kochs. Bei einem Besuch in Berlin verliebte er sich in eine Deutsche, die beiden heirateten und zogen ins brandenburgische Perleberg, wo sie einige Jahre ein italienisches Restaurant betrieben. Nach einem Umzug an die Ostsee zerbrach die Beziehung. Ghanima kehrte in die Prignitz zurück und eröffnete das „Amaro“. Gleich neben dem Restaurant hat er einen Laden für orientalische Lebensmittel aufgemacht. An der Kasse sitzt seine neue Partnerin, eine Syrerin mit offenem dunklem Haar. Die beiden haben nicht standesamtlich, sondern nur nach islamischem Ritus geheiratet. Von seiner deutschen Frau ist Ghanima nämlich noch nicht geschieden.

An diesem frühen Nachmittag ist das Restaurant noch leer. Wir setzen uns an einen der Tische, Ghanima schenkt Apfelschorle in zwei Gläser ein und sagt, er denke darüber nach, das Restaurant aufzugeben. „Es gefällt mir nicht mehr, Alkohol auszuschenken. Lieber wäre mir ein Lokal, das nur Gerichte und Getränke serviert, die den islamischen Speisevorschriften entsprechen.“ Auch hätte er gern mehr freie Zeit, um sich in der „Islamischen Gemeinde Pri-

gnitz“ zu engagieren. Hassan Ghanima ist einer der Mitbegründer des Vereins.

Ähnlich wie in Neuruppin entstand die Idee aus einer Notlage. Ein knappes Jahr lang hatten Ghanima und andere Gläubige sich freitags immer zum gemeinsamen Gebet in der Wohnung eines Freundes getroffen. Schon bald gab es Probleme: Bekannte, die sich ihnen anschließen wollten, mussten aus Mangel an Platz abgewiesen werden, und die Nachbarn fühlten sich vom lauten Rezitieren der Koransuren gestört. Gleichzeitig vermisste die Gruppe die geistliche Betreuung durch einen Imam. Hassan Ghanima und seine Freunde erkannten, dass sich ihre Situation nur im Rahmen eines Vereins verbessern ließ. Im November 2017 gründeten sie deshalb die „Islamische Gemeinde Prignitz e. V.“. Der Vorstand hat 13 Mitglieder, der erste Vorsitzende ist ein 38-jähriger syrischer Arzt namens Monzer Issa, der seit vier Jahren in Deutschland lebt und am Krankenhaus von Perleberg tätig ist. Sein Stellvertreter ist Hassan Ghanima. Der Verein zählt 65 Mitglieder (Stand April 2018), die meisten davon sind Geflüchtete. „Sie fühlen sich in Wittenberge etwas mehr zu Hause, seitdem es den Verein gibt“, erzählt Ghanima stolz.

Auch seinem eigenen Leben scheint der Verein eine neue Wendung gegeben zu haben. Er erinnere sich auf einmal an vieles, was er in seiner Kindheit über den Islam gelernt habe. Die Religion sei damals sehr wichtig für ihn gewesen. Warum er sich im Erwachsenenalter mehr oder weniger von ihr abwandte, kann er nicht mehr verstehen. „Alkohol getrunken habe ich zum Glück nie. Dennoch fühle ich mich schuldig. Ich hätte nicht zulassen dürfen, dass mein Verhältnis zum Islam so brüchig wird“, sagt Ghanima, und einen Augenblick lang ist seine Stimme dunkel vor Melancholie. Wie erklärt er sich sein plötzliches Bedürfnis nach Spiritualität? Hassan Ghanima zuckt mit den Schultern. „Ich weiß es nicht. Ich habe viel erlebt. Oder es ist einfach das Alter.“

Unser Gespräch berührt dies und das. Ghanima erzählt, dass er 2007 in Zusammenarbeit mit dem Sozialamt das Asylbewerberheim in Perleberg mit Halal-Lebensmitteln beliefert hat. Es sei ihm damals ums Helfen gegangen, nicht ums Geschäft, betont er. Dann sind wir bei Ägypten, wo im März 2018 der autoritär regierende Abdel Fattah al-Sisi mit 97 Prozent der Stimmen abermals zum Staats-

präsidenten gewählt worden ist. Der ehemalige Militärführer al-Sisi hatte 2013 den ersten demokratisch gewählten Präsidenten Ägyptens, den Islamisten und Muslimbruder Mohammed Mursi, gestürzt und sich selbst zum Oberhaupt des Landes gemacht. Die Muslimbruderschaft wurde verboten, ihre Anhänger werden seitdem von den ägyptischen Behörden verfolgt. Trotzdem gilt die Bruderschaft noch immer als eine der einflussreichsten islamistischen Bewegungen weltweit. Deutsche Behörden haben ihr Fundamentalismus sowie Verfassungsfeindlichkeit attestiert. Für viele Außenstehende ist diese Einschätzung schwer nachvollziehbar, denn Muslimbrüder wirken zunächst meistens offen, tolerant und dialogbereit. Der Verfassungsschutz ist sich jedoch sicher: Das Ziel der Muslimbruderschaft ist eine politisch-gesellschaftliche Ordnung auf Basis der Scharia.

„Das Volk ist das Opfer“, sagt Ghanima. „Ich war nie ein Muslimbruder und hatte nie mit der Muslimbruderschaft zu tun. Ich habe ein oder zwei Bücher von ihnen gelesen. Was sie schreiben, ist nicht schlecht, aber seit einiger Zeit greifen auch sie nach der Macht, und das ist problematisch. Dennoch glaube ich, dass die Muslimbrüder Extremismus und Gewalt grundsätzlich ablehnen. Was die deutschen Medien über sie schreiben, ist alles erfunden.“ Warum sollte die deutsche Presse Lügen verbreiten? „Ich habe die Muslimbrüder als ganz normale Menschen erlebt“, antwortet Ghanima. „Es gibt islamische Gruppierungen, die aggressiv sind, beispielsweise die Salafisten. Die Muslimbruderschaft fällt aber nicht unter diese Kategorie.“

Ein junger, schlaksiger Mann mit dunklem Bart, locker in den Nacken wachsenden Haaren, Jeans und Sweatshirt tritt an den Tisch, sagt „Hallo“ und lässt sich auf einen der freien Stühle fallen. „Darf ich vorstellen? Das ist Osama Kasem, unser Imam!“, ruft Ghanima. „Ich bin gar kein richtiger Imam, außerdem suchen wir gerade einen Nachfolger für mich“, entgegnet Kasem und lacht verlegen. Der 25-Jährige stammt aus Damaskus, wo er Ingenieurwissenschaften studiert hat. Der Krieg zwang ihn 2015 zur Flucht. „Sollte ich die Prüfung für den B2-Deutschkurs bestehen, würde ich gern bald nach Rostock ziehen und dort in naher Zukunft Informatik studieren. Da ich weiß, wie schwierig es ist, einen geeigneten Imam zu

finden, habe ich schon jetzt mit der Suche nach einem Nachfolger begonnen“, erklärt er.

Hassan Ghanima hat den jungen Mann vor etwa einem Jahr kennengelernt: „Osama spricht schon gut Deutsch, und das ist wichtig für uns, da wir ein Teil der deutschen Gesellschaft sein wollen. Außerdem raucht er nicht, trinkt nicht, sündigt nicht. Er ist ein artiger Mensch. Das hat mir gleich gefallen.“

Genügen diese Eigenschaften denn, um als Imam einer Gemeinde vorzustehen? „Natürlich nicht“, sagt Kasem. „Ich spreche Hocharabisch und kenne den Koran und viele Hadithen auswendig. Ich habe viele Bücher über den Islam gelesen. Als Kind und Jugendlicher war ich eigentlich ständig in der Moschee. Es gab dort einen Scheich-Imam, der mich unter seine Fittiche genommen hat. Von ihm habe ich sehr viel gelernt.“ Was bedeutet ihm seine Religion? „In Deutschland wird einem diese Frage derzeit sehr oft gestellt“, sagt Kasem. „Ich kann nur sagen: Die Religion ist alles für mich. Ohne sie kann ich nicht leben.“ Weiß er schon, worüber er am kommenden Freitag predigen wird? „Ich möchte über unseren Propheten sprechen. In der vergangenen Woche habe ich den muslimischen Vätern geraten aufzupassen, damit ihre Söhne in Deutschland keine Dummheiten machen oder unter falschen Einfluss geraten. Was ich eigentlich in jeder Predigt betone, ist, dass man auch in einem nichtmuslimischen Land wie Deutschland darauf achten soll, dass das eigene Handeln den Regeln des Islams entspricht.“

Leider wüssten die meisten Muslime gar nicht, was im Koran steht, sagt Kasem: „Sie leben in dem Bewusstsein, muslimisch zu sein, schließlich waren ihre Väter und Großväter Muslime. Mehr wissen sie aber nicht. Ich bemühe mich deshalb darum, ihnen Wissen über die Religion zu vermitteln.“ Wie ist seine Haltung zum Kopftuch? „Eine Frau muss ihr Haar bedecken, das schreibt der Koran vor“, sagt Kasem. Mein Einwand, es gebe durchaus unterschiedliche Interpretationen von besagter Koranstelle, lässt er nicht gelten. Hassan Ghanima scheint sich angegriffen zu fühlen: „Die Bibel schreibt Frauen auch vor, dass sie ihr Haar bedecken sollen. Oder gehen Sie etwa nicht mit einem Kopftuch in die Kirche?“ Ich schüttelte den Kopf. „Aber die Kopten in Ägypten machen das so!“, sagt Ghanima.

Die „Islamische Gemeinde Prignitz“ verfügt über einen Gebetsraum. Wie finanziert der Verein die Miete? „Die Mitglieder bezahlen monatlich fünf Euro. Das ist vor allem für die Geflüchteten viel Geld, aber diesen Beitrag schreibt das deutsche Gesetz ja vor“, sagt Kasem. Ich sage, dass da wohl ein Missverständnis vorliege, denn einen gesetzlich vorgeschriebenen Mindestmitgliedsbeitrag gebe es nicht. Osama Kasem schaut erstaunt, beharrt aber darauf. Ich verneine abermals. Ghanima setzt der Diskussion ein Ende: „Die Vereinskasse ist leer. Wir brauchen noch immer Geld für Renovierungsarbeiten, ganz abgesehen von der Miete.“ Die Miete betrage 500 Euro im Monat, hinzu kämen die Kosten für Wasser und Strom. Das alles könne der Verein nicht allein durch Mitgliedsbeiträge finanzieren, sagt Kasem. Es komme oft vor, dass der erste Vorsitzende des Vereins oder Hassan Ghanima etwas aus eigener Tasche beisteuerten. Ghanima hat viel vor: „Wir wollen den Verein vergrößern und uns mit muslimischen Vereinen, die schon erfahrener sind, vernetzen. Kontakte zu einem muslimischen Verein in Stendal gibt es bereits.“ Osama Kasem sagt: „Eines der Mitglieder, ein Ägypter, kommt freitags manchmal nach Wittenberge und predigt für uns.“

Die Vereinsräume liegen ganz in der Nähe des „Amaro“. Der Imam bietet an, mich hinzuführen. Wir laufen los, die Straße entlang. „Kennen Sie Pierre Vogel? Wie finden Sie ihn?“, fragt er unvermittelt. Über meine Antwort, dass ich Vogel für äußerst gefährlich halte, zeigt Kasem sich ehrlich erstaunt: „Warum? Ich finde Pierre Vogel cool.“ Er erzählt, er habe im Internet einige Videos mit Vogel gesehen: „Ich mochte, wie er spricht, und seine klaren Worte zum Islam.“ Ich entgegne, Vogel sei ein Salafist, der sich nie eindeutig von Gewalt distanziert habe und sich gut darauf verstehe, andere Menschen zu manipulieren: Der 1978 geborene Boxer und ehemalige Lehramtsstudent aus dem nordrhein-westfälischen Frechen ist 2001 vom evangelischen Glauben zum Islam konvertiert. Im Jahr 2004 erhielt er ein Stipendium aus Saudi-Arabien und studierte drei Semester in Mekka. Seit seiner Rückkehr 2006 tourt er als islamistischer Prediger durch Deutschland. Immer wieder kommt es bei öffentlichen Veranstaltungen vor, dass junge Leute konvertieren, nachdem sie dem kumpelhaften, jovialen Ton Vogels ein paar Minuten lang gelauscht haben. „Glauben Sie, das ist im Sinne des

Islams?“, frage ich den Imam. „Hm. Eigentlich nicht. Ich werde noch mal genauer über Vogel recherchieren“, antwortet er.

Das Haus, zu dem mich Kasem führt, ist ein schönes altes Gebäude. Ein stumpf gewordenes Klingelschild am Eingang verrät, dass hier früher der Leserservice der Lokalzeitung „Der Prignitzer“ untergebracht war. Kasem schließt auf, ich folge ihm in den ersten Stock. Es gibt ein Büro, zwei kleine Badezimmer, in denen die Gläubigen die rituelle Waschung vor dem Gebet vornehmen können, einen Vorraum für die Schuhe, einen separaten Gebetsraum für Frauen und einen Hauptgebetsraum. Er ist groß und lichtdurchflutet und frisch renoviert. In einem Regal stehen Dutzende Korane, in einem weiteren Broschüren und Taschenbücher über den Islam, fast alle sind auf Deutsch verfasst. „Sie können sich gern ein Buch und Broschüren mitnehmen. Dafür sind sie da“, sagt Osama Kasem. Auf meine Frage, woher das kostenlose Material stamme, weiß er keine Antwort. Er vermutet, ein Verein aus München habe es zur Verfügung gestellt. Ich wähle ein schmales Büchlein mit dem Titel „Die Frau im Islam im Vergleich zu der Frau in der judeo-christlichen Tradition“ und mache ein Foto von dem Bücherregal.

Im Regionalexpress zurück nach Berlin fange ich an zu lesen. Der Autor des Büchleins ist ein gewisser Dr. Sherif Muhammad Abdel Azim, ein ägyptischer Informatiker, der in Kairo lehrt. „Die Frau im Islam im Vergleich zu der Frau in der judeo-christlichen Tradition“ entstand während eines Studienaufenthalts in Kanada. Im Vorwort erklärt Azim, sein Buch solle die Kritik des Westens an der Stellung der Frau im Islam entkräften. Er geht dabei folgendermaßen vor: Zu Themen wie „Kopftuch“, „Bildung für Frauen“, „Ehebruch“ und „Mehrehe“ zitiert er Bibelstellen, die fast ausschließlich frauenverachtend sind, und stellt sie Koranzitaten gegenüber. Auf diese Weise wirkt der Koran im Vergleich zur Bibel geradezu progressiv.

Der Großteil der Bibelstellen ist alttestamentarischen Ursprungs. Das zu bemerken bleibt den Lesern jedoch meistens selbst überlassen. Ob Muslime, an die sich die Publikation richtet, die Bibel gut genug dafür kennen? Sehr wahrscheinlich ist das nicht. Die alttesta-

mentarischen Bibelschreiber waren dafür bekannt, dem weiblichen Geschlecht nicht besonders viel Wert beigemessen zu haben. In der Regel erscheint die Frau im Alten Testament nicht mal ansatzweise als eigenständiges, rechtsfähiges Individuum, sondern als Objekt: Als Tochter ist sie Besitz ihres Vaters, der offensichtlich frei über sie verfügen kann, als Ehefrau ist sie verpflichtet, ihrem Mann Nachkommen zu gebären.

Für die Stellung der Frau im Christentum war es ein Segen, dass auch noch das Neue Testament aufgeschrieben wurde. Jesus begegnete Frauen mit Liebe und Respekt und maß ihnen eine weit höhere gesellschaftliche Stellung zu, als es damals üblich war. Zwar ist in den neutestamentlichen Briefen auch von Unterordnung die Rede, genauso wird jedoch das Prinzip der Gleichheit betont. Wie bekannt mag dieser Umstand Muslimen sein? Azim, der, wie er schreibt, „auf der Suche nach Antworten die letzten Jahre mit dem Lesen der Bibel, der jüdischen Enzyklopädie und der Enzyklopädie der Religionen verbracht hat“, weist nicht auf ihn hin. Auf diese Weise zeichnet er ein falsches Bild von der christlichen Tradition.

Aufschlussreich ist auch sein Ton. Er klingt aggressiv, hier schreibt jemand, der sich zu Unrecht angegriffen fühlt. Dem Autor geht es nicht um Aufklärung durch die Vermittlung von objektivem Wissen. Er will den Islam als die bessere Religion darstellen und seine Leser für Streitgespräche präparieren. Besonders auffällig ist das im Kapitel über das Kopftuch. Für den Autor drückt der Koran klar aus, dass der Schleier etwas Wesentliches für die Wahrung des weiblichen Anstands sei. Azim behauptet, der Westen mache Anstand als Schutz lächerlich, „und zwar mit dem Argument, dass der beste Schutz eine Ausbreitung der Bildung, zivilisiertes Benehmen und Selbstkontrolle sei. Wir sagen: Gut, aber das reicht nicht. Der Islam (also der Schöpfer) berücksichtigt die Natur des Menschen und kennt seine Schwächen und Fehler.“ Ob der Autor wirklich daran glaubt, dass das Kopftuch vor sexuellen Übergriffen schützt? Ich würde Azim gern fragen, wie es dann sein könne, dass es laut Menschenrechtsorganisationen in Kairo, der Stadt, in der er selbst lebt, fast täglich zu sexueller Gewalt gegen unverschleierte wie auch verschleierte Frauen kommt.

Eine Art Siegel auf dem Buchrücken verrät, dass das Buch von der „Conveying Islamic Message Society“ vertrieben wird. Eine Google-Recherche ergibt, wer sich dahinter verbirgt: Die „Conveying Islamic Message Society“, kurz CIMS, ist eine salafistisch geprägte Gesellschaft mit Sitz in Alexandria. Sie gibt Bücher und Broschüren heraus und versendet sie kostenfrei an ausgewählte islamische Einrichtungen in ganz Europa. Auch Pierre Vogel hat bei der CIMS ein Buch über den Islam veröffentlicht. Deutsche Sicherheitsbehörden befassen sich offenbar schon länger mit der salafistischen Organisation. Der Verfassungsschutz hat beobachtet, dass bei den salafistischen Buch-Verteilaktionen in deutschen Fußgängerzonen auch Publikationen der CIMS ausgegeben worden sind. Und in einem Papier der Innenministerkonferenz heißt es, die CIMS vermeide „jegliche historische Kontextualisierung oder kritische Auseinandersetzung mit den zitierten Rechtsquellen und islamrechtlichen Bestimmungen“. Die Bücher und Broschüren propagierten „eine überzeitliche, gottgewollte, vorgeblich wahrhaftige islamische Ordnung als anzustrebendes Ideal“. Auf dem Foto, das ich im Gebetsraum von dem Bücherregal gemacht habe, sind die übrigen Titel gut zu erkennen. Eine Internetrecherche ergibt: Sie werden fast alle von der CIMS vertrieben. Wer aus dem Verein hat die Bücher bestellt? War demjenigen bewusst, dass es sich um salafistisches Propagandamaterial handelt? Die Deutschkenntnisse der Geflüchteten dürften für die Lektüre noch nicht ausreichen. Ob der Imam oder Hassan Ghanima die Bücher wohl gelesen haben?

Bei unserem Gespräch über das Kopftuch hatte Ghanima auf den Schleier christlicher Nonnen verwiesen. Dieses Argument finde ich auch im Büchlein von Azim.

Osama Kasem hatte erwähnt, dass manchmal ein Ägypter aus Stendal die Predigt halte. Laut Internet gibt es dort nur eine einzige islamische Gemeinde. Der Verfassungsschutz von Sachsen-Anhalt meint, sie werde von Personen dominiert, die der islamistischen Muslimbruderschaft nahestehen.

Ein solcher Einfluss kann genügen, um eine junge, unerfahrene Moscheegemeinde in eine gefährliche Richtung zu lenken. Es werden Menschen in Verruf gebracht, die dies vielleicht gar nicht verdient haben. Genauso gut ist möglich, dass es von Anfang an be-

denkliche Auslegungen des Islams unter den Gemeindemitgliedern gibt. In einem solchen Fall bleibt zu hoffen, dass die übrigen Gläubigen über eine andere religiöse Vorbildung verfügen und kritisch hinterfragen, was in der Gemeinde geschieht.

Ein Ort zum Beten um jeden Preis

In Brandenburg an der Havel nehmen sächsische Muslimbrüder Einfluss, und in Bernau stehen sich die Gläubigen mit der Gründung von vielen Vereinen im Weg

In den westlichen Bundesländern gibt es für Muslime zahlreiche Angebote von muslimischen Verbänden oder Organisationen. Meistens ist die Auswahl so groß, dass die Menschen auswählen können, welches davon am besten zu ihrer individuellen religiösen Überzeugung passt. In Ostdeutschland ist das anders. Dort ist man als Muslim froh, wenn es überhaupt ein Angebot für die Befriedigung von spirituellen Bedürfnisse gibt. Welche Auslegung des Islams die jeweilige Einrichtung vertritt, ist wegen der fehlenden Wahlmöglichkeiten für viele zunächst von untergeordneter Relevanz. Besonders muslimische Migranten, die noch nicht lange in Deutschland leben, laufen so Gefahr, an fragwürdige religiöse Gruppierungen zu geraten.

Mit den Verhältnissen in Deutschland sind viele Zugezogene noch nicht so gut vertraut. Sie sind einfach froh, endlich einen Ort zum Beten oder sogar einen Imam gefunden zu haben, der ihnen in der Fremde bei religiösen Fragen und seelsorgerisch zur Seite steht. Mangelnde Sprachkompetenz macht es ihnen jedoch oftmals schwer, sich ein kritisches Urteil darüber zu bilden, was in der Moschee vor sich geht. Vielen Migranten ist kaum bekannt, dass radikale islamistische Gruppierungen auch in Deutschland agieren. Mit den islamistischen Codes und Verschleierungstaktiken, die in Deutschland in extremistischen Kreisen üblich sind, kennen sie sich ebenfalls nicht unbedingt aus. Es sind unter Umständen andere als jene, mit denen Islamisten im Nahen Osten oder in den muslimisch geprägten Ländern Afrikas agieren.

Verfassungsschützer gehen davon aus, dass sich einige islamistische Gruppierungen schon vor ein paar Jahren nach Ostdeutschland zurückgezogen haben. Anfang 2017 sagte Stephan Kramer, der Präsident des Thüringer Landesamtes für Verfassungsschutz, gegenüber der „Mitteldeutschen Zeitung“: „Das ist ein flächendeckendes Pro-

blem.“ In Ostdeutschland könnten die islamistischen Gruppierungen weitgehend unbehelligt ihren Zielen nachgehen, da die dortigen muslimischen Gemeinden kaum über eigene Strukturen und Personal verfügen. Gemeindemitglieder könnten so vergleichsweise einfach manipuliert werden. In Brandenburg scheint von diesem Umstand derzeit die „Sächsische Begegnungsstätte“, kurz SBS, zu profitieren.

Ins Leben gerufen wurde die SBS in Dresden, im Schatten des Marwa-Elsherbiny-Kultur- und Bildungszentrums. Das 2009 gegründete Kulturzentrum, das an die in Dresden von einem Rechtsradikalen ermordete Ägypterin Marwa El-Sherbiny erinnern soll, ist eine wichtige Anlaufstelle für Muslime aus ganz Sachsen. In den ersten Jahren nach der Eröffnung besuchten etwa 180 Muslime regelmäßig dort das Freitagsgebet. Seit dem Flüchtlingszuzug kommen bisweilen 3.500 Gläubige und mehr. Da die Raumkapazitäten des Marwa-Elsherbiny-Kulturzentrums sehr begrenzt sind, die Gemeinde aber keine Gläubigen abweisen wollte, entstand die Idee, Ableger der Einrichtung in der Region zu eröffnen. Saad Elgazar, ein gebürtiger Ägypter und der Vorstandsvorsitzende der Gemeinde, der früher in Dresden lebte und mittlerweile in Karlsruhe wohnt, gründete im Mai 2016 zu diesem Zweck die gemeinnützige Tochtergesellschaft SBS. Er und seine drei erwachsenen Kinder treten als Hauptgesellschafter auf, zudem hält Muhammed Ronald Wellenreuther, der Pressesprecher des Marwa-Elsherbiny-Kulturzentrums, einen kleinen Anteil.

Die SBS konzentrierte sich zunächst darauf, vor allem in solchen Orten in Sachsen Gebetsräume und Heimstätten zu eröffnen, in denen es bisher kein oder nur ein unzureichendes Angebot für Gläubige gab. In Riesa, Zittau, Pirna, Görlitz, Freital sowie in Leipzig und Dresden wurden Standorte eröffnet. In Pirna soll ein großes multikulturelles Begegnungszentrum aufgebaut werden, 2017 gab es dort bereits Kinderferiencamps. Schon nach kurzer Zeit weitete die SBS ihre Aktivitäten nach Baden-Württemberg aus und eröffnete in Rastatt und Bruchsal Gebetsräume. Auch im Nachbarland Brandenburg wurde die SBS aktiv. Seit März 2017 betreibt sie in Brandenburg an der Havel eine Moschee. In Senftenberg, Cottbus und Luckenwalde soll Elgazar Gespräche geführt haben, in denen es ebenfalls um die Einrichtung von Gebetsstätten ging. Sie blieben folgenlos, da die betreffenden muslimischen Gemeinden die Unterstützung am Ende

ablehnten. Das Auftreten Elgazars hatte ihr Misstrauen erregt oder die Gemeinden waren durch Medienberichte gewarnt, mit wem sie es zu tun haben.

Der Name „Sächsische Begegnungsstätte“ klingt schön. Er verheißt Miteinander und Integration. Das Logo ist ein grüner Kreis, der eine Moschee-Kuppel mit Halbmond umschließt. Die SBS, so heißt es auf der Homepage, sei eine „multikulturelle Begegnungsstätte unabhängig von Ethnie, Nationalität und Sprache“. Sie wolle Verbindungen zwischen Einheimischen und Migranten auf lokaler und regionaler Ebene knüpfen, „die internationale Gesinnung und Völkerverständigung fördern“ sowie „einen aktiven Beitrag für ein besseres und friedlicheres Miteinander schaffen“.

Der sächsische Verfassungsschutz glaubt nicht an diese Zielsetzung. Für ihn ist die SBS alles andere als harmlos oder ein Friedensbringer. Es sei zu befürchten, die Sächsische Begegnungsstätte könne unterschwellig einen Einfluss auf andere Muslime ausüben, der zu extremistischen Sichtweisen führt. Denn nach Ansicht der Verfassungsschützer steckt hinter der SBS die extremistische Muslimbruderschaft.

Die Person, an der sich die kritische Sicht vor allem entzündete, ist Saad Elgazar, der Geschäftsführer der SBS. Er wird im Bericht des Verfassungsschutzes namentlich genannt. „Es liegen Anhaltspunkte vor, dass er der Muslimbruderschaft zuzuordnen ist“, heißt es darin. Gefunden wurden die Anhaltspunkte offenbar im Facebook-Account Elgazars. Er hat es mittlerweile geschlossen. Die Verfassungsschützer stellten fest, dass der promovierte Physiker als Profilbild für seinen Facebook-Account mehrfach Fotos von Vertretern der ägyptischen Muslimbruderschaft benutzt hatte. In Posts über die politische Situation in Ägypten standen Sätze wie diese: „Die Lösung ist die Muslimbruderschaft.“ Nach Meinung des Verfassungsschutzes machte Elgazar sich in verschiedenen Beiträgen mit der Bewegung der Muslimbrüder gemein, da er Formulierungen verwendete wie „unsere Feinde“, „unsere Methoden“ oder „der Krieg gegen uns“. Außerdem fielen den Verfassungsschützern antisemitische Äußerungen Elgazars auf – auch das ist typisch für die Ideologie der Muslimbrüder. Als ein weiteres Indiz werteten sie die Tatsache, dass die SBS Veranstaltungen mit der „Islamischen Gemeinschaft in Deutschland e. V.“, kurz IGD, ausgerichtet hat. Die im Jahr 1958 in München gegründete IGD ist

eine der ältesten muslimischen Organisationen in Deutschland und ist immer wieder mit der Muslimbruderschaft in Verbindung gebracht worden. Dem Bundesamt für Verfassungsschutz zufolge ist sie deren zentrale und wichtigste Organisation auf deutschem Boden und wird deshalb bundesweit beobachtet. Bei der gemeinsamen Veranstaltung mit dem Titel „Integration statt Isolation“ seien mehrere Prediger und Imame aufgetreten, die Bezug zur Muslimbruderschaft und zur IGD haben. Auf den Plakaten, mit denen dafür geworben wurde, war neben dem Logo der SBS auch das Logo der IGD zu sehen.

Verdächtig ist aus Sicht des Verfassungsschutzes außerdem, in welchem kurzem Zeitraum die SBS viel Geld für mehrere Immobilien bereitstellen konnte. Allein mit Spendengeldern sei das nicht machbar, es müsse einen großen Finanzier geben. „Die gehen mit einem Haufen Geld durch die Lande und kaufen Liegenschaften“, zitierte im Februar 2017 die Zeitung „Die Welt“ Gordian Meyer-Plath, den Leiter des sächsischen Verfassungsschutzes. „Viele Muslime bekommen wahrscheinlich gar nicht mit, mit wem sie es zu tun haben [...]. Das Ziel der Muslimbrüder ist die Scharia in Deutschland“, sagte Meyer-Plath.

Die Bewegung der Muslimbrüder wurde im Jahr 1928 von dem ägyptischen Volksschullehrer Hassan al-Banna (1906–1949) gegründet. Er und seine Anhänger sahen den Grund für den politischen und wirtschaftlichen Niedergang Ägyptens in der dekadenten und prowestlichen Lebensweise der ägyptischen Eliten. Sie forderten deshalb eine Reform der Gesellschaft nach islamischen Moralvorstellungen und die Umwandlung Ägyptens zu einem islamischen Staat mit islamischer Rechtsprechung. Die Muslimbrüder traten zunächst militant auf und wurden für mehrere Anschläge verantwortlich gemacht. Später schworen sie der Gewalt ab. In Ägypten blieben sie lange verboten und arbeiteten im Untergrund. Einfluss auf die Bevölkerung übten sie weiterhin vor allem dadurch aus, dass sie sich für sozial Schwache engagierten.

In Ägypten mündete der Arabische Frühling 2011 in den Sturz von Präsident Husni Mubarak. Das eröffnete den Muslimbrüdern neue Möglichkeiten. Sie forderten weiterhin die Scharia für Ägypten, blieben bei den Details aber oftmals vage. Im Juni 2012 gewann ihr Kandidat Mohammed Mursi die Präsidentschaftswahl. Nach nur einem Jahr im Amt wurde er vom Militär um den damaligen Armeee-

chef und heutigen Präsidenten Abdel Fattah al-Sisi gestürzt. Nach dem Militärputsch wurde die Muslimbruderschaft in Ägypten als Terrororganisation eingestuft und offiziell verboten. Hunderte von Mursi-Anhänger wurden seitdem festgenommen und Mursi selbst zu zwanzig Jahren Haft verurteilt. Es folgte ein Todesurteil, das der ägyptische Mufti bisher noch nicht bestätigt hat.

In Ägypten agieren die Muslimbrüder nun wieder vornehmlich im Untergrund. Die Organisation profitiert davon, dass es mittlerweile in der gesamten muslimischen Welt Ableger gibt. Schätzungen sprechen von Millionen von Mitgliedern, die die Bewegung haben soll. Sie ist streng hierarchisch organisiert. Gläubige, die bei ihr mitmachen möchten, müssen einen Treueeid ablegen. Die Basis der Muslimbruderschaft bilden Islamkreise, die so klein sind, dass sich die Mitglieder regelmäßig zum Koranstudium treffen und ein persönliches Verhältnis zueinander aufbauen können. Muslimbrüder sind in der Regel keine Gewalttäter oder Dschihadisten. Sie sind gegen das Existenzrecht Israels, gegen demokratische Staatsformen und halten die Scharia für die einzige sinnvolle Rechtsform. Religionsfreiheit oder Geschlechtergleichheit lehnen sie ab.

Die Strategie, die Muslimbrüder auf der ganzen Welt für das Erreichen ihrer Ziele anwenden, besteht darin, Staatssysteme zu unterwandern und dann in ihrem Sinn umzugestalten. Auch in Deutschland wollen die Muslimbrüder ihre Vorstellungen eines politischen Islams durchsetzen. Der erste Schritt dafür ist die Errichtung einer Parallelgesellschaft.

Fragt man bei der SBS nach, was es mit den Vorwürfen des Verfassungsschutzes auf sich hat, wird man an den Pressesprecher Muhammad Ronald Wellenreuther verwiesen. Er ist ein großer, drahtiger Mann von Ende fünfzig, der in seiner Freizeit viel Rennrad fährt und mit Mannheimer Zungenschlag spricht. Der promovierte Geograf war früher als Reiseleiter beim Reiseanbieter Studiosus tätig, lernte so den Nahen Osten kennen und konvertierte vor mehr als zwanzig Jahren zum Islam. Vor einigen Jahren ist er mit seiner Familie nach Dresden gezogen, weil er dort eine Arbeit als Sicherheitsmanager bei einer renommierten Firma gefunden hat. Ich erreiche Wellenreuther am Telefon. Er weist sämtliche Vorwürfe, die der Verfassungsschutz gegen die SBS erhoben hat, zurück. Für ihn drückt sich darin nur eine

von ihm als generell wahrgenommene deutsche Islamfeindlichkeit aus. „Man will uns politisch mundtot machen“, sagt er. Oder: „Dass wir Muslime einen Ort zum Beten bieten, ist gewissen Kreisen ein Dorn im Auge.“ Für Wellenreuther ist der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes „politisch etwas fragwürdig“. Meyer-Plath habe eine „deutsch-nationale Gesinnung, ist auf dem rechten Auge relativ nachsichtig und im vergangenen Jahr als ehemaliger Burschenschaftler enttarnt worden“. Mit dem Vorwurf, die SBS unterhalte Beziehungen zur Muslimbruderschaft, habe der Präsident des sächsischen Verfassungsschutzes der Einrichtung nur den Zugang zum Immobilienmarkt erschweren wollen. Gelingen sei das nicht, Meyer-Plath habe damit sogar das Gegenteil erreicht. Nach dem Bekanntwerden der Vorwürfe habe die SBS zahlreiche Immobilienangebote erhalten. „Es haben sich viele Wohnungsbesitzer gemeldet, die den Präsidenten des sächsischen Verfassungsschutzes ebenfalls kritisch sehen oder Verständnis für die Situation der Muslime haben.“

Es sind starke Geschütze, die der Pressesprecher der SBS aufführt. Für ihn geht es um einiges. Er findet, die Gemeinde werde in eine „völlig falsche Ecke gerückt und stigmatisiert“.

Wellenreuther behauptet, sämtliche Gelder, die der SBS zur Verfügung stehen, speisten sich aus Spenden und Mitgliedsbeiträgen. Lediglich in Pirna habe die SBS eine Immobilie gekauft, ein „Schnäppchen“, zum Preis von 260.000 Euro, der Kredit soll in fünf Jahresraten getilgt werden. Die übrigen Räume seien fast alle gemietet. „Die SBS ist den Gemeinden behilflich, indem sie die Immobilie sucht, den Mietvertrag abschließt und eventuell mit einer Mietzahlung in Vorleistung geht. Generell kommen jedoch die Gemeinden vor Ort selbst für die Miete auf. Sie leiten die Stätten auch selbst, alles läuft demokratisch. In der Regel finanzieren sie die Mieten durch Spenden.“ Die Mieten für die neuen Gebetsräume würden jeweils zwischen 500 und 700 Euro liegen. Die SBS habe die Einrichtungen eröffnet, „weil es dort vorher kein einziges Angebot für Muslime gab“.

Tatsächlich sorgen die neu eröffneten Gebetsstätten dafür, dass nun viele Muslime zum Freitagsgebet nicht mehr nach Dresden pendeln müssen. Vor allem Geflüchtete, die in kleineren Orten leben, seien dankbar für die Unterstützung. In Dresden, so Wellenreuther, machten die Geflüchteten nur etwa zwanzig bis dreißig Prozent der

Gemeindemitglieder aus. An den neuen Standorten ist das offenbar anders. Die Gemeinden in Riesen oder Zwickau bestünden etwa zur Hälfte aus Migranten, die erst kürzlich nach Deutschland gekommen sind.

Hatten die Gläubigen denn zuvor auf eigene Faust versucht, Räumlichkeiten zu finden, die sich als Gebetsraum nutzen lassen? „Ja, aber das ist abgewiegelt worden“, antwortet Wellenreuther.

Die Ideologie der Muslimbrüder habe in seinem Verein keinen Platz, schon gar nicht die Infragestellung des Existenzrechtes Israels, erklärt er. „Wir haben in unserem Verein Mitglieder aus etwa dreißig Ländern. Wir haben uns nie in irgendeiner Weise zu politischen Fragen geäußert.“ Die SBS kümmere sich nur um Gebete, Deutschkurse, Kindererziehung und muslimisches Verhalten. Man vertrete einen unpolitischen Islam, Wellenreuther bezeichnet ihn als „Islam der Mitte“: „Wie sind weder extrem, wie ich das beispielsweise von Salafisten sagen würde, noch sind wir so liberal wie der Liberal-Islamische Bund. Im religiös-theologischen Sinn lassen sich unsere Mitglieder als relativ konservativ beschreiben.“

In einer Mitteilung an die Öffentlichkeit hat die SBS erklärt, ausschließlich religiöse Inhalte zu predigen, sich zu Demokratie und Rechtsstaat zu bekennen und loyal gegenüber Deutschland zu sein. Hinsichtlich der Zusammenarbeit mit der IGD äußert Wellenreuther sich lapidar: „Das ist ein Dachverband wie andere Dachverbände auch.“ Und nennt dann bereitwillig den Namen und die Telefonnummer des Mannes, der die Rolle des Imams in der SBS-Gebetsstätte in Brandenburg an der Havel übernommen hat.

Die Gebetsstätte nennt sich „Islamisches Kulturzentrum Brandenburg an der Havel“ und befindet sich in der Mittelstraße 11 in der Bahnhofsvorstadt. Vom Bahnhof kommend, läuft man an Häusern aus der Gründerzeit vorbei und biegt ab in einen Hinterhof, der sicherlich einmal Handwerksbetriebe beherbergt hat. Zuletzt befand sich dort ein Taekwondo-Studio. Das ziemlich martialisch anmutende Schild, auf dem ein Taekwondo-Kämpfer gerade einem Gegner seinen Fuß ins Gesicht schlägt, hängt noch über dem Eingang.

Ein Mann in Jeans und Sweatshirt steht lächelnd in der Tür. Es ist Samer Mando, der als Imam der Gemeinde tätig ist. Zu unserem Treffen ist außerdem Mohammed Alzobi erschienen. Der 33-jährige

arbeitet als Assistenzarzt in einer Klinik in Brandenburg und gehört zum Team der Männer, die den Gebetsraum betreuen. Sie beide stammen aus Syrien, sind als Geflüchtete nach Deutschland gekommen und haben innerhalb von kürzester Zeit ausgesprochen gut Deutsch gelernt. Über eine theologische Ausbildung als Imam verfügt Mando nicht. So selbstsicher, wie er auftritt, kann man sich aber gut vorstellen, dass er eine muslimische Gemeinde führen kann. In der syrischen Stadt Homs stand er an der Spitze seines eigenen, sehr gut laufenden Unternehmens, erzählt er. Die Luftangriffe des Assad-Regimes machten es dem Erdboden gleich und aus Mando einen mittellosen Mann. In Brandenburg arbeitet er nun stundenweise als Dolmetscher im Krankenhaus, um seine Familie zu ernähren. Persönliche Anerkennung verschafft ihm jedoch eher seine Arbeit als Imam. „Ich bin sehr froh, dass die Gemeinde mir die Verantwortung übertragen hat, ihr vorstehen zu dürfen“, sagt er.

Obwohl die Räumlichkeiten wirken, als wären sie nur notdürftig renoviert worden, merkt man, wie stolz die Männer sind, mich durch ihre Moschee führen zu können. Es gibt einen Vorraum mit Holzregalen, in denen die Gläubigen ihre Schuhe abstellen können. Der mit Teppichen ausgelegte Gebetsraum selbst ist überraschend klein. Fast doppelt so groß ist das Zimmer mit Tafel, in dem an den Wochenenden selbst organisierter Deutschunterricht und Koranunterricht abgehalten werden. Man sieht, dass die Gemeinde hier am Tag zuvor ein Fest gefeiert hat, die Dekoration aus Girlanden und bunten Luftballons ist noch da. Auf einem der Tische hat der Imam Gläser und Wasser bereitgestellt. Ein Junge von vielleicht acht Jahren betritt schüchtern grüßend den Raum, in den Händen trägt er ein Tablett mit Gebäck. Er ist der Sohn von Samer Mando. Das Gebäck hat die Frau des Imams gebacken.

Etwa 150 Männer kommen jeden Freitag zum Gebet, erzählt Mando. Die Gläubigen stammen aus Afghanistan, Syrien, Tschetschenien, Vietnam, Indonesien und aus Westafrika. Zunächst hätten die nach Brandenburg an der Havel gezogenen Muslime in einem Raum in einer der Flüchtlingsunterkünfte gebetet. Aus Gründen, die er nicht kennt, sei das jedoch Anfang 2017 unterbunden worden. Die Gläubigen bemühten sich um eine andere Möglichkeit. Als auf die Schnelle keine Alternative gefunden werden konnte,

vermittelte ein Bekannter den Kontakt nach Dresden. Dann dauerte es nicht mehr lange, und die SBS schaltete sich in die Suche nach neuen Räumlichkeiten ein. Schon im März 2017 habe er den Vertrag für den Gebetsraum in der Mittelstraße 11 unterschreiben können, sagt der Imam.

Auf der Homepage der SBS wird für die Gebetsstätte in Brandenburg an der Havel eine Warmmiete von 900 Euro im Monat angegeben. Alzobi spricht von 1000 Euro monatlich. „Die Brandenburger Gläubigen bestreiten diese Kosten durch Spenden“, sagt der Imam.

Ist er sich bewusst, dass die SBS nach Ansicht des Verfassungsschutzes ein Ableger der Muslimbruderschaft ist?

„Ja, ich habe natürlich davon gehört. Ich kann das aber nicht bestätigen. Bisher hat niemand versucht, Einfluss auf unsere Arbeit zu nehmen“, antwortet der Imam. Die Gemeinde wisse, dass der Verfassungsschutz die Moschee überwacht. Mando und Alzobi finden die staatliche Überwachung gut. „Das schützt uns schließlich auch“, sagt Mando. Was der politisierte Islam anrichten könne, habe er ja in seiner Heimat Syrien erlebt.

Der Imam hat recht konservative Ansichten. Zu der Frage, ob Frauen ein Kopftuch tragen sollten, meint er: „Muslimische Frauen sollten sich verschleiern, am besten ganz. Aber es wäre nicht gut, wenn sie das sofort machen, wenn sie in Deutschland angekommen sind. Es würde die Integration behindern. Nach einer Weile wäre es jedoch angemessen.“

Die beiden Männer sind sich sicher, dass keine Radikalen zu ihnen kommen. „Das würde einfach nicht zu uns passen. Unsere Gemeinschaft ist friedlich und offen für jeden Besucher.“ Die Männer klingen nicht, als würden sie wissentlich die Unwahrheit sagen.

Für den sächsischen Verfassungsschutz ist Offenheit eine typische Strategie der Muslimbrüder. Gegenüber der „Frankfurter Allgemeinen Zeitung“ sagte Meyer-Plath: „Genau mit diesem harmlosen Auftreten öffneten sie der Infiltration Tür und Tor.“

Auch andere Konstellationen können sich für die Integration von muslimischen Migranten als problematisch erweisen. Wer sich im

Landkreis Barnim mit dem Thema Islam und Migration beschäftigt, kommt nicht an Diana Sandler vorbei. Sie wurde 1969 in Dnipropetrowsk in der Ukraine geboren und kam 1995 nach Deutschland. Seit 1997 lebt sie im brandenburgischen Bernau. Diana Sandler hat verschiedene Ausbildungen gemacht, unter anderem eine Weiterbildung zur sozialpädagogischen Fachkraft. Sie ist in leitender Funktion in verschiedenen Vereinen und Netzwerken aktiv, die sich im engeren oder weiteren Sinn allesamt mit Zuwanderung beschäftigen. Kurz nach ihrer Ankunft in Bernau begründete sie die Jüdische Gemeinde im Landkreis Barnim mit und ist bis heute deren Vorsitzende. Sie ist außerdem die Vorsitzende des „Migrations- und Integrationsrates Land Brandenburg e.V.“, kurz MIR genannt und mehrere Migrantenvereine führen Diana Sandler als Ansprechpartnerin an. Zudem ist sie Mitgesellschafterin bei der 2016 von dem Islamverband „Zentralrat der Muslime“ gegründeten „JuMu Deutschland gGmbH“. Die Gesellschaft hat sich zum Ziel gesetzt, die Zusammenarbeit von jüdischen und muslimischen Gemeinden im Bereich der Dialog- und Sozialarbeit zu fördern.

Es steht außer Frage, dass Diana Sandler eine Menge Aufgaben bewältigt. Befürworter ihrer Arbeit beschreiben sie als „Frau für alles“. Ihr persönliches Umfeld hebt gerne ihr Engagement und ihre persönliche Autorität hervor, die allein dazu geführt hätten, dass die Gläubigen von Bernau wichtige islamische Feste wie das Ende des Ramadans gemeinsam begehen können. Es kann so leicht der Eindruck entstehen, sämtliche islamische Gruppierungen beäugten sich grundsätzlich misstrauisch und wären kaum gemeinsam an einen Tisch zu bekommen. In anderen Orten in Brandenburg ist es jedoch selbstverständlich, dass Muslime von unterschiedlicher Herkunft die islamischen Feierlichkeiten gemeinsam begehen.

Klickt man sich in Vorbereitung auf ein Treffen durch die Fotogalerien der genannten Vereine und Initiativen, ist Diana Sandler, eine energiegeladene Frau mit gewinnendem Lächeln, auf vielen davon zu sehen. „Tue Gutes und rede darüber“ scheint Credo und bewährtes Mittel zu sein. Da sind Fotos von Diana Sandler mit Bundespräsident Frank-Walter Steinmeier, mit Thomas de Maizière, Joachim Gauck, mit Aydan Özoğuz, Wolfgang Schäuble oder mit Aiman Mazyek, dem Vorsitzenden des „Zentralrats der Muslime“.

Zu unserem in Bernau verabredeten Treffen hat Diana Sandler Vertreter von verschiedenen muslimischen Vereinen und Initiativen eingeladen. Die meisten von ihnen sind mit ihrer Hilfe gegründet worden und mittlerweile bei MIR organisiert. Die große Anzahl der gegründeten Vereine und Initiativen wirkt auf den ersten Blick beeindruckend. Doch bei genauerer Betrachtung muss man sich die Frage stellen, ob nicht gerade diese institutionelle Zersplitterung das muslimische Leben in Bernau in eine Art Sackgasse geführt hat. Auch die Selbstbeschreibung von MIR ist vielversprechender als die Realität selbst. Auf der Homepage des Vereins wird er als „Dachverband“ bezeichnet. Weiter heißt es dort: „Der Migrations- und Integrationsrat Land Brandenburg ist politischer und gesellschaftlicher Vertreter der Migrantenorganisationen aus Brandenburg. MIR e.V. vertritt das politische, soziale und kulturelle Interesse der Bevölkerung mit Migrationshintergrund im Land Brandenburg und ist legitimer Gesprächspartner gegenüber der Bundesregierung, Landesregierung und allen relevanten Organisationen auf Bundes- und Landesebene sowie ähnlichen Migrantenorganisationen in anderen Bundesländern.“ Bei den 77 auf der Homepage aufgeführten Mitgliedern handelt es sich oftmals um Initiativen oder Selbsthilfegruppen, die so informell sind, dass sie über keine richtige Organisationsstruktur verfügen. Gleichzeitig werden wichtige Migrantenvereine des Landes nicht von MIR vertreten. Mit seiner Bezeichnung als „Dachverband“ insinuiert der Verein eine Kompetenz, die so nicht zu erkennen ist.

Nach einer kurzen Begrüßung macht Diana Sandler deutlich, dass sie Geld vom Land benötige, um Mitarbeiter einstellen zu können. Sie spricht sehr schnell, und es ist nicht ganz einfach, ihr Deutsch zu verstehen.

Mit am Tisch sitzen Imam Mohammad Abdelkader, der aus dem Sudan stammende Vorsitzende vom „Muslimisches Netzwerk Landkreis Barnim“ (gegründet 2011), sowie dessen Frau und dessen Tochter; außerdem Khusein Serbiev, der Vorsitzende der Initiative „Tschetschenische Diaspora Weinach“ (gegründet 2013); Marwan Meri, der Vorsitzende der Initiative „Netzwerk Syrische Geflüchtete“ (gegründet 2016); Imam Jad Ibrahim, der Vorsitzende des Vereins „Assalama Moschee Bernau e. V.“ (gegründet 2017) und

dessen Mitglieder Mustafa Mourad und seine Frau Anouar; Viktoria Gottselich, die Vorsitzende des Vereins „Diamant: Sozialer Integrationsverein für Zuwanderer e. V.“ sowie ein junger Mann aus Berlin, der darauf hinweist, dass er namentlich nicht in diesem Bericht genannt werden möchte. Er sagt, er sei für den „Zentralrat der Muslime“ (ZMD) tätig und bleibt auf Nachfrage vage. Der ZMD ist einer der größten und einflussreichsten islamischen Dachverbände in Deutschland. Eine spätere Recherche ergibt, dass der junge Mann als einer der Sprecher und als Präventionsbeauftragter des ZMD fungiert. Warum er nicht offen damit umgegangen ist und nicht entsprechend vorgestellt wurde, ist unklar. Überschneidungen mit der Arbeit des ZMD gibt es zufolge von Diana Sandler nur durch „JuMu“.

Das zentrale Problem für die am Tisch sitzenden Vertreter von Initiativen und Vereinen besteht darin, dass keine von ihnen über einen eigenen Gebetsraum verfügt. Eigentlich sollte 2017 ein Gebetsraum eingerichtet werden. Aufgrund von Protesten, heißt es, die das rechte Milieu in Bernau ins Leben gerufen hatte, wurde das Projekt aber nicht bis zum Ende verfolgt. Diana Sandler hat die Muslime deshalb eingeladen, das Freitagsgebet in den Räumlichkeiten der jüdischen Gemeinde abzuhalten. Zudem stellt Imam Jad Ibrahim freitags seine Wohnung zum Gebet zur Verfügung, aber mehr als zehn Gläubige haben dort keinen Platz. Die meisten Mitglieder seiner Gemeinde fahren deshalb freitags in eine Moschee nach Berlin. Das Ticket mit dem Regionalexpress kostet hin und zurück etwa zehn Euro. Besonders für Geflüchtete ist das sehr viel Geld.

In den meisten Orten Brandenburgs, die ich auf meiner Reise besuchen konnte, waren die Muslime bereit, einen Gebetsraum gemeinsam zu nutzen, obwohl sie verschiedenen islamischen Richtungen und Nationalitäten angehören. In Bernau besteht der überwiegende Teil der muslimischen Gruppierungen hingegen darauf, dass jede einen eigenen Gebetsraum bekommen soll. Im Gespräch mit den Vertretern entsteht der Eindruck, dass die Tatsache, sich als Initiative oder Verein organisiert zu haben, diesen Anspruch in ihren Augen noch dringlicher und berechtigter erscheinen lässt. Sollte jede Gruppierung auf einen eigenen Gebetsraum bestehen, dann würde das eine Mindestanzahl von drei Gebetsräumen in Bernau bedeu-

ten. Angesichts der Schwierigkeiten, die es in ganz Brandenburg bei der Suche nach entsprechenden Räumlichkeiten gibt, erscheint die Realisierung utopisch. Diana Sandler macht sehr deutlich, dass sie es für vernünftig hält, an dem Wunsch festzuhalten.

Der Tschetschene Khusen Serbiev gehört zu jenen, die einen eigenen Gebetsraum fordern: „Für uns Tschetschenen wäre es nicht vorstellbar, mit allen anderen Muslimen in einem Raum zu beten. Jedes Volk hat seine eigene Kultur. Darauf muss man achten, damit es keine Meinungsverschiedenheiten gibt. Zudem spreche ich weder Arabisch noch Deutsch, ich bin auf einen Imam angewiesen, der Tschetschenisch oder Russisch spricht. Wir glauben alle an einen Gott, aber ich muss auch verstehen, was gesprochen wird“, sagt er unter Zuhilfenahme einer Übersetzerin.

Mustafa Mourad aus dem Irak, der als Sozialbetreuer im Asylbewerberheim arbeitet, meint dagegen: „Ich finde, alle Muslime könnten zusammen beten. In Mekka geht das ja auch.“ Mourad war im Irak als Maschinenbauingenieur tätig und lebt seit 16 Jahren in Deutschland: „Wir von ‚Assalama Moschee Bernau e. V.‘ haben schon Unterschriften gesammelt und dem Bürgermeister in einem persönlichen Gespräch gesagt, wie wichtig ein Gebetsraum für uns wäre. Aber wir kommen einfach nicht weiter, obwohl unser Anliegen seit der Ankunft der Geflüchteten noch dringlicher geworden ist.“ Allein ums Beten gehe es dem Verein nicht. Er benötige die Räumlichkeiten auch als Ort für kulturelle Veranstaltungen. „Wir können uns ansonsten nicht weiterentwickeln.“ Mourads Frau Anouar sagt: „Viele der neu angekommenen Musliminnen würden gern Sport treiben. Aus religiösen Gründen können sie das nicht in einem herkömmlichen Fitnessstudio, in dem auch Männer verkehren. Sie würden sich auch Arabischunterricht für ihre Kinder wünschen, damit sie ihre Muttersprache nicht verlieren. Zudem ließe sich in den Räumlichkeiten des Vereins eine Kinderbetreuung organisieren, während die Frauen beim Deutschkurs sind. Die meisten von ihnen konnten bisher keinen Sprachkurs besuchen, weil es keine Kinderbetreuung gibt.“ Mustafa Mourad erzählt, dass Diana Sandler nochmals einen Termin beim Bürgermeister für den Verein vereinbaren will: „Sie meint, zu diesem Termin müssten mindestens dreißig Vereinsmitglieder erscheinen. Aber das ist schwierig. Viele

haben keine Zeit oder keine Lust, bei einem solchen Termin mit dabei zu sein.“

Warum ist es notwendig, dass so viele Leute zu dem Termin erscheinen?

„Diana glaubt, nur dann nehme der Bürgermeister uns auch ernst.“

Vielleicht wäre es erfolgversprechender, wenn Mustafa Mourad allein zum Bürgermeister geht? Vielleicht würde er dann sogar weiterkommen?

Mourad hebt zweifelnd die Schultern: „Ich kenne mich so wenig aus, ich weiß nicht, wie man so etwas richtig macht“, sagt er. Auf die Frage, woran es ihrer Meinung nach liege, dass noch kein Gebetsraum gefunden wurde, hat Diana Sandler eine pauschal-aburteilende Antwort parat, die eine konstruktive Herangehensweisen an das Problem unmöglich macht: „Die Gesellschaft in diesem Landkreis ist nicht bereit, das Zusammenleben mit uns Migranten zu unterstützen. Außerdem schockiert es die Menschen, dass Juden und Muslime zusammenleben, das passt nicht ins Bild.“

Dann sagt sie: „Niemand ist mit der Willkommenskultur einverstanden. Die Leute sind schockiert. Migranten werden nur als Klienten angesehen, nicht als Teilhaber. Mit uns Migrantengruppen möchte niemand auf Augenhöhe arbeiten. Wir werden nur gerufen, wenn man uns zur Imagepflege braucht.“

Einige der am Tisch sitzenden Migrantinnen und Migranten haben betreten den Blick gesenkt. Keiner von ihnen widerspricht. Dabei haben sie bei allen Schwierigkeiten, die es in Bernau tatsächlich geben mag, nicht nur schlechte Erfahrungen mit der Mehrheitsgesellschaft gemacht. Bei der kurzen Vorstellungsrunde zu Beginn unseres Treffens wurde das deutlich.

Vielleicht wissen sie nicht, dass es Orte in Brandenburg gibt, in denen weniger in schwarz-weiß-Schablonen gedacht wird und die Kommunikation zwischen Stadtverwaltung und Migranten weitaus ergebnisoffener läuft. Oder es wendet niemand etwas gegen die pauschalen Vorwürfe ein, weil Widerspruch in den meisten Kulturen, aus denen die Migranten stammen, als äußerst unhöflich gilt – vor allem, wenn man den Widerspruch gegenüber der Gastgeberin oder dem Gastgeber formuliert. Vielleicht fühlen die Menschen am Tisch

sich aber auch in einem System aus tatsächlichen oder vermeintlichen Abhängigkeiten gefangen, in deren Mittelpunkt eine einzige Person steht. In Bernau sind Diana Sandler und deren Initiativen für Muslime derzeit offenbar die einzigen ernstzunehmenden Anlaufstellen. Erst wenn es dort Alternativen gibt, werden die Migrantinnen sich emanzipieren können und ihren eigenen Weg finden.

Danksagung

Allen, die ihr Wissen und ihre Erfahrungen mit mir geteilt haben oder die in diesem Buch erscheinen. Danken möchte ich auch jenen, die sie und dieses Publikationsprojekt möglich gemacht haben: den Regionalen Arbeitsstellen für Bildung, Integration und Demokratie Brandenburg (RAA Brandenburg) und der Integrationsbeauftragten des Landes Brandenburg Dr. Doris Lemmermeier. Es war immer ein großes Vergnügen, wenn sie mich zu einem Termin begleitete. Claudia Jürgens danke ich für ihr sorgfältiges Lektorat, meiner Schwester Kirsten Gerling für ihre Korrekturen, Leni und Viktor für ihre Hilfsbereitschaft und Valentina, Carlotta und Antonia, dass ich mich bei ihnen zu Hause zum Arbeiten zurückziehen durfte.

Gefördert durch:



LAND
BRANDENBURG

Integrationsbeauftragte
des Landes Brandenburg



Brandenburgische
Landeszentrale
für politische Bildung